PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 27. April 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

29. April 1976 Jg. 4 Nr. 17 50 Pfennig

Heraus zum 1. Mai!

„Rücksichtsloses Gewinnstreben darf nicht zur Zielvorstellung in unserer Gesellschaft werden", das schreibt der DGB in seinem Mai-Aufruf. Es handelt sich aber nicht darum, daß Gewinnstreben nicht zur Zielvorstellung in unserer Gesellschaft *werden darf*, sondern darum, daß Gewinnstreben die Taten der Bourgeoisie *bestimmt*. Die Bourgeoisie aber beherrscht die Gesellschaft, deshalb beherrscht das Profitstreben die Gesellschaft. Deshalb wird die Arbeitshetze verschärft und der Lohn gedrückt. Der Profit kommt aus der Ausbeutung der Arbeiter und von nichts anderem. Dies sind die Tatsachen. Der DGB-Aufruf verhüllt sie.

„Im Mittelpunkt stehen der Mensch, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Erhaltung seiner Schaffenskraft", geht es weiter im Mai-Aufruf des DGB. Wovon spricht dieser Mai-Aufruf eigentlich? Im Mittelpunkt steht in dieser bürgerlichen Gesellschaft überhaupt niemand. Auf dem einen Extrem stehen eine Handvoll Finanzmagnaten, die sich den Reichtum der Gesellschaft aneignen. Auf dem anderen Extrem stehen Millionen Proletarier, die den Reichtum produzieren. Wie kann sich in einer solchen Gesellschaft die Persönlichkeit entfalten? Die Kapitalisten sind die Anhängsel des Geldsacks. Die Arbeiter sind Anhängsel der Maschine, an der sie den gesellschaftlichen Reichtum als Eigentum der Kapitalisten produzieren. Die Arbeiter schaffen alles. Aber können sie ihre Schaffenskraft erhalten? Sie wird von vorneherein unterdrückt, und selbst die schlichte Arbeitskraft, die sie den Kapitalisten verkaufen müssen, wird rasch verschlissen. Der Kapitalist aber braucht keine Schaffenskraft zu erhalten, denn er schafft nichts. Er schafft bloß an. Dazu braucht man keine Schaffenskraft, sondern Kapital. Das schaffen ihm die Arbeiter. Das schafft nicht er, das hat er und kann er vermehren, weil er die Produktionsmittel besitzt.

Der DGB-Maiaufruf sucht die Wahrheit nicht in den Tatsachen der kapitalistischen Gesellschaft. Er entstellt diese Tatsachen, weil er die Arbeiter mit dieser kapitalistischen Gesellschaft versöhnen will.

Wir Marxisten-Leninisten werden von den wohlbestallten und über den Tatsachen schwebenden DGB-Führern gerne als Utopisten verschrieen. Da muß man wirklich lachen. Gibt es komischere Utopisten als die DGB-Führer und andere Sozialdemokraten, die die herrschende Ausbeuterordnung den Arbeitern als verteidigenswert verkaufen wollen und die Arbeiter gerade für diese Verteidigung am 1. Mai mobilisieren wollen?

Die Marxisten-Leninisten dagegen gehen von den Tatsachen aus, wenn sie den Arbeitern gerade am 1. Mai sagen:

Die kapitalistische Gesellschaft wird keinen Bestand haben. Sie wird am Klassenkampf zerbrechen. Der Klassenkampf aber wird die klassenlose Gesellschaft hervorbringen. Um die kommunistische Gesellschaft zu errichten, wird die Arbeiterklasse die proletarische Revolution machen und die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie setzen. Dies ist ganz unvermeidlich. Die Kapitalisten wollen diese Gesetzmäßigkeit der Geschichte unterdrükken. Die Arbeiterklasse wird sie bewußt verwirklichen. Die Arbeiterklasse wird siegen.

letarier, die den Reichtum produzieren. Wie kann sich in einer solchen Gesellschaft die Persönlichkeit entfalten? Die Kapitalisten sind die Anhängsel des Geldsacks. Die Arbeiter sind Anhängsel der Maschine, an der sie den gesellschaftlichen Reichtum als Eigentum der Kapitalisten produzieren. Die Arbeiter schaffen alles. Aber können sie ihre Schaffenskraft erhalten? Sie wird von vorneherein unterdrückt, und selbst die schlichte Arbeitskraft, die sie den Kapitalisten verkaufen müssen, wird rasch verschlissen. Der Kapitalist aber braucht keine Schaffenskraft zu

keinen Bestand haben. Sie wird am Klassenkampf zerbrechen. Der Klassenkampf aber wird die klassenlose Gesellschaft hervorbringen. Um die kommunistische Gesellschaft zu errichten, wird die Arbeiterklasse die proletarische Revolution machen und die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie setzen. Dies ist ganz unvermeidlich. Die Kapitalisten wollen diese Gesetzmäßigkeit der Geschichte unterdrükken. Die Arbeiterklasse wird sie bewußt verwirklichen. Die Arbeiterklasse wird siegen.



Vor einem Jahr wurde der US-Imperialismus in Vietnam endgültig besiegt und vertrieben. Die Bevölkerung begrüßt die Befreiungsstreitkräfte vor dem eingenommenen Präsidentenpalast, auf dem die Fahne des befreiten Südvietnam weht. Siehe Seite 13

Bei der Urabstimmung in der Druckindustrie stimmten 88,2 % für Streik. Siehe Seite 6.

Am Montag forderten 2000 städtische Arbeiter und Angestellte auf einer außerordentlichen Personalversammlung während der Arbeitszeit die sofortige Rücknahme der Streichung von Zulagen. Siehe Seite 7.

Am Freitag letzter Woche demonstrierten 1200 Lehrlinge im BASF Werk Ludwigshafen gegen das 5 % Angebot der Chemiekapitalisten und für Übernahme aller Lehrlinge und zwangen die Geschäftsleitung zu einer Stellungnahme (unser Bild). Siehe auch Seite 6.

Seite 4
Auseinandersetzung in der Kölner IG Metall
Seite 5
VW baut sein Imperium aus
Seite 12
Kampf der französischen Studenten
Seite 15
Wahlaufruf des KBW



Ergebnis der Parlamentswahlen in Portugal:

Der Parlamentarismus ist eine Fessel für die Arbeiterklasse

Bei den Parlamentswahlen in Portugal haben die Parteien, die ausdrücklich als Verfechter des bürgerlichen Privateigentums und des Großgrundbesitzes aufgetreten sind, nicht die Stimmenmehrheit erobert, die ihnen nach der Enttäuschung im Volk über die Politik von Sozialisten (PS) und Revisionisten (PCP) prophezeit worden war. Das rechtskatholische Demokratische Soziale Zentrum (CDS) und die Demokratische Volkspartei (PPD) haben zusammen zwar 5 Prozent der Stimmen hinzugewonnen und fast 40 Prozent erreicht. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die breiten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten Portugals geschlossen unter der Fahne der Freiheit des Eigentums und gegen den Sozialismus ins Lager der Großbourgeoisie, des Großgrundbesitzes und des westlichen Imperialismus zu führen.

Die überwiegende Mehrheit der Portugiesen hat ihre Stimme abgegeben für das Versprechen von sozialem Fortschritt, Agrarreform, Sozialismus. Die Sozialistische Partei, die mit diesen Versprechen in den Wahlkampf gezogen ist, hat 35,08 Prozent der Stimmen bekommen und nur 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr verloren. Die revisionistische PCP, die ähnliche Versprechen entschiedener vorträgt, gewann 2 Prozent hinzu und kommt auf 14,5 Prozent, wobei freilich die MDP, eine den Revisionisten nahestehende Organisation, die vor einem Jahr 4,1 Prozent der Stimmen erhielt, nicht wieder kandidierte.

Trotz mehr als 50 Prozent Wahlstimmen für das Versprechen des Sozialismus ist die imperialistische Bourgeoisie in Westeuropa, vorweg die westdeutsche, außerordentlich zufrieden. „Der Sorge um Portugal sind wir noch nicht enthoben. Doch sie ist leichter geworden", begrüßt die „Frankfurter Allgemeine" das Wahlergebnis. Und das „Handelsblatt" erblickt in „Portugal heute ein Bild, wie es noch vor nicht allzulanger Zeit selbst von optimistisch eingestellten Beobachtern eher herbeigesehnt als aufgrund pragmatisch vorgenommener Analysen tatsächlich erwartet werden konnte".

Parlamentarischer Pfropfen aufgesetzt

Im Ausgang der portugiesischen Wahlen feiert die Bourgeoisie, daß es ihr gelungen ist, die Volksbewegungen parlamentarisch einzuschnüren und den Pfropfen des bürgerlichen Parteiensystems darauf zu setzen. Ob das gelingen würde, war lange unentschieden. Solange die Bewegung der Streitkräfte (MFA) die Regierungsgewalt in der Hand hatte, war das Volk nicht parlamentarisch repräsentiert, aber tatsächlich von aller Macht ferngehalten und unterdrückt wie jetzt, sondern wurde von Teilen der Offiziersbewegung direkt um Unterstützung angegangen. Die Offiziersbewegung MFA gab damit den Klassenkämpfen Spielraum. Die Arbeiter brauchten nicht darauf zu setzen, daß ihnen ein Parlament dürftige Rechte im Betrieb zubilligt, sondern sie bildeten Arbeiterkommissionen. Die Landarbeiter und Bauern brauchten nicht eine Bauernpartei zu wählen, sondern besetzten die Güter der Großgrundbesitzer. Die Soldaten hörten auf, Instrument in den Händen der Regierung und ihrer Offiziere zu sein, sondern zersetzten die militärische Hierarchie und begannen, sich auf die Seite des Volkes zu schlagen.

Die Bestätigung der Stabilität eines Parteiensystems durch die Wahlen, das den Arbeitern, den Bauern, den Kleinbürgern und Beamten die Vorstellung gibt, parlamentarisch vertreten zu sein, während Großbourgeoisie und Großgrundbesitz tatsächlich herrschen, das löst die Zufriedenheit der „Frankfurter Allgemeinen" aus. Das faßt sie unter der „Abkehr der portugiesischen Nation vom irrationalen, utopisch-chiliastischen Moment der Revolution und eine Hinwendung zur kompromißreichen Parteiendemokratie". Das Volk hat politisch seine Schuldigkeit getan. Es soll tun, was es immer getan hat, für die oberen Klassen arbeiten. Jetzt heißt es: „Der verfassungsmäßige Apparat kann anlaufen." Die Diktatur der Ausbeuterklassen und des Imperialismus über die Arbeiterklasse und das Volk ist parlamentarisch abgesegnet.

Revisionisten und Reformisten haben die Massenbewegung geschwächt

Daß es Großbourgeoisie, Großgrundbesitz und Imperialismus in Portugal gelungen ist, den parlamentarischen Pfropfen auf die Volksbewegung zu setzen, das verdanken sie den Revisionisten von der PCP und den Reformisten der PS. Die Revisionisten von

Fortsetzung Seite 3

Ein aufschlußreicher Artikel im „Vorwärts"

SPD: Zuchtmeister des Finanzkapitals für Europa

„Europa fürchtet die Deutschen", schreibt der *Vorwärts*, das Parteiorgan der SPD, über den Hauptartikel auf der ersten Seite (Vorwärts Nr. 16/76). „Wären die Menschen vernünftige Lebewesen", beginnt der Artikel, „dann müßten sie sagen: Die Deutschen haben den Gürtel enger geschnallt und haben gespart, haben Arbeitsdisziplin gehalten, die Gewerkschaften behielten Augenmaß, sie haben die Krise relativ gut überstanden. Aber so denkt man nicht in Europa."

Und in Westdeutschland selbst? Wer anders als die westdeutsche Bourgeoisie hat ein Interesse an diesem verlogenen Bild von der Krisenbewältigung in Westdeutschland, das die Sozialdemokratie als ihr Sprachrohr in der Arbeiterklasse verbreitet?

Nicht „die Deutschen" haben den Gürtel enger geschnallt, sondern die westdeutschen Kapitalisten haben die Löhne der Arbeiter gesenkt und eine Million auf die Straße geworfen. Dabei sind die Kapitalisten offensichtlich fett geworden, denn der Kauf von Saunaanlagen ist sprunghaft im letzten Jahr angestiegen.

Nicht „die Deutschen haben gespart", sondern viele Arbeiterfamilien müssen schon das Essen vom Munde absparen, während die Geldkonten der Kapitalisten Rekordhöhe erreichten und Kapitalexporte von über 5 Milliarden DM getätigt wurden.

Nicht „die Deutschen haben Arbeitsdisziplin gehalten", sondern die Kapitalisten haben gegen den Widerstand der Arbeiter die Ausbeutung verschärft, den Arbeitstag verlängert und verdichtet. Sie versuchen eine Arbeitsdisziplin durchzusetzen, bei der selbst die Zeit für die natürliche Notdurft gestrichen wird und einer schaffen muß, was vorher zwei geschafft haben. Bei VW z.B. haben sie die Produktion der verringerten Belegschaft um 40 % erhöht, um mit den Profiten jetzt ein Werk in den USA zu errichten.

Nicht „die Gewerkschaften behielten Augenmaß", sondern die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat im Einklang mit den Kapitalisten Lohnraubabschlüsse betrieben und den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter mit allen Mitteln hintertrieben.

Nicht „die Deutschen haben die Krise relativ gut überstanden", sondern die westdeutsche Finanzbourgeoisie konnte ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt verbessern, weil es ihr besser gelungen ist, die Lohnkosten zu senken, das heißt die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu verschlechtern. Diesen Zustand will sie halten, um einen Aufschwung zu erreichen, der ein wahrer Aufschwung der Ausbeutung werden soll, wobei sie den Arbeitslo-

Fortsetzung Seite 2

Überfall auf zwei fortschrittliche Türken

Essen. Zwei Mitglieder des Vereins der Studenten aus der Türkei in Essen (E.T.Ö.D.) wurden am Samstag, 24.4.76, von bewaffneten Konsulatsangehörigen des türkischen Generalkonsulats in Essen überfallen und in das Konsulatsgebäude verschleppt. Im Konsulatsgebäude wurden sie von den bewaffneten Schlägern mißhandelt und zur Unterzeichnung von Protokollen mit gefälschten Angaben gezwungen. Die beiden türkischen Studenten hatten Flugblätter des Studentenvereins vor dem Konsulatsgebäude an türkische Arbeiter verteilt. In den Flugblättern wurde informiert über die Ermordung von drei türkischen Demokraten in Ankara durch Faschisten am 8.4.76.

In der Protesterklärung des (E.T.Ö.D.) heißt es dazu: „Die Absicht des Überfalls war, die fortschrittlichen Landsleute einzuschüchtern und ihre politische Betätigung zu unterbinden. Die Feststellung der Personalien soll dienen der politischen Verfolgung und der Unterdrückung der türkischen Patrioten bis hin zu ihrer Einkerkerung in der Türkei."

Dieser Überfall ist nicht der erste seiner Art. Der türkische Geheimdienst arbeitet mit der deutschen Polizei zusammen bei der Unterdrükkung der türkischen Arbeiter und Studenten. Ausländische Geheimdienste raus aus der BRD!

Polen zwischen Sozialimperialismus und US-Imperialismus

Eine Delegation des amerikanischen Kongresses, die gegenwärtig Polen besucht, hat die Idee vorgetragen, Polen könnte „eine Art Brücke der Freundschaft zwischen den Supermächten" USA und Sowjetunion sein. Der polnische ZK-Sekretär für Außenpolitik Frelek ging darauf ein: Polen als Verbündeter der Sowjetunion und Freund der USA könne eine Rolle spielen bei der Lockerung der Spannungen zwischen beiden. Beide Supermächte sind in Polen präsent. Der sowjetische Sozialimperialismus mit einigen Divisionen, der US-Imperialismus mit Dollars. In der gleichen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen" vom 26. April, die den Besuch der Kongreßdelegation brachte, wurde gemeldet, daß auf Privatkonten in Polen 110 Millionen Dollar an Devisen gesammelt sind von insgesamt 213 000 Konteninhabern. Diese haben ein lebhaftes Interesse am Wohlergehen des US-Imperialismus und seines Dollars. Wenn der polnische Zloty fällt, sind sie gemachte Leute. Als Polen noch auf dem Weg zum Sozialismus war, war der Besitz von Devisen für Private verboten.

bern. Diese haben ein lebhaftes Interesse am Wohlergehen des US-Imperialismus und seines Dollars. Wenn der polnische Zloty fällt, sind sie gemachte Leute. Als Polen noch auf dem Weg zum Sozialismus war, war der Besitz von Devisen für Private verboten.

Ceausescu: Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit wesentliche Voraussetzung für den Sozialismus

Vor dem rumänischen Gewerkschaftskongreß erklärte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Rumäniens, N. Ceausescu, es gebe Leute, die nicht mehr und nicht weniger behaupteten als daß die Verteidigung staatlicher Unabhängigkeit unvereinbar sei mit dem revolutionären Internationalismus sowie mit dem Geist der Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und für den sozialen Fortschritt. Diese Argumentation sei völlig falsch. Ceausescu zitierte Lenin mit den Worten, niemandem könne es zum Vorwurf gemacht werden, wenn er als Sklave geboren worden sei, aber ein Sklave, der nicht nach Freiheit strebe und sogar seine Versklavung zu rechtfertigen versuche, sei ein Lakai und Speichellecker, der Verachtung verdiene. Lenin habe tausendmal Recht gehabt, fügte der rumänische Präsident hinzu. Wer sein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit nicht verteidigen wolle, verdiene voll sein Sklavenschicksal. Die Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit sei eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus und Kommunismus in der Welt und ein Markstein des revolutionären proletarischen Internationalismus. Rumänien gründe seine Außenpolitik auf den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, auf Gleichberechtigung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, auf gegenseitigen Vorteil und Gewaltverzicht in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Frankfurter Rundschau, 27. April)

SPD: Zuchtmeister des Finanzkapitals in Europa

Fortsetzung

senstand beibehalten will, um den Lohnabbau besser durchsetzen zu können.

Das westdeutsche Finanzkapital strebt nach Vorherrschaft in Europa

Seine relative Stärke nutzt das westdeutsche Finanzkapital, um gegenüber der europäischen Konkurrenz seine Vormachtstellung auszubauen. Das ist auch der Grund, warum der *Vorwärts* schreibt: „Europa fürchtet die Deutschen." „Diese Deutschen suchen die Vorherrschaft, einst versuchten sie es mit Waffen, jetzt mit Geld." Dabei handle es sich allerdings um „Ressentiments" (d.h. Vorurteile), schreibt der *Vorwärts*.

Tatsächlich suchen nicht „die Deutschen" Vorherrschaft über Europa, sondern allein das westdeutsche Finanzkapital. Und nur das westdeutsche Finanzkapital hat die Möglichkeit, Vorherrschaft zu erstreben „mit Geld", das sie hat aus den Profiten von der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse. Das weiß der *Vorwärts* auch ganz genau, denn die Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Schmidt betreibt diese Politik des westdeutschen Finanzkapitals. So zum Beispiel die Vermittlung eines Milliardenkredites an Italien, der die italienische Regierung direkt an ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank verschuldet. Oder der 600-Millionen-Kredit an Portugal, rückzahlbar in sieben Monaten, womit die portugiesische Regierung einen Großteil ihrer Goldreserven an das westdeutsche Finanzkapital verpfänden mußte.

Anfang der Woche wurde die Vergabe eines weiteren Milliardenkredites an Italien bekannt. Die jüngsten Ausfälle des Bundeskanzlers Schmidt gegen die italienische Regierung sind nur Ausdruck der tatsächlichen Einmischung in die inneren Verhältnisse Italiens, die die italienische Regierung bei den Kreditverhandlungen als „Kreditauflage" schon hinnehmen mußte: die Verpflichtung auf ein Wirtschaftsprogramm, das ausländische Investitionen begünstigt und die Gewerkschaften an die Fessel legen soll.

Zur Fesselung der Gewerkschaften braucht das Finanzkapital die Sozialdemokratie

Die Fesselung der Gewerkschaften ist der besondereDienst, den die Sozialdemokratie vor allen anderen bürgerlichen Parteien dem Finanzkapital

kratie

Die Fesselung der Gewerkschaften ist der besondereDienst, den die Sozialdemokratie vor allen anderen bürgerlichen Parteien dem Finanzkapital

anbieten kann. Über die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze bis zu ihren Funktionären in den Betrieben tritt sie für die „Konkurrenzfähigkeit" des westdeutschen Kapitals ein. „Um die Konkurrenzfähigkeit von Daimler-Benz zu verbessern, sind uns alle Mittel recht", erklärte z.B. der SPD-Betriebsratsvorsitzende Lucy auf der letzten Betriebsversammlung in Mannheim.

So wie sie es in Westdeutschland durchsetzen möchte, versucht die Sozialdemokratie nun als Regierung des westdeutschen Finanzkapitals es in ganz Europa durchzudrücken, um die europäische Vormachtstellung des westdeutschen Imperialismus abzusichern. Ganz offen schreibt der *Vorwärts*, Europa brauche einen „Zuchtmeister". Zugleich bedauert er, daß die Bundesregierung und Bundeskanzler Schmidt dieser Aufgabe nicht voll gerecht werden könne.

Denn Bundeskanzler Schmidt müsse „die Mitte" halten „zwischen den Nöten der Gegenwart und den Schatten unserer Vergangenheit. Er sieht genau, wie sehr Hitler uns Deutschen die Zukunft verbaut hat, und daß es psychologisch für uns unmöglich ist, die europäische Führung zu übernehmen. Unsere Tugenden, die natürlich auch Hitler genutzt haben, werden dann sofort zu dunklen Seiten unseres Volkscharakters gestempelt."

Der Hitlerfaschismus zeigt, was es heißt, einen „Zuchtmeister" für Europa zu fordern

Das sind freilich nicht die Nöte der westdeutschen Arbeiterklasse und der Volksmassen, sondern die Nöte der westdeutschen Finanzbourgeoisie, des westdeutschen Imperialismus. In seinem Kampf um die Vormachtstellung in Europa muß der westdeutsche Imperialismus zu vermeiden suchen, als der gleiche Imperialismus erkannt zu werden, der mit dem Hitlerfaschismus schon einmal für das gleiche Ziel der Beherrschung und Unterjochung Europas einen Weltkrieg angezettelt hat und von der antifaschistischen Allianz der Völker geschlagen wurde.

Die Sozialdemokratie macht sich diese Schwierigkeiten der westdeutschen Bourgeoisie nicht nur zur eigenen Aufgabe, sie versucht zugleich auch auf erbärmlichste Weise, das deutsche Volk mit den Verbrechen des deutschen Imperialismus und seiner faschistischen Herrschaft zu beschmutzen, um auf diese Weise die Arbeiterklasse und die Volksmassen an die Bourgeoisie zu fesseln. Mitgefangen – mitgehangen, das ist die Methode des *Vorwärts*-Schreibers. „Die Tugenden" des deutschen Volkes hätten auch dem Hitlerfaschismus genutzt. Und unter diesen Tugenden versteht sie nichts anderes als die „Zuchthausmentalität", die der Faschismus mit Terror gegen die Volksmassen durchzusetzen versuchte.

Diese Art von „Tugenden" will die Sozialdemokratie durchsetzen, nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Europa – ein Ausbeuterparadies für die Kapitalisten, ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse.

Der *Vorwärts* macht sich in seinem Artikel nun Gedanken, wie ein „Zuchtmeister" in Europa durchzusetzen sei, ohne daß die europäischen Völker gleich an den Hitlerfaschismus erinnert werden. „Ein Deutscher kann es nicht sein ... Ein Helmut Giscard d'Estaing, das wäre die Lösung ... Selbst wir, wir häßlichen Deutschen, würden ihm folgen", endet der Artikel im *Vorwärts*.

Natürlich kommt es dem *Vorwärts* dabei auf den Vornamen an. Helmut Schmidt zusammen mit Giscard d'Estaing, dem Präsidenten des französischen Finanzkapitals, so wäre die europäische Führungsrolle des wirtschaftlich stärkeren westdeutschen Finanzkapitals durchzusetzen und ein Zuchthaus in Europa einzurichten, das dem Kapital gute Ausbeutungs- und Anlagemöglichkeiten garantiert – das ist die europäische Vision der Sozialdemokratie. Dabei spricht der *Vorwärts* über die westdeutsche Arbeiterklasse und die Volksmassen als „wir häßliche Deutsche", die dem „Zuchtmeister" folgen würden. Jubeln sollen wir also über jeden Exporterfolg des westdeutschen Kapitals, über jede neue Tochterfirma eines westdeutschen Konzerns im Ausland, jubeln über die verschärfte Ausbeutung, die dem Finanzkapital die Profite verschafft, um seine Offensive auf den Weltmärkten durchzuführen und fremde Völker auszubeuten und auszuplündern. Jubeln sollen wir, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Lohnraub durchsetzt, um die Weltmarktposition der westdeutschen Kapitalistenklasse zu stärken, wenn die Regierung die Steuern erhöht, um den Staat gegen das Volk und für die Finanzbourgeoisie zu stärken. So wünscht es sich das westdeutsche Finanzkapital, und so treibt es die Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse muß mit dieser Sozialdemokratie restlos brechen!

Kandidatur des KBW mit der Gemeindeordnung abgewiesen:

auch auf erbärmlichste Weise, das deutsche Volk mit den Verbrechen des deutschen Imperialismus und seiner faschistischen Herrschaft zu beschmutzen, um auf diese Weise die Arbeiter-

stärken. So wünscht es sich das westdeutsche Finanzkapital, und so treibt es die Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse muß mit dieser Sozialdemokratie restlos brechen!

Kandidatur des KBW mit der Gemeindeordnung abgewiesen:

Sofortige Zulassung von Helga Rosenbaum zur OB-Wahl!

Am 9. Mai wird in Heidelberg der Oberbürgermeister direkt gewählt. Die Ortsgruppe des KBW hat die Genossin Helga Rosenbaum als Kandidatin aufgestellt. Sie ist Sekretärin der Ortsgruppe, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW und seit 1975 Städträtin in Heidelberg.

Am 26. April hat der Gemeindewahlausschuß sie von der Kandidatur ausgeschlossen, weil sie nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Dies wird als gesetzliche Wählbarkeitsvoraussetzung von der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg verlangt.

Direkt begründet wird die Ablehnung mit dem FDJ-Verbotsurteil von 1952 und vor allem mit dem KPD-Verbotsurteil von 1956. Zehn Seiten lang wird daraus zitiert und wird mit dem Programm des KBW, den Publikationen der Ortsgruppe und Reden der Genossin Rosenbaum im Gemeinderat belegt, daß der KBW die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf seine Fahnen geschrieben hat.

Jetzt will die Bourgeoisie verhindern, daß in den bürgerlichen Wahlen für die Arbeiterklasse und die Volksmassen erkennbar wird, daß die bürgerliche Weltanschauung und die Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, feindlich aufeinanderprallen. Das kann nicht anders sein, weil die Grundlage für diese entgegengesetzten Anschauungen unterschiedliche Klasseninteressen sind, die ebenso unversöhnlich sind.

In den Oberbürgermeisterwahlen standen sich zunächst der Kandidat der ganzen Bourgeoisie in Heidelberg, der jetzige Oberbürgermeister Zundel, und die Vertreterin der Arbeiterklasse, die Genossin Rosenbaum, gegenüber. Dadurch wurde in scharfer Weise die Frage aufgeworfen, wie die Arbeiterklasse ihre sozialen Interessen zur Geltung bringen kann, ob sie sie in den bürgerlichen Parlamenten von Bourgeoispolitikern zertreten läßt oder sich als Partei gegenüber der Bourgeoisie organisieren muß, um den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, ihre eigene Diktatur zu errichten und die Ausbeuter endgültig zu besiegen.

Von Anfang an verfolgte die Bourgeoisie die Kandidatur des KBW mit wütendem Haß. Der Wahlaufruf des KBW und ein Plakat wurden beschlagnahmt. Auf der Suche danach durchwühlte Zundels Polizei das Ortsbüro. Letzte Woche wurden zwei weitere Plakate beschlagnahmt, mit denen in der ganzen Stadt die Wahrheit über Zundels Politik zusammengefaßt wurde: „Dem Volk den Gürtel enger schnallen. Knüppel frei!" Genauso hat Zundel seine Bürgerkriegsarmee gegen die Massenkämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen im Sommer 1975 eingesetzt. Ideologisch hat die Bourgeoisie damals eine Niederlage eingesteckt, und das ist ihr an die Nieren gegangen. Noch in der Ablehnungsbegründung reibt sie sich wund an der Rede der Genossin Rosenbaum im Gemeinderat im Dezember 1975 zum Haushalt. „Seit meiner Wahl in dieses Parlament ist klar: Nichts kann diesen Oberbürgermeister und diese Stadtparlamentarier mehr in Angst und Wut versetzen, als wenn man ihnen in ihren eigenen Hallen sagt: Nicht im Rathaus fallen die Entscheidungen, sondern die Entscheidungen fallen auf der Straße, und es wird von den Volksmassen entschieden. Und so ist es im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen gewesen. Das wissen die Reichen, und das weiß das bürgerliche Lumpenpack, das sich Volksvertreter nennt."

Wenn in der bürgerlichen Presse jetzt erneut gefordert wird, die legalen Aktionsmöglichkeiten der Kommunisten einzuengen und sie zu verbieten, so ist das kein Zeichen für die Übermacht der Bourgeoisie, sondern Zeichen ihrer Furcht vor der Klassenpartei des Proletariats.

Auf einer Wahlkundgebung des KBW wurde am Dienstagabend von etwa 600 Menschen eine Resolution für die sofortige Zulassung von Helga Rosenbaum zu den Oberbürgermeisterwahlen und gegen das KPD-Verbot verabschiedet. Die ersten Solidaritätserklärungen trafen ein von den Rechtsreferendaren in der ÖTV, von den Teilnehmern einer gleichzeitig stattfindenden Wahlveranstaltung der DKP, von einem studentischen OB-Kandidaten. Für den Wahlkampf des KBW wurden über 1 500 Mark gesammelt.

Der KBW kämpft um die Zulassung seiner Kandidatur zu den OB-Wahlen. Die Ortsgruppe hat sich vorgenomen, 10 000 Unterschriften für diese Forderung in der Stadt zu sammeln. Sie wird ihre Anstrengungen verstärken, den Wahlkampf zur Darlegung der umfassenden Ziele der Kommunisten zu nutzen und das Programm der Arbeiterklasse weiter zu verankern. – (h./a., Heidelberg)

Zwangskredite an die Kapitalisten

Fast 19 Milliarden DM an fälligen Steuern haben die Kapitalisten noch nicht bezahlt. So hoch waren nämlich die Steuerrückstände Ende letzten November. Bezahlen tun diese billigen Kredite die Arbeiter. Ihnen ziehen die Kapitalisten noch vor der Auszahlung des Lohnes die Lohnsteuer ab. An das Finanzamt abliefern müssen sie erst 10 Tage nach Monatsende. Ihre eigenen Steuern müssen sie erst zwei oder drei Jahre später, wenn sie einen Steuerbescheid bekommen, bezahlen. Auch bei den indirekten Steuern fungieren die Kapitalisten als Steuereintreiber. Der Arbeiter muß mit dem Kaufpreis der Waren die Steuer bezahlen, der Kapitalist aber kann sich mit dem Abliefern Zeit lassen. Für ihn ist das ein zinsloser Kredit.

Lohnerhöhung reicht nicht für Verteuerung der Lebensmittel

Knapp 50 DM muß eine Vierpersonenfamilie jeden Monat mehr für Essen und Trinken ausgeben als vor einem Jahr, wenn sie sich ebenso gut ernähren will wie damals. Um soviel sind die Nahrungsmittel teurer geworden. Einem Metallarbeiter, der z.B. im letzten Jahr 1 800 DM verdient hat, bleiben von einer 5,4-Prozent-Lohnerhöhung netto ganze 41 DM. Also nicht mal genug, um die Teuerung der Lebensmittel zu bezahlen, geschweige denn die Erhöhungen bei Miete, Strom, Fahrtkosten, Kleidung usw.

Angaben nach der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, Süddeutsche Zeitung, 21. April

Westdeutsches Kapital interessiert sich für Afrika

Das Interesse an Afrika wächst. Das beobachtete der Afrika-Verein, eine Art westdeutscher Kolonialgesellschaft. Gemeint ist das Interesse des imperialistischen westdeutschen Kapitals an Anlage in Afrika, um sich dort durch Ausbeutung afrikanischer Arbeiter und Ausplünderung von Rohstoffquellen zu vermehren. Die westdeutschen privaten Direktinvestitionen in Afrika erhöhten sich 1975 überdurchschnittlich um mehr als 17 Prozent. Bis Ende 1975 waren 2,6 Milliarden DM investiert. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt in der Rohstoffgewinnung. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 21. April)

Westdeutsche Bergwerksdirektoren denken in „südafrikanischen Kategorien"

In Südafrika kostet die Tonne Steinkohle ab Zeche wegen extrem niedriger Löhne und günstiger Ab-

Westdeutsche Bergwerksdirektoren denken in „südafrikanischen Kategorien"

In Südafrika kostet die Tonne Steinkohle ab Zeche wegen extrem niedriger Löhne und günstiger Ab-

baubedingungen 10 DM. In Westdeutschland liegen die Kosten bei mehr als 100 DM pro Tonne. Verflüssigung südafrikanischer Kohle ist bei Konkurrenz mit dem Erdöl rentabel. Die westdeutschen Bergbaugesellschaften fördern mit allen Kräften den Anlagenbau zur Kohleverflüssigung. „Auf den ersten Blick mag das vielleicht widersinnig scheinen", meint „Blick durch die Wirtschaft" am 26. April. „Aber gerade der Bergbau denkt – zumindest in den Führungsspitzen – keineswegs mehr nur noch an Ruhr und Saar, sondern bereits in südafrikanischen, amerikanischen, kanadischen Kategorien." Mit anderen Worten: Mit dem Kapital, das aus der Mehrarbeit der Kumpel in Westdeutschland gepreßt wurde, werden Bergwerke im Ausland gekauft, afrikanische Arbeiterheere dem Kommando des westdeutschen Kapitals unterworfen und über die Kohleverflüssigung ins Treibstoffgeschäft eingestiegen. In Westdeutschland sind derweil Hunderttausende von Kumpels entlassen worden.

Opfer der Religion

Die evangelische Telefon-Seelsorge in München teilt mit, daß 1975 Arbeitslose sich mehr als fünfmal so häufig an die Telefon-Seelsorge wandten wie 1974. Auch Krankheiten, „akute Schicksalsschläge" wie z.B. Berufsunfälle und Fragen nach dem Sinn des Lebens waren drei- bis fünfmal so häufig der Inhalt von Beratungsgesprächen. Dazu kam „eine auffällige Zunahme von Anrufen Vereinsamter, Isolierter, Verwitweter und Geschiedener". Kirche und Pfaffen leben vom Elend der Menschen. Die gedrücktesten Opfer der Ausbeutergesellschaft gewinnen sie so auch als Opfer der Religion. (Nach: Frankfurter Allgemeine, 24. April)

Der Sieg über die rechte Linie in der KP China:

Bittere Enttäuschung für Imperialisten und Revisionisten

Hoffnungsvoll hatte die sozialimperialistische Presseagentur TASS über die konterrevolutionären Zwischenfälle auf dem Pekinger Tien An Men-Platz berichtet und mitgeteilt:

„In diplomatischen Kreisen Pekings wird angenommen, daß in der chinesischen Gesellschaft eine Polarisierung vor sich geht und immer neue Gruppen von Werktätigen in den Kampf einbezogen werden, die gegen die Politik der maoistischen Führung auftreten."

Tatsächlich ist in der Volksrepublik China eine Polarisierung vor sich gegangen, eine Polarisierung zwischen einer Handvoll konterrevolutionärer Elemente und der großen Masse der Werktätigen, die in großen Demonstrationen die Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas begrüßt haben, um den Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats fortzusetzen.

Die Sozialimperialisten hoffen darauf, daß die bürgerliche Linie die Macht ergreift und in der Volksrepublik China der Kapitalismus restauriert wird wie in der Sowjetunion selber. China ist ein saftiges Stück Fleisch, denken die sowjetischen Sozialimperialisten. Solange aber die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China herrscht, können sie es nicht wagen, danach zu schnappen. Deshalb setzen sie in jedem Kampf zwischen der proletarischen Linie und der bürgerlichen Linie große Hoffnung auf den Sieg der bürgerlichen Linie. Beseitigung der Diktatur des Proletariats in China, davon träumen die Sozialimperialisten. Von außen schaffen sie das nicht, also müssen sie ihre Hoffnung auf bürgerliche Machthaber in der Partei setzen. So haben sie während der Kulturrevolution für Liu Schao-tschi Beifall gespendet, so haben sie auf Lin Biao gesetzt und jetzt auf Deng Hsiao-ping. Die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China sitzt ihnen wie ein Pfahl im Fleisch, obwohl die Volksrepublik China keinerlei aggressive Absichten gegen die Sowjetunion hegt. Aber am Beispiel der Volksrepublik China erkennen die Länder der Dritten Welt leichter, daß es sich bei der Sowjetunion keineswegs um „einen natürlichen Verbündeten" handelt, sondern um eine Supermacht, die mit dem US-Imperialismus um die Beherrschung der Welt ringt.

Auch die westdeutschen Revisionisten hatten sich Hoffnungen gemacht. In der „UZ" hatten sie geschrieben: „Die Zuspitzung jetzt in Peking offenbart die Tiefe der Krise des Maoismus." Allerdings haben sie, vorsichtiger als ihre Moskauer Herren, gleich hinzugefügt: „Eine umfassende Wende aber signalisieren sie noch nicht."

Nachdem die sowjetischen Revisionisten und ihre Gefolgschaft in Westdeutschland voller Hoffnungen über die konterrevolutionären Zwischenfälle auf dem Tien An Men-Platz berichtet hatten, verschlugen ihnen die Beschlüsse des Zentralkomitees und die riesigen Massendemonstrationen in der Volksrepublik China die Sprache.

Die Pekinger Volkszeitung stellt dazu fest: „Solange es in der Partei Machthaber geben wird, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben wie Deng Hsiao-ping, können schlechte Elemente in der Gesellschaft Zwischenfälle provozieren und Angriffe auf das Proletariat einleiten. Das wird beim Imperialismus, beim Revisionismus und bei der Reaktion einen Widerhall finden. Diesmal hat die sowjetische Renegatenclique für einen Augenblick nicht ihre Freude verborgen. Sie glaubte, daß die angeblichen ‚gesunden Kräfte' einige Erfolge erzielen könnten. Sie hatte nicht vorausgesehen, daß Deng Hsiao-ping so schnell scheitern würde. Sie hatte nicht einmal die Zeit gefunden, Applaus zu spenden, bevor sie bereits wieder entmutigt wurde."

Wie die Pekinger Volkszeitung sagt, haben die Angriffe auf die Diktatur des Proletariats auch bei den westlichen Imperialisten einen großen Widerhall gefunden. Nachdem diese Angriffe jetzt abgeschlagen sind, bleibt der bürgerlichen Presse freilich nichts mehr als nachträglich Dreck zu schleudern. Der „Spiegel" hat dieser Aufgabe jetzt seine Titelgeschichte gewidmet. Sie heißt: „Frau Mao greift nach der Macht". In dieser Titelgeschichte stellt der „Spiegel" die Klassenauseinandersetzungen in China als eine Serie von Palastintrigen dar. Dahinter hat er als Drahtzieher „Frau Mao" entdeckt. Das ist wirklich frech auf die Dummheit der Massen spekuliert. Wie können sie wirklich glauben, ein 600-Millionen-Volk werde nicht durch den Klassenkampf, sondern durch Geschichten vorangebracht, wie sie vielleicht die Stellenbesetzungen in bürgerlichen Redaktionsstuben bestimmen? Daß die Massen die Geschichte machen und Geschichte nicht aus Geschichten besteht, vermag die Bourgeoisie nimmer zu begreifen, seitdem sie eine durch und durch reaktionäre Klasse geworden ist. Daß in der Volksrepublik die Massen immer bewußter die Geschichte machen, können die Bourgeoispolitiker erst recht nicht begreifen.



100000 begrüßten auf dem Tien-An-Men-Platz in Peking die Beschlüsse des ZK der KP China zur Amtsenthebung Deng Hsiao-pings, der China auf den Weg des Kapitalismus führen wollte. Eine breite Bewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats stärkt das Bewußtsein der Massen, um im Klassenkampf siegreich voranzuschreiten. (Schriften zur Diktatur des Proletariats, siehe Anzeige Seite 16)

Die Geschichte der chinesischen Revolution ist die Geschichte der revolutionären, durch windungsreiche Kämpfe zum Sieg voranschreitenden Volksmassen und der durch wiederholte Kraftproben dem Untergang entgegengehenden Reaktionäre. Mao Tsetung hat diese Geschichte so zusammengefaßt:

„Seit dem Sturz des Kaisers im Jahre 1911 konnten in China die Reaktionäre niemals lange an der Macht bleiben. Der, bei dem die Herrschaft am längsten dauerte (Tschiang Kai-schek), herrschte nur zwanzig Jahre, aber auch er fiel, sowie das Volk sich erhob. Tschiang Kai-schek kam an die Macht, weil er Sun Yat-sens Vertrauen ausnutzte, die Huangpu-Militärakademie leitete und um sich eine große Zahl von Reaktionären sammelte. Praktisch die gesamte Grundherrenklasse und Bourgeoisie unterstützten ihn, sowie er sich gegen die Kommunistische Partei wandte. Zu jener Zeit war die Kommunistische Partei noch unerfahren. So konnte er sich freuen und erlangte zeitweilig die Oberhand gewinnen. In diesen zwei Jahrzehnten erreichte er jedoch niemals die Vereinigung. Es gab den Krieg zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei, die Kriege zwischen der Kuomintang und den verschiedenen Cliquen der Militärmachthaber, den Chinesisch-Japanischen Krieg und schließlich den vier Jahre dauernden großen Bürgerkrieg, durch den er auf ein paar Inseln verjagt wurde. Sollten in China die Rechten einen antikommunistischen Staatsstreich inszenieren, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie ebenfalls keine Ruhe finden werden und ihre Herrschaft wahrscheinlich sehr kurzlebig sein wird, denn die Revolutionäre, die die Interessen von mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen." „Die Schlußfolgerung sind immer noch die zwei bekannten Sätze: Die Zukunftsperspektiven sind glänzend; der Weg ist aber voller Windungen und Wendungen."

Die Schlußfolgerung des Vorsitzenden Mao ist durch die jüngsten Ereignisse vollauf bestätigt worden. Die Bewegung zum Studium der Theorie des Proletariats befähigt die chinesischen Volksmassen, immer besser die Windungen und Wendungen zu erkennen und durch die Erhöhung ihrer Wachsamkeit die glänzenden Zukunftsaussichten durch den Klassenkampf in die Tat umzusetzen. Die Hoffnungen der Imperialisten und Revisionisten werden sich nicht erfüllen. Sie werden unvermeidlich selber unter die Räder der Geschichte geraten. – (gs)

Portugal: Parlamentswahlen

Fortsetzung

der PCP haben das Ihre getan, um vor allem die Arbeiterbewegung zu gängeln und in Schranken zu halten. Der Faschismus sei gestürzt, man müsse die Produktionsschlacht schlagen, so traten sie den Streiks der Arbeiter entgegen. Die Bestrafung und Verfolgung der Faschisten und ihre Vertreibung aus den Ämtern bedürfe der sorgfältigen Untersuchung, so hemmten sie die spontanen Aktionen des Volkes, wobei sie gleichzeitig die Gelegenheit wahrnahmen, sich selber im Staatsapparat einzunisten. Die Landarbeiter suchten sie auf die Agrarreform von oben zu vertrösten. Und schützend stellten sie sich vor das Eigentum der ausländischen Imperialisten, während sie gleichzeitig alle Anstrengungen unternahmen, dem Sozialimperialismus den Weg ins Land zu öffnen.

Die Sozialisten traten von vorneherein als Vertreter des parlamentarischen Prinzips auf und stellten sich gegen jede selbständige Aktion der Massen. Erbittert wehrten sie sich gegen die Bildung von Arbeiter- und Einwohnerkommissionen. Entschieden traten sie für die Garantie der liberalen Freiheitsrechte ein gerade in dem Moment, wo das Volk sich anschickte, seine Ausbeuter zu unterdrücken.

Mit den Wahlen ist der parlamentarische Prinzip aufgesetzt. Wie lange er hält, das ist nicht entschieden. Die Arbeiterklasse und das Volk werden massiv unter Druck gesetzt werden müssen, wenn portugiesischer Großbesitz und ausländisches Kapital die Produktion wieder lohnend finden sollen. Das „Handelsblatt" fordert die sofortige „Inangriffnahme nachhaltiger wirtschaftlicher Sanierungsmaßnahmen" und zu dem Zweck eine starke Regierung. Dabei sind die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien entschieden hinderlich, weil sie die Regierungsbildung erschweren.

Trotz aller parlamentarischen Wahlzufriedenheit der Bourgeoisie: Der Widerstand in der Arbeiterklasse gegen ein Sanierungsprogramm zu ihren Lasten ist ganz ungebrochen. Ebenso der Widerstand der Landarbeiter im Süden gegen Rückgabe der Ländereien an die Gutsbesitzer. Die Bauern im Norden – mobilisiert von der Konterrevolution – werden sich ebenfalls nicht freiwillig Sanierungslasten aufladen lassen. Jede parlamentarische Regierung in Lissabon steht aber unter dem massiven Zwang, gerade das zu tun. Sie steht gegenüber ausländischen Gläubigern, Kreditgebern und Kapitalanlegern zudem unter „starken Terminschwierigkeiten", wie das „Handelsblatt" andeutet.

Da kann es leicht sein, daß der Pfropfen herausfliegt. Die Voraussetzung dafür ist, daß es der Arbeiterklasse gelingt, die Fesseln von Revisionismus und Reformismus abzustreifen und das Volk in der Revolution zu führen. Daß dahin einige Schritte getan worden sind im Aufbau der Partei der Arbeiterklasse, kommt ebenfalls in den Wahlen zum Ausdruck. 1975 kandidierten drei Wahlbündnisse, die von verschiedenen marxistisch-leninistischen Organisationen getragen wurden. 1976 waren sie aufgelöst in die UDP (Demokratische Volksunion), die mit 1,7 Prozent fünftgrößte Partei bei den Wahlen wurde und 0,4 Prozent mehr als vorher alle drei zusammen erhielt. Ihr eigenes Ergebnis konnte sie mehr als verdoppeln. Kleinbürgerlich „links"radikale und linkssozialistische Organisationen wie MES (Bewegung der sozialistischen Linken) schrumpften von 1 auf 0,4 Prozent und die FSP (Sozialistische Volksfront) von 1,2 auf 0,5 Prozent. Die Trotzkisten (LCI) gingen von 0,2 auf 0,09 Prozent zurück. Unter den verschiedenen revolutionären Organisationen konnte die von den Kommunisten aufgebaute UDP eindeutig die Führung erringen.

Eines der aufschlußreichsten Wahlergebnisse gab es im rein agrarischen Distrikt Braganca, im Norden Portugals gelegen und von der schwarzen Reaktion beherrscht. 1975 bekamen dort die Parteien: CDS 13 525, PPD 43 192, PS 24 587, PCP 2 704. Die UDP hatte nicht kandidiert. In diesem Jahr waren bis Montag Mittag ausgezählt: CDS 13 511, PPD 20 892, PS 14 666, PCP 1 818, UDP 4 808 Stimmen. Die Reaktion hat zwar nach wie vor das Übergewicht, aber die Revolutionäre haben beträchtlich zugenommen und die Revisionisten geschwächt und überflügelt. Die Spaltung Portugals in einen von der Reaktion beherrschten Norden und in einem Süden, wo Landarbeiter und Bauern für die Revolution kämpfen, ist keineswegs unabänderlich. Im Kampf für Land, Brot, Demokratie und nationale Unabhängigkeit kann die Arbeiterklasse auch im portugiesischen Norden gegen die Reaktion Boden gewinnen. – (wm)

Kissinger in Afrika

Der US-Imperialismus verteidigt seinen Einfluß

Die derzeit stattfindende Reise Kissingers durch sieben afrikanische Staaten südlich der Sahara wird von den afrikanischen Völkern als Einmischung des US-Imperialismus in die Angelegenheiten Afrikas verurteilt. Die „Ghana Times" forderte am 22. April, dem Tag des Reisebeginns, von der Regierung Ghanas, ein „diplomatisches Mittel" zu suchen, um den Außenminister der Supermacht USA wieder auszuladen. (Le Monde, 25./26. April) Ghana ist eines der Reiseziele Kissingers. Außerdem besucht er Kenia, Tansania, Sambia, Liberaia, Zaire und Senegal. Der Staatschef von Uganda und derzeitige Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat in einer Erklärung zur Kissinger-Reise den US-Außenminister als „den schlimmsten Feind des freien Afrika" bezeichnet. „Der Afrika-Besuch des Mörders Kissinger wird erfolglos sein, denn die afrikanischen Nationen sind entschlossen, den gesamten Kontinent zu befreien", heißt es weiter. (Le Monde, 24. April; Süddeutsche Zeitung, 21. April) Weiter wird gemeldet, daß Nigeria und Elfenbeinküste, die Kissinger ebenfalls besuchen wollte, „die Ehre eines solchen Besuchs abgelehnt haben sollen". (Le Monde, 24. April)

Durch die großen Fortschritte, die der Befreiungskampf im südlichen Afrika im vergangenen Jahr mit der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonien genommen hat, sind der Stellung des US-Imperialismus im südlichen Afrika schwere Schläge versetzt worden. Seine festesten Bastionen, die rassistischen Siedlerregimes in Rhodesien, Südafrika und Namibia, drohen hinweggefegt zu werden.

Durch den Aufschwung im Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika hat aber zugleich der sowjetische Sozialimperialismus seine Einmischung in Afrika verstärken können. Er hat im letzten Jahr durch die direkte Einmischung in Angola mit eigenen Truppen und Söldnereinheiten – 12 000 unter seiner Führung stehende kubanische Soldaten – seine Position gegenüber der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, im Ringen um die Vorherrschaft in Afrika bedeutend verbessern können.

Die sozialimperialistische Supermacht gibt sich als „Freund der Völker Afrikas". Gegenüber Versuchen des Sozialimperialismus, den nationalen Befreiungskampf der Völker Afrikas gegen Rassismus, Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus auszunutzen, tritt der US-Außenminister an, um die Interessen des US-Imperialismus unter der Fahne von „wirtschaftlichem und menschlichem Fortschritt in Afrika" und durch Eintreten für „Mehrheitsregierungen der farbigen Bevölkerung in ganz Afrika" (Süddeutsche Zeitung, 23. April), wie Kissinger vor Beginn seiner Reise erklärte, zu verteidigen.

US-Einmischung in Afrika auf der Linie der Politik der „offenen Tür"

Für die neokoloniale Ausbeutung soll der schwarze Kontinent „offen" bleiben. Mit dieser Politik der „offenen Tür" haben sich die US-Imperialisten schon Ende des 19. Jahrhunderts den Zutritt in Afrika verschafft. Sie verfolgten diese Politik der „offenen Tür" zum Zweck der wirtschaftlichen Ausbeutung gegenüber den europäischen Kolonialmächten in Afrika. Die europäischen Kolonialmächte hatten den Kontinent unter sich aufgeteilt und verteidigten ihre Kolonialgebiete gegeneinander. Zum ersten Mal wird diese Politik der „offenen Tür" in Liberia angewandt. Liberia ist an der Westküste Afrikas gelegen. In der Broschüre „Afrika. Eine politische Länderkunde", herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, heißt es: „1847 wurde mit amerikanischer Unterstützung die Unabhängigkeit Liberias ausgerufen. Die Rücksiedler behandelten das Land als Kolonie, die Einwohner als Untertanen, ohne sich um wirtschaftliche Erschließung zu kümmern. (...) Erst Präsident Charles D.B. King (Amtszeit 1920–1930) rief die Firestone-Gesellschaft nach Liberia, um Kautschukplantagen anzulegen, und begründete damit die bis heute gültige Wirtschaftspolitik der Offenen Tür." Und: „Westliche, insbesondere amerikanische und deutsche Firmen beherrschen das Wirtschaftsleben. Auch die drittgrößte Handelsflotte der Welt, die unter liberianischer Flagge fährt, befindet sich natürlich nicht im Eigentum Liberias." Wie sehr das Land unter imperialistischer Kontrolle steht, sieht man daran, daß die gültige Währung der US-Dollar ist. Nach dem Willen der liberianischen Regierung soll diese Politik der offenen Tür aber zunehmend beendet werden, weil sie dem Volk in Liberia keinen Nutzen bringt, sondern nur zur Ausplünderung seiner Naturreichtümer geführt hat. Denn Liberia ist zwar der größte Eisenexporteur Afrikas und der drittgrößte in der Welt, aber es leidet dafür an Nahrungsmittelmangel. Was Kissinger gegenüber der liberianischen Regierung durchsetzen will, hat deshalb mit „Menschlichkeit" und „Fortschritt" nichts zu tun. Es ist die Fortsetzung der Ausplünderung des Landes durch die US-Konzerne.

Eine andere Station der Kissinger-Reise ist Zaire. Zaire war bis 1960 belgische Kolonie und wurde von dem belgischen Bergwerksmonopol Union Minière beherrscht. Dieser Konzern, der heute in den Händen des amerikanischen, belgischen und britischen Finanzkapitals ist, beutete die Bodenschätze Kupfer, Uran, Diamanten, Zinn, Gold u.a. aus. Als abzusehen war, daß die unter belgischen Offizieren stehende Kongo-Armee, in der 24 000 Kongolesen rekrutiert waren, gegen den nationalen Befreiungskampf des kongolesischen Volkes nicht länger einzusetzen sein würde und die kongolesischen Soldaten gegen die belgischen Offiziere meuterten und sich auf die Seite des Volkes stellten, hat der US-Imperialismus – damals geführt von Eisenhower und dann Kenndy – zunächst den Unabhängigkeitskampf des kongolesischen Volkes unterstützt. Tatsächlich aber war das Ziel, eine kongolesische Marionettenregierung des amerikanischen Finanzkapitals in den Sattel zu heben. Zu diesem Zweck wurde der Führer der „Kongolesischen Nationalbewegung", Patrice Lumumba, vom CIA ermordet. Das enthüllte

Fortsetzung Seite 14

IG Metall Köln

Die Befriedungspolitik des Hauptvorstandes scheitert an der Bewegung der Metallarbeiter

Am 5. April 1976 geschah im Ortsverband Köln der IG Metall „ein Skandal ohnegleichen". Der vom erweiterten Vorstand des Ortsverbandes vorgeschlagene und vom Hauptvorstand mit allen Mitteln gestützte Kandidat für das Amt des 1. Bevollmächtigten fiel bei der Wahl durch. Der Vorstandskandidat H. Lübben war bis dahin einer der kommissarischen Bevollmächtigten, die vom Frankfurter Hauptvorstand eingesetzt worden waren nach Auflösung des alten Kölner Vorstandes. Gegen Lübben kandidierte W. Malzkorn, bisher in Köln hauptamtlicher Sekretär und vorgeschlagen von einigen Vertrauensleuten.

A. Schwarting, bis dahin als kommissarischer 1. Bevollmächtigter eingesetzt, stellte den Vorstandskandidaten wortreich als einen netten Kerl vor, weigerte sich aber, den Gegenkandidaten überhaupt vorzustellen. Erst auf ausdrückliches Verlangen vieler Kollegen war er bereit, ihn zur Wahl zuzulassen. Die vorliegenden Stimmzettel hatten nur einen Namen aufgedruckt: H. Lübben.

Unter immer heftigeren Protesten gegen diese Methoden wurde die Wahl durchgeführt. Das Ergebnis: 149 Stimmen für Malzkorn, 141 für Lübben. Schwarting erklärte, daß der Ortsvorstand das als Mißtrauensvotum gegen sich auffasse und zurücktrete. Die Versammlung sei geschlossen. In der Presse erklärte er:

„Das ist ein Skandal ohnegleichen. Eine solche Situation hätte ich mir im Traum nicht vorstellen können. Der Zustand der Kölner IG Metall ist zerstrittener denn je. Hier sind zwei feste Lager entstanden."

Der gewählte 1. Bevollmächtigte W. Malzkorn versuchte Öl auf die Wellen zu gießen: „Ich hatte mit einem knappen Wahlergebnis gerechnet. Und mit Toleranz und Verständnis kann sicherlich eine vernünftige Zusammenarbeit gefunden werden."

In den Betrieben war die Empörung über das Vorgehen des alten Vorstandes stark. Ein Arbeitskreis von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall forderte den Gewerkschaftsausschluß von Schwarting wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens.

Wie war es dazu gekommen?

Köln ist einer der fünf wichtigsten Konzentrationspunkte der Metallarbeiter in der BRD. Die Metallarbeiter konzentrieren sich auf einige große Belegschaften: Ford, 26 000; Klöckner-Humboldt-Deutz, 15 000; Felten & Guilleaume / Arbed, 5 500, und eine Reihe von mittleren Firmen zwischen 1 000 bis 5 000 Arbeiter.

Fast jedes Jahr ist es zu Streiks gekommen. 1972 haben die Arbeiter von Klöckner-Humboldt-Deutz für höheres Weihnachtsgeld gestreikt, 1972 wurde bei Felten & Guilleaume gegen das Mißtrauensvotum der CDU gestreikt und eine Kundgebung und Demonstration auf den Straßen organisiert. 1973 kam es zu verschiedenen Streiks, z.B. bei Rheinkabel gegen die unteren Lohngruppen und für mehr Geld. Im Sommer 1973 war vor allem der Streik der Arbeiter bei Ford.

Der Widerstand der Ford-Arbeiter entzündete sich vor allem an folgenden Punkten: die schlechte Entlohnung, insbesondere an den Bändern; die immer schärfer werdende Arbeitshetze; Schikanen, insbesondere gegen die ausländischen Arbeiter: Wer sich bei der Rückkehr aus dem Urlaub verspätet hatte, sollte fristlos entlassen werden.

Einzelne Aktionen bis zu Streiks auf Abteilungsebene hatte es dagegen schon in den Vorjahren gegeben. In der Streikwelle des Sommers 1975 einigten sich die Ford-Arbeiter auf die Forderungen:

1 DM mehr für alle!
Rücknahme der Entlassungen!
6 Wochen bezahlten Urlaub!
Kontrolle und Senkung der Bandgeschwindigkeiten!

Der Streik dauerte fünf Tage. Er wurde mit Entschlossenheit und Härte geführt. Die Streikenden besetzten das Werk. Am fünften Tag drang nach einer Provokation der Geschäftsleitung die Polizei ins Werk ein und verhaftete die Streikleitung. Der Streik brach zusammen. Die Streikenden konnten ihr Ziel nicht erreichen. Nur eine einmalige Zahlung von 280 DM wurde der Geschäftsleitung abgetrotzt.

Betriebsratsspitze und Gewerkschaftsführung hatten wesentlich zur Niederlage beigetragen. Beide traten gegen den Streik auf. Einige Betriebsräte und IG-Metall-Funktionäre beteiligten sich offen an der Zerschlagung des Streiks. Als der Betriebsrat dann auch noch den Bettel von 280 Mark als seinen Erfolg feierte, war die Losung endgültig verankert: „Kuckelkorn und Lück (die Betriebsratsvorsitzenden) ans Band zurück!"



Der Ford-Streik vom Sommer 1973 hat die Politik der offenen Klassenzusammenarbeit in der Kölner IG Metall nachhaltig erschüttert.

Feuerwehr vom Hauptvorstand

Beim Hauptvorstand in Frankfurt muß sich der Eindruck befestigt haben, daß der Kölner Ortsvorstand die Bewegung der Metallarbeiter nicht mehr voll im Griff habe und zu unterdrücken verstehe, sondern ihr durch ständige innere Reibereien, wo jede Seite an die Mitglieder appellieren mußte, zu viel Luft schaffte. Nachdem in der folgenden Tarifrunde 1974 die Kölner IG-Metall-Funktionärskonferenz eine Festgeldforderung von 1,20 DM aufstellte, war für den Hauptvorstand das Maß voll. Er leitete Schritte gegen den Ortsvorstand ein. Der Hauptvorstand nahm eine Kassenunregelmäßigkeit zum Anlaß, um den ganzen Ortsvorstand abzusetzen und einen kommissarischen Bevollmächtigten einzusetzen. Die sogenannte Kugelschreiber-Affäre, bei der für mehr als 100 000 DM Werbematerial bestellt, aber nicht korrekt abgerechnet worden sein soll, war aber keineswegs die Ursache für den Eingriff.

Die neuen Herren aus Frankfurt wurden als „Feuerwehr" eingeführt, „die das Feuer in der IG Metall zwischen den beiden Blöcken recht bald löschen" sollte.

A. Schwarting in einem Interview mit der „Welt der Arbeit": „Wir sind nach Köln gekommen wegen eines generellen desolaten Zustandes in der Ortsverwaltung mit dauernden politischen Meinungsverschiedenheiten und Querelen im personalpolitischen Bereich und auch in Entscheidungen des Alltags. Die Ortsverwaltung war praktisch zusammengebrochen. In die Kasse haben wir erst später geguckt und dabei die Kugelschreiber-Affäre ausgegraben." Im „Gewerkschafter" schrieb A. Schwarting im August 1974: „Die (bisherigen) Ergebnisse weisen deutlich aus, daß das Ziel der Geschäftsleitung in Köln, eine umfassende Beruhigung anzustreben, ohne jede Einschränkung erfüllt werden konnte."

Bis in den Herbst 1974 hinein konnte man diesen Eindruck haben. Aber die neuen Herren konnten zwar einige Funktionäre und Mitglieder aus der Gewerkschaft schmeißen oder verdrängen. Sie konnten jedoch nicht die Widersprüche zu den Kapitalisten aus der Welt schaffen, an denen sich die Bewegung immer neu entzündete. Schon im Spätherbst 1974 wurde in einer Vertreterversammlung der Antrag, eine Demonstration gegen drohende Stillegungen und wachsende Arbeitslosigkeit zu organisieren, nur knapp, mit 180 gegen 140 Stimmen, abgelehnt.

Neben der sozialdemokratischen Strömung innerhalb der Gewerkschaft, die die Politik der Klassenversöhnung offen betreibt, gab es nach wie vor eine breite Strömung, die diese Politik an bestimmten Punkten ablehnte. Die politischen Strömungen darin sind vielfältig: linke Sozialdemokraten, Revisionisten und spontaneistische Kräfte. Die Kommunisten sind in der Kölner IG Metall nur schwach vertreten. Wo sieausgehend von den Interessen der Arbeiter eine richtige Politik der Aktionseinheit entfalteten, konnten sie die Bewegung weiterbringen.

Fortschritte in der politischen Einheit

Innerhalb der Kölner IG Metall gibt es eine Bewegung gegen den § 218. Bei Ford wurde im Vertrauensleutekörper eine Resolution eingebracht und verabschiedet, welche die Forderung nach Streichung des § 218 gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellte und die Forderung nach einem Volksentscheid gegen das verhaßte Gesetz erhob. Auch von der Kölner Vertreterversammlung der IG Metall wurde dieser Antrag verabschiedet. Als die Komitees gegen den § 218 die Entschließung der Kölner IG Metall bekannt machten, ging freilich der Vorstand dazu über, ihre Verabschiedung zu leugnen.

Noch in einer anderen Frage gelang es, die Bewegung in der IG Metall über den wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten hinaus mit dem politischen Kampf gegen die Ausplünderungs- und Unterdrückungspolitik des Staates zu verbinden.

In Köln gab es im Sommer 1975 eine breite Bewegung gegen die Erhöhung der Fahrpreise bei den Kölner Verkehrsbetrieben. Trotz Protesten in den Betrieben nahm die IG Metall nicht gegen die Fahrpreiserhöhungen Stellung. Ein Aufruf gegen die Erhöhung der Fahrpreise, gegen die Polizeieinsätze bei der ersten Demonstration wurde von 500 Menschen unterzeichnet, die damit zu einer erneuten Demonstration aufriefen. Gegen die Unterzeichner aus der IG Metall leitete der Kölner Vorstand eine Untersuchung wegen Unterstützung einer gegnerischen Organisation ein. Gegen diese Untersuchung haben viele Gewerkschaftskollegen sich empört zur Wehr gesetzt. Der Vorstand mußte diese Untersuchungen einstellen.

Eine negative Einheit ist leicht verletzlich

Die Auseinandersetzungen bei der Neuwahl des 1. Bevollmächtigten sind Ausdruck der Tatsache, daß in der Kölner IG Metall eine oppositionelle Strömung sich herausgebildet hat, die in einzelnen Fragen mit der Politik der Klassenversöhnung nicht einverstanden ist und gegen die Methoden der bisherigen Führung in der Funktionärskonferenz sogar die Mehrheit hat. Die Bewegung ist noch sehr uneinheitlich und zersplittert. Sie findet sich im Betrieb an Fragen der Auseinandersetzung mit den Kapitalisten zusammen wie zum Beispiel bei Ford gegen die Massenentlassungen oder bei Klöckner-Humboldt-Deutz bei Auseinandersetzungen um das Weihnachtsgeld.

Aber auch im Betrieb ist es häufig noch so, daß die Bewegung weniger einig ist über ihr positiv gegen die Kapitalisten durchzusetzendes Programm als in der Ablehnung der undemokratischen und von den Interessen der Kollegen „meilenweit entfernten" Politik, der die Forderung einer „belegschaftsnahen" Politik gegen die Kapitalisten gegenübergestellt wird.

In weitergehenden Fragen findet die Bewegung noch schwerer zu einer positiven Einigung.

Deutlich wird das, wenn man die Abstimmungsergebnisse auf den letzten Vertreterversammlungen in Köln untersucht: Bei Abstimmungen über Anträge an den Gewerkschaftstag, wo es meist um allgemeine die Arbeit der Gewerkschaft betreffende Fragen ging, konnte der eingesetzte Vorstand eine Mehrheit von etwa 220 : 60 Delegierten erzielen. Aber als beschlossen werden sollte, daß eine Demonstration in Köln gegen die Massenentlassungen bei Ford und Felten & Guilleaume und gegen die Arbeitslosigkeit gemacht werden sollte, konnte er nur verhältnismäßig knapp mit 180 : 140 Stimmen diesen Antrag verhindern.

Auf der Ebene der IG-Metall-Ortsverwaltungsstelle finden diese Kräfte von Fall zu Fall zusammen in der Ablehnung der Politik des Ortsvorstands.

Die Bewegung wählt sich solche Leute zu Sprechern, die zumindest in einzelne Fragen den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten unterstützen und darin die Interessen der Arbeiter nicht den Interessen des Finanzkapitals und der sozialdemokratischen Bundesregierung ausliefern. An einzelnen Fragen hat W. Malzkorn den Kampf gegen die Kapitalisten unterstützt, was natürlich keinerlei Garantie dafür ist, daß er in Fragen, wo die Gegensätze schroffer werden, dies wiederum tut. Im Gegenteil, reformistische und revisionistische Anschauungen sind in der Bewegung noch durchaus vorherrschend, was der Grund für ständige Schwankungen ist.

Die alte Vorstandsmehrheit ist keineswegs bereit, das Scheitern ihrer Befriedungspolitik hinzunehmen. Die erste Reaktion des alten Vorstandes bei der Neuwahl: „Jetzt werden Köpfe rollen." Sofort wurden drei Tarifkommissionsmitglieder ausgewechselt, was natürlich nur mit Hilfe der Sozialdemokraten im Frankfurter IG-Metall-Hauptvorstand geschehen konnte.

Die Politik der Befriedung und Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bewegung wird also mit Sicherheit fortgesetzt. Aber die offenen Vertreter der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Kapitalisten in der Gewerkschaft haben dabei ein Gefecht verloren. Das schafft Luft, um gegen Kapitalisten und Staat die Einheit der Arbeiter in der Gewerkschaft zu stärken. Das ist unbedingt notwendig in einer Lage, wo die Kapitalisten nach dem Lohnraubabschluß erst recht nachsetzen, bei Klöckner-Humboldt-Deutz die Taktzeiten verkürzen, bei Ford die Überstundenhetze ins Unerträgliche steigern und bei gedrückter Arbeiterzahl die Produktion um 40 Prozent erhöht haben. Und wo gleichzeitig die Kapitalistenklasse politisch gegen Arbeiterklasse und Volk mobil macht und der staatlichen Unterdrückung die Zügel frei läßt. – (g., Köln / Red.)

Lohnauseinandersetzung 1976 in Köln

Auf der Funktionärsversammlung im Winter 1975 sprach sich der 1. Bevollmächtigte Schwarting für eine 8-Prozent-Forderung aus, ausdrücklich, damit man bei 6 Prozent abschließen könne. Die meisten Redner sprachen sich für 10 Prozent aus. Eine Kollegin trat für 140 DM Festgeld ein. Sie bekam großen Beifall. In den Mittelpunkt hatte sie gestellt, daß nur mit einer einheitlichen Forderung auch eine einheitliche Kampffront gegen die Kapitalisten zu errichten sei. Die Stimmung im Saal war eindeutig gegen 8 Prozent, weswegen der kommissarische Vorstand eine Abstimmung über die Forderung verhinderte.

Die Bewegung in den Betrieben ließ sich dadurch nicht zurückzerren. So wurden bei Klöckner-Humboldt-Deutz im alten Schlepperbau Beschlüsse gefaßt, daß 8 Prozent nicht ausreichend seien, und 140 DM gefordert. Während der Verhandlungen streikten bei Klöckner-Humboldt-Deutz 8 000 Arbeiter. Die Angestellten solidarisierten sich.

Die Bewegung für Kampf gegen die Kapitalisten war so stark, daß der IG-Metall-Vorstand am nächsten Tag eine Kundgebung durchführen mußte. Ganze Belegschaften kamen geschlossen anmarschiert. Beifall gab es nur für Angriffe gegen die Kapitalisten und ihren Staat.

Der 5,4-Prozent-Abschluß schließlich wurde auf einer Versammlung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der Ehrenfelder Metallbetriebe abgelehnt. Einzelne wiesen darauf hin, daß der Lohnkampf damit noch lange nicht beendet sei.

Betriebsratswahlen 1975

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei Klöckner-Humboldt-Deutz und Ford war ein deutlicher Ausdruck der Widersprüche innerhalb der Gewerkschaft.

Wahlergebnis Klöckner-Humboldt-Deutz

Arbeiter – Wahlbeteiligung etwa 68 %		
Liste 1 (IG Metall)	3.716 St. –	13 Sitze
Liste 2 (oppos. IG Metall)	1.903 St. –	7 Sitze
Liste 4 (Gruppe Roter Morgen)	592 St. –	2 Sitze

Angestellte – Wahlbeteiligung etwa 60 %		
IG Metall	1.889 St. –	8 Sitze
DAG	889 St. –	4 Sitze
AT-Liste	518 St. –	1 Sitz

Wahlergebnis Ford Niehl (Hauptwerk)

Arbeiter	
Liste 5 (oppos. IG Metall)	12 Sitze
Liste 7 (oppos. IGM-Türkenliste)	2 Sitze
Liste 9 (oppos. IGM-Türken, Toplum)	2 Sitze
Liste 10 (IGM-Türkenliste)	1 Sitz
Liste 11 (IG Metall)	14 Sitze
Liste 12 (oppos. IG Metall)	3 Sitze

Angestellte	
Liste 1 (oppos. IG Metall)	3 Sitze
Liste 2 (DAG)	4 Sitze
Liste 3 (IG Metall)	3 Sitze

Allein die Existenz sovieler verschiedener Listen ist ein Zeichen für die Unzufriedenheit mit der Politik des alten Betriebsrats. Bisher hatte es nur die Einheitsliste der IG Metall bei den Arbeitern gegeben.

Diese verschiedenen Listen waren *ausdrücklich* gegen die Politik des alten Betriebsrates gerichtet, die gekennzeichnet war von der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

Bei Ford war dieses Ergebnis eine Abrechnung mit dem Verhalten des Betriebsrates während des Streiks 1973. Die alten Betriebsräte verloren ihre Mehrheit, und es hieß: „Kuckelkorn und Lück ans Band zurück!"

Bei Klöckner-Humboldt-Deutz war die spontane Meinung vieler Kollegen über getroffene Betriebsvereinbarungen: „Der Bleffert (Betriebsratsvorsitzender) gehört in den KHD-Vorstand!"

Die von der Opposition gewonnenen Stimmen im neuen Betriebsrat zeigen, wie breit diese Bewegung ist. Sie ist aber auch uneinheitlich, denn die Sprecher grenzten sich nur gegen die klassenversöhnlerische Politik ab und versprachen, ohne bestimmte Festlegung, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Diese Versprechungen haben nicht lange gehalten. So werden zum Beispiel die Beschlüsse im Betriebsrat von Klöckner-Humboldt-Deutz mit den Stimmen der Sprecher der Oppostion gefaßt.

Betriebszelle VW-Wolfsburg berichtet

VW baut sein Imperium aus und verschärft die Schinderei

Einstimmig, also mit den sieben Stimmen der SPD'ler aus dem IG Metallvorstand und dem Gesamtbetriebsrat, hat der Aufsichtsrat dem Bau eines US-Werkes zugestimmt. Der VW-Konzern hat damit einen entscheidenden Schritt im Ausbau seines weltweiten Imperiums getan. Damit das Werk gebaut werden konnte, hat Schmücker in den 6 inländischen Werken die Peitsche der Ausbeutung schwingen lassen. Aus einer ca. 10 % verringerten Belegschaft hat er einen 40 % größeren Produktionsausstoß herausgeholt. Jede Schraube, jede Maschine des Werks in den USA kommt direkt aus den Knochen der VW-Arbeiter. Es heißt, dadurch sollen in der BRD Arbeitsplätze gesichert werden, daß ist schlicht gesagt eine Lüge. Selbst Schmücker hat sie widerlegt. Aufgebaut werden soll in aller Schnelle eine Montagefabrik für den Golf. In der Anfangsstufe Mitte 1977 sollen ca. zweitausend Arbeiter in den USA beschäftigt werden. Nach kurzer Zeit soll dann ein Fahrzeugausstoß von 800 Autos pro Tag erreicht werden. Im wesentlichen werden die Einzelteile für die Montage in den USA selbst hergestellt oder gekauft. Lediglich 35 Prozent des Autowerts werden aus der Bundesrepublik geliefert. Dabei handelt es sich um Motoren und Getriebe und besonders ausgewählte Fahrwerkteile, also solche Teile, die ein relativ hohes Niveau in der technischen Herstellung bedürfen. Zur Zeit sind in Westdeutschland für die USA-Produktion ca. 15000 Arbeiter tätig. Wenn das Werk am Ende der ersten Ausbaustufe ca. 6000 Mann stark sein wird, und das wird Mitte 1978 soweit sein, werden in Westdeutschland kaum noch Arbeiter für die USA eingesetzt werden. Schmücker hat diese auch bekanntgegeben, indem er sagte, daß in weiteren Ausbaustufen auch dann die Teile in den USA produziert werden, die anfangs noch aus Westdeutschland geliefert werden müssen. Es wird also kein einziger Arbeitsplatz dazu geschaffen, sondern im Zuge des Aufbaus in den USA werden sie allesamt abgeschafft werden. In Westdeutschland selbst, so Schmücker in der Zeitschrift „Kapital", wird nur noch für Rationalisierungen investiert. Das ist auch mit den 40 Millionen DM Investitionen gemeint, die in Emden zur Umstrukturierung des Werks bereit gestellt werden sollen.

Was hat es nun mit der Arbeitsplatzgarantie Schmückers auf sich?

Diese Zusicherung hat mit der US-Produktion überhaupt nichts zu tun. Sie beruht laut Schmücker einzig auf dem Ausgleichseffekt, der durch die derzeitige Absatzsteigerung im Inland und in anderen Ländern zu verzeichnen ist. Eine absolute Beschäftigungsgarantie konnte er nicht geben, erklärte er vor der Presse. Also: Wenn Arbeiter in den inländischen Werken in einem Jahr entlassen werden müssen, dann ist dies zurückzuführen auf eine sinkende Nachfrage, die sowieso irgendwann kommen wird laut Schmücker. Dagegen könne man nun mal nichts tun. Das ist nun nichts Neues. Die Kapitalisten anderer Branchen haben dies des öfteren vorgeführt.

Das haben natürlich die Sozialdemokraten wie Loderer nicht übersehen. Sie aber sehen die Gewinne der Unternehmen als den einzigen Fortgang in der Entwicklung der Gesellschaft an. Schmücker hat dies genutzt und sie mit Gangstermanier in sein Netz der imperialistischen Expansion völlig eingewickelt. Sie haben dementsprechend auch die Drecksarbeit zu machen und die Arbeiter für das US-Projekt zu gewinnen. Am Montag verteilte die IG Metall ein Flugblatt mit der Überschrift: „USA-Werk wird gebaut. Die deutschen Arbeitsplätze sind gesichert! VW-Vorstand erfüllt Forderungen der IG Metall." Als Forderungen wurden in diesem Flugblatt genannt: Personalplanung bis in die achtziger Jahre, konkreter Werksbelegungsplan für die inländischen Werke. Beschäftigungsgarantie, kein Export nach Europa, Sicherstellung des Einflusses durch die deutschen Mitbestimmungsorgane.

All dies sei erfüllt, jubelten sie. Das US-Projekt wird keine deutschen Arbeitsplätze kosten. Bei uns im Betrieb in Wolfsburg erhielt das Flugblatt den Titel „Volksverarschung". Das trifft genau. Das Sprachrohr der Kapitalisten, das „Handelsblatt", gibt sich mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufs vollste zufrieden. Es schreibt: „Auf den ersten Blick liest sich dieser Katalog wie das Ergebnis einer gewerkschaftlichen Alleinbestimmung. Bei näherer Prüfung stellen sich die Konzessionen aber so dar: Daß sie Schmücker im speziellen Fall VW wohl auch vor den Aktionären vertreten kann. Denn ohne eine mehrjährige Personalplanung können heute große Konzerne ohnehin nicht auskommen. Auch die „Beschäftigungsgarantie" ist keine juristische Garantie für alle Zeiten und konjunkturellen Wechselfälle. Selbst der vorläufige Verzicht auf voll integrierte Produktion in den USA geschah wohl leichten Herzens, weil sonst auch die Finanzierung Schwierigkeiten gemacht hätte. Und ein Start mit einer Montage von lediglich 800 Wagen pro Tag ein derzeit vertretbares Risiko bedeutet. Die von VW of America seinerzeit auf bis zu 1 Million Wagen pro Jahr geschätzte Aufnahmefähigkeit des US-Marktes macht einen Re-Export nach Europa unnötig, und der „Mitbestimmungseinfluß" auf die US-Tochter wird sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten."

Sie sind zufrieden mit den Sozialdemokraten, die Kapitalisten. Die Forderungen der Sozialdemokraten beeinträchtigen die Produktionsaufnahme in den USA in keinster Weise. Sie hindern nicht einen späteren Ausbau des US-Werkes und sie sind auch keine Arbeitsplatzgarantie in Westdeutschland. Es läuft alles wie sie es sich wünschen. Die Sozialdemokraten müssen jetzt ihre Aufgaben vollbringen, um den Arbeitern weiszumachen, daß die imperialistische Expansion der Erhaltung der Arbeitsplätze dient. Dabei haben sie es schwer.

Denn es liegt auf der Hand, was die VW-Arbeiter durch ihre produktive Arbeit geschaffen haben, der Konzern sich angeeignet hat, wird gegen die VW-Arbeiter eingesetzt. Das sind die Früchte der „sozialen Marktwirtschaft". – (w.Zelle VW Wolfsburg)

Sache der ganzen Arbeiterklasse

Von der bürgerlichen Klasse, ihrer Regierung, ihren Parteien und ihrer Presse wird in letzter Zeit viel das „Ausländerproblem" diskutiert.

Schon jetzt wird die Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeiter anderer Nationalitäten praktiziert. Großstädte wie Köln, Hamburg, Westberlin, Hannover und Mannheim werden, in der Sprache des Belagerungszustandes, zum Sperrgebiet erklärt.

Schon jetzt sind die ausländischen Arbeiter gegenüber den staatlichen Behörden weitgehend rechtlos, ständig sind sie von der Abschiebung bedroht: In Nürnberg haben sich Ausländer an einem Streik beteiligt. Die Polizei wollte die Streikposten auseinanderjagen. Sie haben sich zur Wehr gesetzt, weil ohne Streikposten der Streik zusammenbricht. Die ausländischen Arbeiter wurden in U-Haft genommen, verurteilt und abgeschoben.

Vor Jahren wurde die Debatte über die „Rotation" eröffnet. Rotation, d.h. daß die ausländischen Arbeiter nur eine begrenzte nichtverlängerbare Arbeitserlaubnis erhalten und nach der abgelaufenen Zeit abgeschoben werden.

Jetzt werden in der Bundesregierung „Thesen zur Ausländerpolitik" bearbeitet.

Alle Bedingungen, unter denen Ausländer in der Bundesrepublik ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sollen demnach verschärft werden. Aus den Thesen geht hervor:

1. Das Wirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit treten für die zwangsweise Rotation ein.

2. Mußte bislang nach 5 Jahren ununterbrochener Arbeit in der BRD weitere Arbeitserlaubnis erteilt werden, soll jetzt die Arbeitserlaubnis erlöschen.

3. Die Dauer des Bezugs für Arbeitslosengeld soll begrenzt werden.

4. Familien von ausländischen Arbeitern dürfen erst nach 3 Jahren in die BRD nachreisen, bisher 1 Jahr.

BRD nachreisen, bisher 1 Jahr.

5. Die Einschränkung der Freizügigkeit soll beibehalten bleiben.

6. Abfindungen für freiwillige Ausreise werden für nicht „erforderlich noch für haushaltswirtschaftliche vertretbar" gehalten.

7. Wird gleich mit festgehalten: „Durch den Transfer öffentlicher Mittel und durch die Förderung privaten Kapitalexports leistet die BRD einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Entsendeländern."

Alle Register zur Entrechtung eines Teils der Arbeiterklasse sind hier gezogen. Gleichzeitig wird der Zweck mit angegeben: Der Kapitalexport, die imperialistische Expansion, die die Verschärfung der Ausbeutung zur Voraussetzung hat: Vorgeben, in Westdeutschland die Arbeitsplätze sicherer zu machen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Kapitalexport als Ziel der Regierung ausgeben, da kann es mit dem Bemühen, die Arbeitsplätze zu sichern, nicht weither sein.

Wenn diese Themen zum Gesetz werden, dann haben die Kaptialisten und der Staatsapparat alle Möglichkeiten, die Ausländer zu schikanieren, den Lohn zu kürzen, die Arbeitshetze zu verschärfen, denn ständig sitzt den ausländischen Arbeitern die Abschiebung im Nacken. Haben die Kapitalisten erstmal einen Teil der Arbeiterklasse in diesen vollständig entrechteten Zustand gepreßt, haben sie immer einen Hebel in der Hand, um die ganze Arbeiterklasse zu drücken. Den rechtlosen Zustand der Arbeiter anderer Nationalitäten in Westdeutschland nutzen, um sie zu drücken und ins Elend zu stoßen, das senkt die durchschnittlichen Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft der ganzen Klasse.

10 % aller Arbeiter kommen aus dem Ausland. 10 % der Arbeiterklasse will die Kapitalistenklasse direkt in den Zustand der Sklaverei versetzen. Um die Freiheit des anderen Teils der Arbeiterklasse zu heben? Umgekehrt natürlich: um Westdeutschland in ein Militärzuchthaus für Arbeiter zu verwandeln.

deln.

Interview mit einem Hamburger Schauermann

Für das Verbot der Pensumarbeit

Im Hamburger Hafen wird das Pensum praktiziert. Was ist Pensumarbeit?

Pensum ist eine Art Akkordarbeit. Bloß der Anreiz ist nicht höherer Lohn innerhalb eines Arbeitstages, der stundenmäßig festgelegt ist, sondern der Anreiz ist, früher Schluß zu machen bei einem Arbeitstag, der viel zu lang ist. Wir sind im Hafen ja darauf angewiesen, Doppelschichten zu machen. Von fünf Schichten pro Woche bei einem Schichtlohn von 300 DM die Woche netto läßt sich eben keine Familie ernähren. Auf der anderen Seite kann ich nicht zwei volle Schichten hintereinander arbeiten, wenn ich gegen ein Uhr nach Hause komme und gegen fünf Uhr wieder aufstehen muß. Das ist der Grund, warum die Kapitalisten uns die Pensumarbeit aufdrücken können.

Wie sieht das aus und was bezwecken die Kapitalisten dabei?

Die haben mit der Pensumarbeit die Möglichkeit, die Arbeitsleistung hochzuschrauben, ohne den Lohn zu erhöhen. Wenn wir in der zweiten Schicht Pensum arbeiten, aus dem Zwang heraus, rechtzeitig nach Hause zu kommen, dann wird unheimlich reingehauen und das Pensum von sagen wir 2000 Sack schon in vier Stunden geschafft. Sofort wird dann das Pensum beim nächsten Mal um einige hundert Sack erhöht. Es gibt aber auch gekoppeltes Pensum für die erste und zweite Schicht. Zum Beispiel 4000 Sack Kakao müssen ausgeladen werden. Das bedeutet mehr als acht Stunden intensive Arbeit, wenn wir schon kurz nach dem Anfang der zweiten Schicht fertig sein wollen. Die Folge ist wieder, daß das Pensum erhöht wird, zum Beispiel auf 4400 Sack.

Oder es wird versucht, das gleiche Pensum von weniger Leuten schaffen zu lassen. Ursprünglich waren in einem Gang sechs Mann (ein Gang ist der Trupp, der in einer Luke zusammenarbeitet), jetzt sind es meistens nur noch fünf Mann.

Der neueste Dreh ist das Doppelhieven. Dabei werden Paletten verwendet, die doppelt so groß sind wie sonst. Statt 50 Kartons z.B. müssen jetzt 100 Kartons auf die Palette gepackt werden. Es kommen aber nur zwei Mann zusätzlich in die Luke. Sieben bis acht Mann müssen das Doppelte von dem bewältigen, was vorher fünf bis sechs Mann geschafft haben.

Wird mit dem Pensum nicht auch der Zusammenhalt der Arbeiter erschwert?

Doch, natürlich. Zum Beispiel zwischen Kaiarbeiter und Schauerleuten. Die Kaiarbeiter arbeiten kein Pensum. Sie haben ein Interesse daran, daß der Kranhaken möglichst lange in der Luke hängt, damit sie sich auch einmal auf den Arsch setzen und eine Zigarette rauchen können. Wenn wir jetzt wie wild schuften, gibt das natürlich Ärger. Ohnehin wird versucht, Keile zwischen uns zu treiben. In die Duschanlagen und Waschräume der HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG) z.B. kommt man als Schauermann einer anderen Firma nicht rein, obwohl man praktisch für die HHLA gearbeitet hat. Konkurrenz wird auch unter die Schauerleute getragen; wenn die Gänge zusammengestellt werden beim Pensum, kriegen die Festen die besseren Chancen. Sie bekommen z.B. nicht die engen Luken, wo man bei der Arbeit behindert ist und das Pensum nicht so schnell schaffen kann.

Auch innerhalb eines Ganges gibt es durch das Pensum Probleme. Nicht alle wollen oder können die gleiche Arbeitshetze aushalten. Aber jeder muß ein bestimmtes Pensum mitmachen. Als neulich einer sagte „Das Pensum ist zu hoch", da wurde er gleich auf einen anderen Dampfer versetzt, um ihm zu zeigen, daß sie ihn hin- und herjagen können.

Was sind die wesentlichen Folgen des Pensumsystems für die Arbeiter?

Die Arbeitskraft wird physisch und geistig ruiniert. Da man bis zur äußersten Grenze ausgepreßt wird, ist man hinterher völlig erschöpft. Es ist nicht selten, daß Kollegen in der Bahn oder im Bus einschlafen und bis zur Endstation fahren. Ich bin auch schon zuhause über dem Essen eingeschlafen und mit dem Kopf in den Suppenteller gefallen. Zuhause gibt es viel Streit um Kleinigkeiten, weil man so gereizt ist und man schreit ohne Grund die Kinder an. Die Doppelschichten, das geht vielleicht ein Dreivierteljahr lang, dann ist man auf dem Nullpunkt und hängt erstmal ein Vierteljahr durch. Man hat keine Lust, morgens aufzustehen, wird krank oder stänkert rum und macht nur eine Schicht. Bis durch die finanziellen Schwierigkeiten die Doppelschichten wieder aufgenommen werden. An vielen alten Decksleuten kann man sehen, wohin das führt. Sie haben ein kaputtes Kreuz und bringen köperlich nix mehr. Sie bedienen z.B. die Winde und weisen den Kran ein.

Oft genug wird durch die Pensumarbeit nicht nur die Gesundheit, sondern auch das Leben des Arbeiters zerstört. Vor einiger Zeit wurden ein Kollege getötet und einer schwer verletzt. Sie haben unter der Hieve gearbeitet und die ist heruntergekommen. Sie wollten vielleicht nur eine Zigarettenpause herausschlagen. Oder sie haben überlegt: Zweieinhalb Stunden sind wir früher zuhause, wenn wir unter der Hieve arbeiten bei 150 Hieven pro Schicht und einer Wartezeit von je einer Minute.

Bist du für das gesetzliche Verbot der Pensumarbeit, um der Ausbeutung durch das Kapital zunächst eine Schranke zu setzen?

Das ist ganz klar. Auch meine Kollegen schimpfen über das Pensum und sagen jedesmal: „Wir haben zuviel geschafft."

Gleichzeitig mit dem Verbot der Pensumarbeit müssen wir aber die Erhöhung der Schichtlöhne fordern. Wir müssen unser Geld in acht Stunden verdienen können und dürfen uns nicht so kaputtmachen lassen wie jetzt. Der Unternehmer wäre dann gezwungen, einen Teil der arbeitslosen Kollegen einzustellen, was ja auch wieder die Arbeiter stärkt. – (wo./z., Finkenwerder)



1. Mai: Vollständige Gleichberechtigung aller Ausländer, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten!

Türkische Arbeiterföderation gegründet

Wir begrüßen den erfolgreichen Zusammenschluß der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik und die Gründung der A.T.I.F., aus deren Presseerklärung wir im folgenden zitieren:

„Am 27. und 28. März 1970 fand in Darmstadt, im Lokal des ‚Vereins der türkischen Arbeitnehmer in Darmstadt e.V.', der Gründungskongreß der **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (A.T.I.F.)** statt.

Die Föderation verpflichtet sich laut ihrer Satzung

a) die solidarischen und brüderlichen Beziehungen zwischen den in der BRD arbeitenden und lebenden Arbeitern aus der Türkei zu entwickeln,

b) eine Solidarität zwischen den Arbeitern aus der Türkei und den aus verschiedenen Nationalitäten stammenden Arbeitern in der BRD zu schaffen,

c) die ökonomischen und demokratischen Rechte der Arbeiter zu verteidigen,

d) und die Kultur unseres Volkes bekanntzumachen und zu verbreiten."

Arbeitervereine aus 10 Städten sind in A.T.I.F. als Gründungsmitglieder zusammengeschlossen.

1. Mai-Parolen

1. Mai: Weg mit § 218

Hannoversch Münden. Die DGB-Jugend beschloß unter anderem folgende Parolen, die am 1. Mai auf der DGB-Demonstration mitgetragen werden sollen:
Weg mit § 218!
Weg mit § 88 a! Volle Demonstrations-, Streik- und Organisationsfreiheit!
12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen! Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!
Ausbildung arbeitsloser Jugendlicher in Facharbeiterklassen ihrer Wahl!

Ein Streik der Druckarbeiter findet jede Solidarität!

Die Urabstimmung in der Druckindustrie hat eindeutig ergeben: Die 9 %, mindestens 140 DM, sollen gegen die Kapitalisten durch Streik durchgesetzt werden: 88,2 Prozent der Teilnehmer an der Urabstimmung stimmten für Streik. An der Abstimmung beteiligten sich 90,8 Prozent der IG-Druck-Mitglieder. Dafür haben z.B. im Kölner Ortsverein zirka 94,2 % der Mitglieder der IG Druck, im Stuttgarter Kreis 92 %, beim „Mannheimer Morgen" zirka 94,5 %, im gesamten Rhein-Neckar-Bezirk rund 92 % gestimmt. Die Urabstimmung für Streik, die Aktionen zeigen, daß nach den Abschlüssen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst der Kampf um den Lohn nicht gebrochen werden konnte. Diese Abschlüsse waren der Tatsache zu verdanken, daß die Sozialdemokraten gegen die Streikbewegung der Arbeiter und Angestellten geblockt haben und die Interessen der Arbeiter den Interessen der Kapitalisten untergeordnet haben. Das wird immer schwieriger, weil die Arbeiter das nicht zulassen wollen.

Die ganze letzte Woche haben die Druckarbeiter die Streikbewegung fortgesetzt. Dies hat den Beschluß zur Urabstimmung gebracht und das Ergebnis der Urabstimmung selber.

Der Bundesverband Druck ist angeschlagen, er kann geschlagen werden. Letzten Mittwoch hat er behaupten lassen, daß die Kapitalisten geschlossen wie nie zuvor seien. Er hat mit der Arbeitslosigkeit spalten wollen und mit der Aussperrung gedroht. Die Aktionen und Streiks wurden fortgesetzt, die Urabstimmung beschlossen. Dann war Schweigen. Am Montag hat Mack, Sprecher und Verhandlungsführer der Kapitalisten, die „unentwegte Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber" erklärt und hinzugefügt, daß das 5,4 %-Angebot „nicht das allerletzte Wort des Bundesverbands Druck" sei. Davon, daß sie zu Beginn der Lohnauseinandersetzungen erklärt haben, das Beste sei ein Nullabschluß, ist keine Rede mehr. Die Verhöhnung der Druckarbeiter lassen sie jetzt lieber. Der ZDF-Kommentator hat am Dienstagabend prompt die Haltung der Druckkapitalisten kritisiert und erklärt, daß sie ein klägliches Bild bieten würden.

Der Sprecher der IG Druck, Detlef Hensche, hat ebenfalls im ZDF erklärt, daß nach diesem Urabstimmungsergebnis die 5,4 % wohl vom Tisch seien. Das schon. Darüber wird aber niemand vergessen, was der Gewerkschaftsvorsitzende Leonhard Mahlein in der ganzen vergangenen Woche alles angestellt hat, um die Forderungen der Druckarbeiter preiszugeben und den Kapitalisten nachzugeben. Nachdem das Scheitern der Verhandlungen erklärt werden mußte, ist kurz danach für die Papierverarbeitung mit 5,6 % abgeschlossen worden. Dann hat er vor der Sitzung des Erweiterten Vorstands der IG Druck am Mittwoch und der Beschlußfassung über die Urabstimmung den Druckkapitalisten zugewunken und ihnen angeboten, sie sollten doch erneut ihren Schlichter anrufen. Am Mittwoch hat der Erweiterte Vorstand die Urabstimmung beschlossen. Auf der Pressekonferenz danach hat Mahlein erklärt, bei einer 6 vor dem Komma sei der Abschluß möglich. Dabei hat er gleich die 140 Mark mindestens fallengelassen.

Die Druckarbeiter haben die Streikaktionen fortgesetzt, auf Mitgliederversammlungen, durch die Funktionäre aus den Betrieben heraus ist unmißverständlich das Verhalten Mahleins verurteilt worden. Am Wochenende hat er dann erklärt, daß er keine Aussichten für neue Verhandlungen sehe und die Urabstimmung jetzt laufen müsse.

Die Kapitalisten haben die Winke Mahleins ausgenutzt. Mack konnte die IG Druck in aller Öffentlichkeit demütigen, indem er ihren Vorsitzenden des doppelten Spiels bezichtigte.

Diese Ohrfeige hat den Vorsitzenden der IG Druck und Papier nicht davon abgehalten, am Montag vor der Urabstimmung erneut den Kapitalisten mitzuteilen: „Wir können uns recht flexibel verhalten." Solches Vorgehen soll auf die IG Druck zersetzend wirken, den Kapitalisten verschafft das Luft.

Die Bundesregierung ist den Druckkapitalisten ebenfalls beigesprungen. Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium hat am Montag erklärt, daß Streiks in die gegenwärtige Konjunkturlandschaft „ganz sicher nicht hineinpassen". Das ZDF hat im „Report" eine Umfrage gezeigt, wo es „ausgewogen bewies", daß die Stimmung unter den Druckarbeitern gar nicht einheitlich für Streik sei. Man kann sicher sein, daß das Reporterteam seine Interviewpartner ziemlich lang hat suchen müssen. Vergrätzt hat Dienstag der ZDF-Kommentator nach Ergebnis der Urabstimmung schließlich festgestellt, daß gottseidank nicht die Druckgewerkschaft über die Lohnentwicklung zu entscheiden habe. Diese Lohnauseinandersetzung sei nur ein Nachspiel.

Der Mensch hängt erstens der Illusion nach, daß mit den Abschlüssen im Metallgewerbe und in den öffentlichen Diensten der Kampf um den Lohn beendet sei. Das ist ein Irrtum, denn nur durch die Hilfe der Sozialdemokraten, die den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat beigesprungen sind, sind die Belegschaften in die Lohnraubabschlüsse gedrängt worden. Nicht gelungen ist indes den Sozialdemokraten, die Kampfkraft der Belegschaften zu zersetzen. Die Abschlüsse haben auch die Aktionen der Druckarbeiter nicht brechen können, sondern sie darin bestärkt, sie fortzusetzen und an den 9 %, mindestens 140 DM, festzuhalten. Deshalb handelt es sich zweitens nicht um ein Nachspiel. Durch die erfolgreiche Urabstimmung kommt erneut Bewegung in die ganze Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse im Kampf um den Lohn. Die Kapitalisten sind unerbittlich bei der Verfolgung ihres Ziels, die Ausbeutung schrankenlos zu steigern und die Tendenz zur absoluten Verelendung durchzusetzen. Die Urabstimmung beweist, daß die Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten ebenso unerbittlich sein können.

Die 9 %, mindestens 140 Mark sind nur durch Streik gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Nur durch Durchführung des Streiks wird die Führung der IG Druck daran gehindert, auf Kosten der Druckarbeiter den Kapitalisten ein Geschenk zu machen. In dieser Auseinandersetzung haben die Druckarbeiter die Solidarität aller Lohnabhängigen. – (hjh)

ÖTV-Mitgliederversammlung solidarisch mit Druckern

Karlsruhe. Die ÖTV-Mitgliederversammlung im Kernforschungszentrum Karlsruhe hat auf ihrer Mitgliederversammlung am Dienstag eine Resolution zur Unterstützung der Kollegen im Druckbereich im Kampf für ihre berechtigten Forderungen einstimmig verabschiedet.

Für 9%, mindestens aber 140 DM!

In zahlreichen Städten streikten die Drucker unter anderem in:

Hamburg. Donnerstag, Streik bei Springer, Abteilung Maschinensatz, eine Stunde. Der Andruck der Bundesausgabe der „Bild"-Zeitung wurde verzögert.

Auerdruck, gesamte Technik, eine halbe Stunde.

Über 1 000 aus drei Schichten im Druckhaus Gruner und Jahr in Itzehoe streikten für mehrere Stunden.

Frankfurt/M. Freitag: Im Zweigwerk Neu-Isenburg der „Frankfurter Rundschau" streikte die Abteilung Tiefdruck zweimal, insgesamt eine Stunde und 50 Minuten.

Braunschweig. Limbach (Braunschweiger Zeitung): Donnerstag streikte die Nachtschicht und Freitag insgesamt 200 Kollegen.

Westermann: Montag technischer Betrieb, eine Stunde, 300 bis 400 streikten.

Westberlin. Springer: Donnerstag, 22.4., eine halbe bis Dreiviertelstunde Warnstreik, Diskussion über Tarifrunde. Freitag: Nachdem die Kollegen der gewerkschaftlichen Aufforderung nach Verweigerung von Sonderschichten und Überstunden nachgekommen waren, setzte die Geschäftsleitung Studenten ein für die entsprechenden Arbeiten. Darauf streikten die Kollegen so lange, bis die Geschäftsleitung die Studenten wieder abzog. Ergebnis: Verspätung bei der Zeitungsauslieferung und zum Teil erheblich dünnere Ausgaben.

Sala-Druck: Entgegen Gewerkschaftsaufforderung stimmte der Betriebsratsvorsitzende Sonderschichten zu. Darauf trat der Betriebsrat geschlossen zurück (außer dem Vorsitzenden).

Druckhaus Tempelhof: Am Freitag streikten alle drei Schichten eine bis eineinhalb Stunden.

Hamburg. Auf der Bezirksmitgliederversammlung der IG Druck, 700 anwesend, fand eine Resolution, die einen sofortigen Vollstreik forderte, große Zustimmung.

1200 BASF-Lehrlinge demonstrierten gegen das 5% Angebot

Ludwigshafen. 1 500 Lehrlinge und Jungarbeiter der BASF marschierten am Freitag, den 24.4.76, durchs Werk vor den Bau der Werksleitung. Die Demonstration richtete sich gegen das 5 % Angebot der Chemiekapitalisten für die diesjährige Tarifrunde. Entstanden war die Demonstration aus der Jugendversammlung dieses Tages. Mit Pfiffen war die Nachricht von dem 5 % Angebot beantwortet worden, mit Buhrufen und Sprechchören lehnten die Jugendlichen dieses Angebot ab. Nur 33 DM fürs 3. Lehrjahr, 22 DM fürs 2. Lehrjahr und 19 DM fürs 1. Lehrjahr bedeutet dieses Angebot. Die Jugendforderung der Tarifkommission wurde mit einer Resolution bekräftigt: Angleichung des 1. ans 2. Lehrjahr und 50 DM für alle Lehrjahre mehr. Mit Sprechchören wie „5 % das ist ein Hohn, wir fordern 50 DM mehr Lohn!" zog die Jugendversammlung geschlossen durchs Werk, aus dem Tor raus zum Betriebsratsbüro außerhalb des Werkes. Die schnell zusammengezogenen Werkspolizisten hatten nicht viel Glück beim Ausweiskontrollieren. Die Demonstration zog auf eine Hauptverkehrsstraße vom Betriebsratsbüro zurück, mit einigen Betriebsräten zum Bau 1 der Werksleitung. Über Megaphon wurde die Forderung bekräftigt und der Werksleitung klargemacht, daß das 5 % Angebot nicht hingenommen wird.

Am Montag, 27.4., war die 2. Jugendversammlung für den Werksteil Nord. Hauptdiskussion: Jugendvertreterwahl und Tarifrunde. 400 Kollegen waren dort. Mit Beifall wurde der Bericht eines Jugendvertreters über die Demonstration am Freitag begrüßt, Pfiffe und Buh-Rufe für das 5 % Angebot.

In Redebeiträgen wird die Dringlichkeit nicht nur der Tarifforderung, sondern auch der langfristigen Interessen und Forderungen dargelegt; so die Forderungen:

Übernahme aller Lehrlinge!

Die Entlassung nach der Ausbildung bedeutet für die Betroffenen das Elend der Arbeitslosigkeit, für die Kollegen im Betrieb wächst der Druck des Arbeitslosenheeres.

Fahrtkostenrückerstattung!

Bis zu 100 DM zahlen Kollegen, die von weit herkommen. Wir lassen es nicht zu, daß der Lehrlingslohn, der so und so hinten und vorne nicht reicht, dadurch noch weiter abgebaut wird.

Abschaffung der Beurteilungsbögen!

„Diese persönlichen Beleidigungen", sagt ein Redner, „werden immer dazu benutzt, um uns das Rückrat zu brechen. Mit Benotung von Verhalten zu Vorgesetzten, Pünktlichkeit und Sauberkeit, werden wir unter Druck gesetzt."

Ein Kollege stellt diese Forderungen in den Zusammenhang der Jugendvertreterwahlen: „Unsere Erfahrung ist, daß die Angriffe der Werksleitung immer härter werden. Mit Reden kamen wir im letzten Jahr nicht weiter und werden auch in Zukunft nichts erreichen. Wir haben zu Kampfmaßnahmen greifen müssen, wie die Demonstration gegen die Nichtübernahme im Sommer, Streiks im Bau H 400 und in der Friesenheimer Lehrwerkstatt gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen, um nur einiges zu nennen. Klar ist, daß wir in diesen Kämpfen eine Jugendvertretung brauchen, die konsequent unsere Interessen gegen die Werksleitung vertritt. Wir sollten deswegen nochmal durch Abstimmung die 3 genannten Forderungen bekräftigen und die neue Jugendvertretung darauf festlegen!" Einstimmig wird das angenommen. Die Diskussion kommt wieder auf die Tarifrunde. Mit Beifall wird eine Solidaritätserklärung an die Arbeiter in der Druckindustrie, die in hartem Kampf für ihre 140 DM Mindestforderung stehen, verabschiedet. Eine weitere Resolution wird verabschiedet, in der die Tarifkommission aufgefordert wird, das 5 % Angebot abzulehnen. Ein Redner weist scharf das Argument der Kapitalisten zurück, hohe Lohnforderungen gefährden die Arbeitsplätze. Er macht klar, daß das nur dazu benutzt wird, uns im Lohnkampf die Hände zu binden, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen, um dann nachher durch Rationalisierungen, Entlassungen und gesteigerte Arbeitshetze weiter die Profite auf Kosten der Kollegen zu erhöhen.

Als sich dann niemand mehr meldet, wird die Jugendversammlung geschlossen. Mit Sprechchören verlassen wir den Versammlungsraum, die Kantine, unten stehen schon einige Kollegen und rufen: „Alles warten, wir marschieren durchs Werk!" Alles bleibt stehen, der Zug formiert sich in vierer Reihen und rückt ab. „5 % das ist ein Hohn, wir fordern 50 Mark mehr Lohn!", so ziehen wir durchs Werkteil Nord zum Betriebsratsbüro. Ein Betriebsrat, Vertreter in der Tarifkommission, wird beigeholt. Er sichert uns zu, unsere Forderung zu vertreten. Mitglieder der Werksleitung sind nicht ranzukriegen. Bei vielen Kollegen wird die Stimmung laut, man sollte zum Werkteil Süd durchlaufen, die Kollegen dort mitnehmen, die schon am Freitag dabei waren, und zur Werksleitung rausmarschieren. Der Zug setzt sich wieder in Bewegung. Es gelingt den Betriebsräten und der Jugendvertretung jedoch, ihn zurück zur Kantine zu leiten. Wir machen allerdings einen großen Schlenker, um möglichst viele Kollegen aus dem Betrieb zu erreichen. „Solidarisieren, mitmarschieren", rufen wir in jeden Betrieb, wo wir vorbeikommen. Zugestimmt wird uns überall, wo wir hinkommen, aber nur einige Kollegen schließen sich dem Zug an. Wir erreichen die Kantine, sie ist verschlossen worden. Durch laute Sprechchöre erreichen wir, daß sie wieder aufgemacht wird. Drinnen verabschieden wir nochmals unsere Resolution mit dem Zusatz: „Sollte unsere Forderung nicht angenommen werden, antworten wir mit weiteren Kampfmaßnahmen!" – (Zelle BASF

Sammlung für streikende Michelin-Arbeiter in Spanien

Frankfurt/M. Die 250 Jugendlichen auf der Jugendmitgliederversammlung der IG Chemie Hessen am 24.4. begrüßten die Demonstration der BASF-Lehrlinge gegen das 5-Prozent-Angebot mit tosendem Beifall. Die Jugendgruppe Röhm führte ein kurzes Theaterstück auf, in dem sie zeigte, daß es notwendig ist, den Lohnkampf zu führen, daß die Kollegen kein gemeinsames Interesse mit den Kapitalisten haben und daß Forderungen in Mark und Pfennig richtige Forderungen sind. Der Vorsitzende der Jugendvertretung Merck berichtete über die Aktionen, die bei Merck zur Übernahme aller Lehrlinge ergriffen wurden. Klargestellt hat er auch, daß die Zukunft der Jugend nicht in irgendwelchen Kompromissen mit dem Kapital liegt, sondern daß die Zukunft der Jugend im Sozialismus liegt. Am Schluß der Veranstaltung wurde eine Sammlung für die streikenden Michelin-Arbeiter in Spanien durchgeführt. – (h.)

IG Chemie Vorsitzender – Anwalt der Konzerninteressen

In Rheinland-Pfalz und im Bezirk Nordrhein haben die Chemie-Kapitalisten 5 Prozent angeboten. Die Gewerkschaft fordert in Rheinland-Pfalz 5 Prozent plus 45 DM.

5 % bedeuten: Die Tariflöhne würden nur um 62 bis 78 DM erhöht. Die Verhandlungen in Rheinland-Pfalz wurden auf den 7. Mai vertagt.

„Die Erträge der Chemie müssen geschont werden": Unter dieser Überschrift ließen die Chemiekapitalisten von ihrem Verband Arbeitsring Chemie ihren Plan für die beginnende Tarifauseinandersetzung im „Handelsblatt" vom 8. April veröffentlichen. Ihr Ziel: die Löhne der Chemieindustrie weit herabzudrücken.

In den letzten Jahren haben die Kapitalisten ständig wachsend Mehrarbeit aus den Arbeitern herausgeholt.

Produktionsergebnis (1970 gleich 100)

	1971	1972	1973	1974
je Beschäftigten	106,1	115,1	128,1	130,2
je Beschäft.std.	108,2	119,0	132,1	135,3
je Arbeiter	108,1	119,2	133,7	137,1
je Arbeiterstd.	110,2	123,2	138,0	142,5

Der Lohn- und Gehaltsanteil an dem Umsatz in der Chemie sank dagegen beständig.

1972: 22 Prozent; 1973: 21,8 Prozent; 1974: 19,0 Prozent.

1974 hatten die Kapitalisten die höchsten Profite seit dem Kriegsende aus den Arbeitern herausgeholt. Der Gewinn vor Steuern in Prozent des Umsatzes bei Bayer, BASF und Hoechst betrug 9,1 Prozent. Doppelt soviel wie beim Maschinenbau.

Dann ging der Umsatz 1975 um 10 Prozent zurück. Im ersten Vierteljahr 1976 stieg der Umsatz wieder um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresabschnitt. Und im letzten Vierteljahr 1975 stiegen bei Hoechst die Gewinne gegenüber dem dritten Vierteljahr um 227 Prozent. Die Chemiekapitalisten erwarteten insgesamt für 1976 eine Gewinnsteigerung von 35 Prozent. Das sagt eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, die Gesellschaft für Anlageberatung, voraus. Diese Steigerung wollen die Kapitalisten aus einer Belegschaft herausholen, die von November 1974, 602 000, auf 573 000 im Dezember 1975 verringert wurde. Und der Umsatz stieg von Februar 1975 gleich 168,8 Indexpunkte auf 202,8 im Februar 1976 (1970 gleich 100). Der Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz soll weiter gesenkt werden. Die Mehrarbeit der Arbeiter soll gesteigert werden.

In dieser Lage, wo die Chemiekapitalisten antreten, die Ausbeutung zu verstärken und die Profite über die in den letzten Jahren erreichte Höhe weiter zu steigern, tritt der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild hin und behauptet in einem „Spiegel"-Interview in dieser Woche: „In den letzten Jahren haben die Arbeitnehmer einen Einkommensvorsprung vor den Unternehmensgewinnen herausgeholt, und nun versuchen die Unternehmer ihre Einkommen stärker steigen zu lassen als die Arbeitnehmereinkommen. Auf mittlere Sicht gleicht sich das annähernd wieder aus."

Auf keinen Fall will Hauenschild den Chemiekapitalisten bei ihrem Geschäft der verstärkten Ausbeutung in die Quere kommen und behauptet im „Spiegel"-Interview immer wieder, daß die Chemiearbeiter nicht streikbereit seien. Wie ein Konzernsprecher tritt der sozialdemokratische Gewerkschaftsvorsitzende auf. „Wenn Rationalisierung unsere künftige Konkurrenzfähigkeit verbessert, kann man vernünftigerweise nichts dagegen einwenden", Arbeitskräfte einzusparen. Daß die Arbeiter und Angestellten keineswegs „vernünftigerweise" bereit sind, sich ans Messer zu liefern, demonstrierten in der letzten Woche die 1 200 BASF-Lehrlinge, die das 5-Prozent-Angebot der Kapitalisten verurteilten und die Übernahme aller ausgebildeten Lehrlinge forderten.

Berichtigung: „Kapitalist" nicht im Wortschatz des DGB

Frankfurt/M. In der Nummer 16 der KVZ, Seite 5, steht in einer Meldung über den Mai-Beschluß der Frankfurter HBV, Fachgruppe Buchhandel, wir hätten die Forderung: „Für einen einheitlichen Tarifvertrag – Gegen Lohnraub und Kapitalistenwillkür" verabschiedet. Die Forderung konnte jedoch in dieser Form in der Fachgruppensitzung nicht verabschiedet werden. Gescheitert ist es am Fachgruppensekretär, der uns per Machtwort verboten hat, das Wort „Kapitalist" zu gebrauchen. Seine Begründung war: Dies entspricht nicht dem Wortschatz des DGB. Auf die Frage, ob der DGB Kapitalisten abgeschafft hätte, blieb er allerdings die Antwort schuldig. Auf der 1. Mai-Demonstration wird daher die Forderung lauten: Für einen einheitlichen Tarifvertrag – Gegen Lohnraub und **Unternehmerwillkür.** – (k., Frankfurt)

Ludwigshafen: 2000 städtische Arbeiter und Angestellte protestierten

Keine Zulagenstreichung!

Ludwigshafen. Gegen die Streichung aller übertariflichen Zulagen protestierten am Montag, dem 26. April 1976, in Ludwigshafen über 2000 Beschäftigte der städtischen Dienststellen. Zur kurzfristig angesetzten gemeinsamen Personalversammlung kamen die Müllwerker geschlossen mit ihren Fahrzeugen im Demonstrationszug zum Versammlungsort Pfalzbau. Fast alle städtischen Ämter blieben geschlossen. Die Versammlung dauerte bis halb zehn. Worum geht es?

Am 28.3. war im Mainzer Landtag eine neue Gemeindeordnung beschlossen worden. Der § 63,3 dieser Ordnung legt fest, daß es den Kommunen verboten ist, übertarifliche Zulagen an die städtischen Bediensteten zu zahlen. Für die Arbeiter und Angestellten in Ludwigshafen bedeutet das massiven Lohnabbau:

85 Mark im Monat mehr haben die meisten durch den Tarifabschluß erhalten. 100 bis (beim Pflegepersonal) 200 Mark pro Monat sollen ihnen nach diesem Gesetz ab 1. Mai abgezogen werden.

In der Hochkonjunktur, als die Ludwigshafener Chemiekapitalisten heißhungrig Arbeitskräfte in ihre Fabriken zogen, hatten die Kollegen im öffentlichen Dienst sich über Betriebsvereinbarungen übertarifliche Zulagen erkämpfen können. Schon im letzten Jahr waren diese Leistungen allerdings von der Stadt mehrfach gekürzt worden. So der Essenszuschuß von 1,50 DM auf 1 DM. Für Straßenbahnkarten mußte mehr gezahlt werden. Der Betriebsausflug, bisher an einem Arbeitstag durchgeführt und bezuschußt, wurde gestrichen. Gleichzeitig wurde ein Einstellungsstopp verhängt und verfügt, daß jede freiwerdende Arbeitsstelle mindestens sechs Monate (anderswo drei) freibleiben muß. Eine ungeheure Steigerung der Arbeitshetze für die Kollegen war die Folge. SPD-Oberbürgermeister Ludwig konnte stolz berichten, daß die selbständigen Sparmaßnahmen der Stadt 3 Millionen eingebracht hätten im letzten Jahr. Die verordnete Streichung aller Zulagen dagegen mache nicht mehr als 1,5 Millionen zusätzlich aus. Das Ausmaß der Rationalisierungen und des Personalabbaus, das heißt der Auspressung von Mehrarbeit, kann man aus diesem Verhältnis ungefähr erahnen.



Die Müllwerker kamen geschlossen in einem Demonstrationszug zur Personalversammlung

Bisher in Ludwigshafen gezahlte übertarifliche Zulagen

Urlaubsgeld: jährlich 70 Mark, für den Ehepartner 42 Mark, für jedes Kind 35 Mark
Essenszuschuß: täglich 1 Mark
Unfallprämie (für unfallfreies Fahren der Berufsfahrer): jährlich 50 Mark
Straßenbahnzuschuß: monatlich 35 Mark
Treueprämie (Pflegepersonal): monatlich 40 – 150 Mark

Die Empörung gegen die geplante Streichung aller Zulagen schlug sofort hoch. „Streik" war der erste Gedanke, vor allem bei den Müllwerkern. Schon einmal – im November 1973 – hatten sie durch einen eintägigen Streik diesen Paragraphen der Gemeindeordnung zu Fall gebracht. Damals konnte verhindert werden, daß die Zulagenstreichung in das Gesetz aufgenommen wird. Dieses Mal wurden die Kollegen vor vollende Tatsachen gestellt. Bereits am 1.4. war es in Kraft getreten. Erst am 22.4. – die Tarifrunde war gerade vorbei – wurde bekannt gegeben, daß es ab 1. Mai keine Zulagen mehr gibt. Der staatliche Dienstherr und die Gewerkschaftsführung hatten dichtgehalten.

Im Gleichschritt sind sie jetzt – der Dienstherr, SPD-Oberbürgermeister Ludwig und der Gewerkschaftsführer der ÖTV – mit „gewaltiger Empörung" an die Öffentlichkeit getreten.

Als „Angriff der CDU-Landesregierung auf die SPD-Stadt Ludwigshafen" stellen sie die Sache dar und fordern eine „Ausnahmeregelung". Das ist nicht einfach Wahlkampf. Das ist bürgerliche Taktik, um den unvermeidlich harten Zusammenstoß zwischen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dem bürgerlichen Staat, den dieser scharfe Angriff auf den Lohn hervorrufen muß, eine Stoßrichtung zu geben, die allemal ungefährlich ist für die Bourgeoisie: der Kampf zwischen bürgerlichen Parteien.

Von dieser Taktik wurden die Kollegen auf den Personalversammlungen überrumpelt. Aber keiner ist zufrieden aus diesen Versammlungen gegangen. Die Erfahrung des Streiks von 1973 ist noch wach. Vielen Müllwerkern war klar, daß jetzt die Streikerfahrung zur Mobilisierung genutzt werden muß. – (a., Ludwigshafen)

und verfügt, daß jede freiwerdende Arbeitsstelle mindestens sechs Monate (anderswo drei) freibleiben muß. Eine ungeheure Steigerung der Arbeitshetze für die Kollegen war die Folge. SPD-Oberbürgermeister Ludwig konnte stolz berichten, daß die selbständigen Sparmaßnahmen der Stadt 3 Millionen eingebracht hätten im letzten Jahr. Die verordnete Streichung aller Zulagen dagegen mache nicht mehr als 1,5 Millionen zusätzlich aus. Das Ausmaß der Rationalisierungen und des Personalabbaus, das heißt der Auspressung von Mehrarbeit, kann

Die Empörung gegen die geplante Streichung aller Zulagen schlug sofort hoch. „Streik" war der erste Gedanke, vor allem bei den Müllwerkern. Schon einmal – im November 1973 – hatten sie durch einen eintägigen Streik diesen Paragraphen der Gemeindeordnung zu Fall gebracht. Damals konnte verhindert werden, daß die Zulagenstreichung in das Gesetz aufgenommen wird. Dieses Mal wurden die Kollegen vor vollende Tatsachen gestellt. Bereits

und dem bürgerlichen Staat, den dieser scharfe Angriff auf den Lohn hervorrufen muß, eine Stoßrichtung zu geben, die allemal ungefährlich ist für die Bourgeoisie: der Kampf zwischen bürgerlichen Parteien.

Von dieser Taktik wurden die Kollegen auf den Personalversammlungen überrumpelt. Aber keiner ist zufrieden aus diesen Versammlungen gegangen. Die Erfahrung des Streiks von 1973 ist noch wach. Vielen Müllwerkern war klar, daß jetzt die Streikerfahrung zur Mobilisierung genutzt werden muß. – (a., Ludwigshafen)

Dünnes Eis

Vor drei Wochen hat ein Waldbrand in einem Gehölz in der Nähe von Frankfurt einen Kurzschluß im Netz der Überlandleitungen verursacht und das Umspannwerk Kelsterbach lahmgelegt. In ganz Bayern fiel der Strom aus. Die Bourgeoisie geriet darüber in helle Aufregung.

Die Massen haben mit Fassung das Nötige getan. Die Arbeiter in den Werken haben den Produktionsablauf gestoppt und Sorge getragen, daß nichts kaputt geht und nichts passieren kann, wenn der Strom wieder kommt. Die Feuerwehr hat Menschen aus steckengebliebenen Aufzügen geholt. In den Krankenhäusern haben die Elektriker die Notstromaggregate versorgt oder sich die Haare gerauft, wie es sein kann, daß der Klinikdirektor einen Mercedes 300 SE fährt, das Geld für ein Notstromaggregat aber fehlt. Die Arbeiter in den E-Werken haben den Schaden behoben.

In den Kaufhäusern ist mit der plötzlichen Dunkelheit eine Panik ausgebrochen. Mag sein, daß der eine oder andere sich im Mantel der Nacht einen Ausgleich für die Preiserhöhungen der letzten Zeit besorgt hat. Aber darauf kommt es nicht an. Ohne großes Aufheben zu machen, taten die Massen das Nötige. In helle Aufregung geriet die Bourgeoisie.

Wundern braucht man sich nicht. Der herrschenden Kapitalistenklasse war durch diesen Unfall blitzartig vor Augen geführt, wie sie enden werden, wenn die Männer und Frauen, die den gesellschaftlichen Produktionsapparat bedienen, es wollen. Sie werden als tote Last abgeschüttelt.

Die Politiker der Bourgeoisie können nicht oft genug beschwören, daß sie für die Rechte der Arbeiter eintreten. Man findet gar keinen, der sich nicht als Verfechter des Streikrechts aufspielt. Glaubt ihnen kein Wort. Das wirtschaftliche Interesse der Kapitalisten an Lohndrückerei macht sie zwingend zu Feinden des Streikrechts. Das politische Interesse der ganzen Bourgeoisie macht die ganze Bourgeoisie zu Feinden des Streiks, denn der Streik zeigt, daß die Kapitalistenklasse von der Arbeit der Arbeiter abhängig ist.

Am Sonntag vor dem Waldbrand bei Frankfurt war es der Bourgeoisie knapp gelungen, die vorbereiteten Streikaktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch einen spalterischen Abschluß zu unterlaufen.

Als am Montag darauf der Strom ausfiel, lag den Bourgeois die Frage: „was wäre gewesen, wenn" nahe. Man erinnert sich an das Gedicht vom Reiter übern Bodensee. Der Mann verirrt sich in der Winternacht und überquert den zugefrorenen Bodensee, ohne daß er es merkt. Am anderen Ufer sagt man ihm, was er hinter sich gebracht hat. Da erschrickt er sich zu Tode und fällt vom Pferd.

Den Gefallen wird uns die Bourgeoisie nicht tun. Im Unterschied zu besagtem Reiter weiß sie ganz genau, wie dünn das Eis ist, auf dem sie reitet. Denn jeder Streik zeigt, daß die Kapitalistenklasse von der Arbeit der Arbeiter abhängig ist.

GEW Lehrer Hessen:

Zentrale Demonstration für Mitte Mai gefordert

Frankfurt/M. Eine landesweite Protestaktion für Mitte Mai wird von hessischen GEW-Gremien gefordert. Die Angriffe der hessischen Landesregierung auf die Lehrerschaft durch verstärkte Arbeitsbelastung und Nichteinstellung stoßen auf wachsenden Wider-

durch den bürgerlichen Staat brachte die Bildungsreform. Aushöhlung der Berufsschulpflicht, Kürzung des Unterrichts, verstärkte Aussiebverfahren und Leistungsanforderungen durch Notendruck, Kurssystem, Numerus Clausus und Kontrolle und Reglemen-

GEW Lehrer Hessen:

Zentrale Demonstration für Mitte Mai gefordert

Frankfurt/M. Eine landesweite Protestaktion für Mitte Mai wird von hessischen GEW-Gremien gefordert. Die Angriffe der hessischen Landesregierung auf die Lehrerschaft durch verstärkte Arbeitsbelastung und Nichteinstellung stoßen auf wachsenden Widerstand. 20000 Entlastungsstunden z.B. für Lehrer mit Verwaltungsaufgaben sollen zum 1.8. gestrichen werden, was eine Ausdehnung der Vorbereitungszeit und Unterrichtszeit für alle Lehrer bedeutet, weil dann diese Aufgaben von jedem Lehrer selbst gemacht werden müssen. Ab 1.8. soll kein weiterer Lehrer auf festen Planstellen angestellt, sondern 2000 ausgebildeten Lehrern wird ein auf drei Jahre befristeter Angestelltenvertrag bei zwei Drittel Unterrichtszeit und zwei Drittel Bezahlung angeboten (siehe KVZ Nr. 16/76).

Nur der Dienstherr hat von diesen Spaltungen Vorteile. Kein Wunder, daß bereits im Februar/März über 10000 Lehrer in Hessen an Demonstrationen in Frankfurt, Kassel, Darmstadt, Gießen und anderen Orten teilnahmen, unter anderem unter den Losungen nach Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung, keine Zwei-Drittel-Stellen, unbefristete Einstellung aller Lehrer auf vollen Planstellen.

In den Untergliederungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich zunehmend der Wille durch, nicht allgemein und unpräzise Forderungen aufzustellen, sondern die Speerspitze des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes gegen die jetzt unmittelbar anstehenden Maßnahmen der Arbeitszeitverlängerung und der Zwei-Drittel-Stellen zu richten.

Nicht dem Dienstherrn entgegentreten, sondern sich seinen Plänen unterordnen, das drückt sich immer drastischer aus im Verhalten des GEW-Landesvorstandes. Auf Grundlage der breiten Proteste – allein drei von vier Bezirken fordern Kampfmaßnahmen bis hin zu Urabstimmung und Warnstreik – sah sich der GEW-Hauptausschuß gezwungen, grünes Licht zu geben für örtliche Aktionen, eine landesweite Demonstration für Mitte Mai anzuberaumen und der Landesregierung bis 20. April ein Ultimatum zu stellen. Angekündigt hatte das Ultimatum eine Durchsetzung von „Maßnahmen zur Konsolidierung der begonnenen Schulreformen", womit insgesamt sich die Lehrerschaft der staatlichen Schulpolitik unterordnen soll. Denn nichts anderes als die Ausdehnung und Ausdifferenzierung der bürokratisch-polizeilichen Schulaufsicht durch den bürgerlichen Staat brachte die Bildungsreform. Aushöhlung der Berufsschulpflicht, Kürzung des Unterrichts, verstärkte Aussiebverfahren und Leistungsanforderungen durch Notendruck, Kurssystem, Numerus Clausus und Kontrolle und Reglementierung des Unterrichts durch Normenbücher, überall Herumspionieren der Schulräte, Untergrabung der Unterrichtsgeldfreiheit, Streichung der Fahrkostenerstattung und politische Knebelung der Lehrer, Schüler und Eltern durch Verordnungen und Beamtenrecht. Für all dies sollen die Lehrer staatliche Büttel sein. Diese Bildungsreform will die Gewerkschaftsführung heilig sprechen bei gleichzeitiger Boykottdrohung. Der GEW-Landesvorsitzende hat jetzt den Ablauf des Ultimatums bis Ende Mai verschoben und die angesetzte Demonstration klammheimlich fallen gelassen. Die Kampfkraft der Lehrer soll unterminiert werden.

Die Mitglieder sind nicht gefragt worden, denn diese sind damit nicht einverstanden. Vielen von ihnen ist klar: Ohne Kampfmittel, also auch durch Urabstimmung und Streik, wird der staatliche Dienstherr sicher keinen Schritt zurückweichen. Der geschäftsführende Bezirksvorstand Frankfurt der GEW hat daher einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Hauptausschußsitzung für die erste Maiwoche verabschiedet. In ihm heißt es: „Wir brauchen die landesweite Zusammenfassung unserer vielfältigen Proteste in Kreisen und Bezirken, um im Kampf gegen den Dienstherrn unsere Kraft weiter zu entwickeln. Wir brauchen die landesweite Zusammenfassung Mitte Mai, um sie direkt der unverschämten Arbeitszeitverlängerung und den Einstellungsplänen gegenüberzustellen. Deshalb muß Anfang Mai der Hauptausschuß auf einer außerordentlichen Sitzung entsprechende Beschlüsse fassen."

Diese Initiative ist in den anderen Kreisen und Bezirksverbänden bereits auf fruchtbaren Boden gefallen. Bei Redaktionsschluß unterstützten diesen Antrag die Kreisvorstände Offenbach Land, Großgerau und der geschäftsführende Bezirksvorstand Wiesbaden.

Wenn Mitte Mai die Landesregierung in Wiesbaden mit der abschließenden Beschlußfassung über die Arbeitszeitverlängerung beginnen will, werden aller Wahrscheinlichkeit nach einige Tausend Lehrer vor ihrem Amtssitz demonstrieren. Dies ist zu begrüßen. – (w., Frankfurt)

Weg mit dem Schießerlaß!

Erklärung der Rechtsreferendare Baden-Württembergs

Die Landessprecherkonferenz der Rechtsreferendare Baden-Württembergs stellt in einer Presseerklärung, die u.a. an die KVZ geschickt wurde, fest:

„Der Schieß-Erlaß wird in jüngster Zeit verschärft angewendet ... So wurden zwei Kollegen am Landgericht Heidelberg zu einem Dienstgespräch vorgeladen, weil sie eine Resolution neben über 1000 anderen Menschen unterzeichnet hatten, worin festgestellt wurde, daß es in der Bundesrepublik eine politische Justiz gebe.

So wurde im letzten Monat ein Kollege am Landgericht Freiburg zu einem Dienstgespräch geladen, weil er an einer Wochenendveranstaltung einer politischen Partei teilgenommen hatte. Die Landessprecherkonferenz wendet sich entschieden gegen solche Maßnahmen . ..

Die Landessprecherkonferenz unterstützt den gemeinsamen, solidarischen Kampf gegen den Schieß-Erlaß und gegen alle Gesetze und Gesetzesvorhaben, die die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst einschränken.

Protest gegen 5,4 Prozent, mindestens 85 DM-Abschluß

Bad Kreuznach. 185 Beschäftigte des Fernmeldeamtes Kreuznach haben in einer Erklärung gegen den 5,4 %, mindestens 85 DM Abschluß protestiert: „Wir haben jetzt praktisch weniger Geld in der Tasche als vor einem Jahr."

Hamburg. Eine Protesterklärung gegen den ÖTV-Abschluß unterschrieben im Amt für Jugend bisher 40 Kollegen.

1. Mai Forderungen

1. Mai – Volksentscheid gegen den § 218

Frankfurt/M. Die ÖTV-Betriebsgruppe Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik ruft unter folgenden Forderungen auf, an der 1. Mai-Demonstration teilzunehmen: Abschluß eines Tarifvertrages für kirchliche Mitarbeiter mit der Gewerkschaft. Vollständige Meinungs-, Streik- und Organisationsfreiheit. Volksentscheid gegen § 218. Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt.

Streikrecht für Beamte

Köln. Die Gruppe der Gerichtsreferendare in der Gewerkschaft ÖTV hat beschlossen, am 1. Mai unter den Forderungen zu demonstrieren:
Weg mit dem besonderen Dienstrecht!
Streikrecht für Beamte!
Weg mit den Berufsverboten!



HBV

Die Festgeldforderung ist richtig

Heidelberg. In der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV in Heidelberg am 21.4.76 wurde noch einmal über die Tarifrunde 1976 diskutiert. Der Vorstand der Fachgruppe hatte, nachdem in der dritten Verhandlungsrunde der Abschluß von 5 %, mindestens 80 DM, von der Verhandlungskommission getroffen worden war, eine Erklärung herausgegeben, in der er den Abschluß ablehnte, weil er bei weitem nicht den aufgestellten Forderungen entspricht und viele Kollegen sich betrogen fühlen, und in der er ein Treffen der Tarifkommission forderte, um innerhalb der Frist bis zur endgültigen Zustimmung den Abschluß zu diskutieren und dafür einzutreten, die Verhandlungen erneut aufzunehmen. Dieses Treffen kam nicht zustande, so daß der Abschluß verbindlich geworden ist. In der Diskussion auf der Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß man auch weiterhin an der Festgeldforderung festhalten muß, die im Kern der Auseinandersetzung gestanden hat. Die Erklärung des Vorstandes wurde einstimmig begrüßt und an die Landesverwaltung der HBV die Aufforderung gerichtet, künftig ein Treffen mit der Tarifkommission innerhalb der Zustimmungsfrist obligatorisch zu machen. Außerdem wurde beschlossen, ein Transparent mit der Forderung:

– Für Festgeldforderungen – gegen einen weiteren Reallohnabbau und für eine einheitliche Lohnkampffront!

in die DGB-Veranstaltung zum 1. Mai in die Stadthalle zu tragen, dazu ein weiteres Transparent mit der Forderung, die sich aus der Arbeit der Fachgruppe im letzten Jahr ergab:

– Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Zuchthausmäßige Herrichtung zum Lohnsklaven

In Wilhelmshaven ist der größte Marinestützpunkt in der Bundesrepublik. Dazu gehören große staatliche Bundeswehrbetriebe, in denen auch Lehrlinge ausgebildet werden, größtenteils zu waffenmechanischen Berufen.

In diesem Jahr werden erneut 500 zusätzliche Lehrstellen in den Betrieben der Bundeswehr geschaffen. Die Jugendlichen werden in der Absicht eingestellt, daß sie sich nach der Lehrzeit zeitverpflichten bei der Bundeswehr. Das Bundesverteidigungsministerium geht davon aus, „daß man von den zusätzlichen Auszubildenden, die den eigenen Bedarf der Bundeswehrbetriebe übersteigt, eine Reihe von jüngeren Menschen nach ihrer Ausbildung als Zeitsoldaten gewinnen kann".

Da es sich um Bundeswehrbetriebe handelt, ist die Bespitzelung der Lehrlinge besonders stark. Überall wieselt der MAD herum, der es im Jahre 1973/74 geschafft hat, eine Lehrlingsbewegung gegen die Entrechtung und Bespitzelung im öffentlichen Dienst durch Entlassungen und Einschüchterungen zu zerschlagen. Auf Grundlage dieser Unterdrückung sollen die Lehrlinge systematisch zu Lohnsklaven hergerichtet werden. Ein Teil von ihnen ist während der Lehrzeit in einem CVJM-Heim untergebracht, wo sie die ganze Zeit leben. Während der ganzen Ausbildungszeit werden sie ständig bearbeitet. Zur Unterdrückung und Entrechtung der Arsenallehrlinge kommt die ideologischen Indoktrinierung. Es werden extra unter Leitung eines Pastors Kurse zur politischen und gesellschaftlichen Bildung durchgeführt, wobei starkes Gewicht gelegt wird in den Kursen auf Themen der Zusammenarbeit von Kapitalisten und Arbeitern und der Rolle des bürgerlichen Staates.

Die Kapitalisten nutzen das Ansteigen der industriellen Reservearmee, darunter ein Großteil jugendliche Arbeitslose, um den Druck der Lohnabhängigkeit zu verschärfen und die jugendlichen Arbeiter durch die Gewalt von Lehrherrn und Staat in die Rolle des Lohnsklaven zu pressen.

Auf den großen gewerkschaftlichen Jugenddemonstrationen des letzten Jahres gegen Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Berufsausbildung ist von Teilen der Jugendlichen die Forderung nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr unter Kontrolle des Volkes vertreten worden. Der KBW vertritt diese Forderung. Von den Reformisten und Revisionisten dagegen ist die Forderung nach überbetrieblichen Lehrwerkstätten vertreten worden. Was bei solchen Lehrwerkstätten ungefähr rauskommen muß, wird etwas sein wie beim Wilhelmshavener Arsenal.

Die Tendenz des Imperialismus, zum Zwecke der imperialistischen Expansion die Gesellschaft in ein Militärzuchthaus zu verwandeln, heißt dann Kasernierung für die Jugend in den Ausbildungsstätten, verschärfte Ausbeutung und völlige Entrechtung bei gleichzeitiger ideologischer Indoktrination. Solch einen Verlauf wird es jedenfalls nehmen, wenn die Arbeiterklasse und ihre Jugend dem keinen Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand kann nur mit dem Ziel geführt werden, die verfaulte kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen, für den Sieg des Sozialismus. – (jk)

Ausbildung bei den Stahlwerken Bochum

Geschäft mit der Jugendarbeitslosigkeit

Bochum. Schon bei der Einstellung der Lehrlinge fängt es an: Die Schwierigkeit für die Jugendlichen, heute überhaupt einen Ausbeuter zu finden, wird von den Kapitalisten kaltschnäuzig ausgenutzt. Fast alle großen Stahl- und Metallbetriebe in Bochum (Stahlwerke, Krupp, Opel, Eickhoff) haben in diesem Jahr ihre Aufnahmeprüfungen auf den gleichen Tag gelegt, so daß sich die Jugendlichen immer nur an einer Stelle bewerben konnten. So kommt es, daß sich in diesem Jahr zwar etwa 180 Jugendliche bei den Stahlwerken beworben haben, aber nur die Hälfte überhaupt zur Prüfung kommen konnte, wovon wiederum knapp die Hälfte durch die Prüfung gefallen ist. Diese Prüfungen haben nichts damit zu tun, die tatsächlichen Fähigkeiten der Jugendlichen herauszufinden. Sie haben allein den Zweck, soviele herauszusieben, wie die Stahlkapitalisten für ihren Facharbeiternachwuchs haben wollen, und mit der Konkurrenzmethode die Jugendlichen von vornherein unter Druck zu setzen. Wer überhaupt eine Lehrstelle kriegt, soll froh sein und gefälligst kuschen.

Statt mehr Lehrlinge einzustellen, holen sich die Stahlwerke arbeitslose Jugendliche vom Arbeitsamt zu „Förderlehrgängen". Das geben sie als soziale Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit aus, in Wirklichkeit es es ein Zusatzgeschäft mit der Arbeitslosigkeit.

Diese Jugendlichen werden nur für eng begrenzte Tätigkeiten abgerichtet und für Arbeitsplätze, für die nur eine gewisse Anlernzeit, aber keine qualifizierte Ausbildung nötig ist.

Während dieser Förderlehrgänge sind die Jugendlichen völlig von den Kapitalisten und vom Arbeitsamt abhängig. Sie haben keinerlei Rechte und werden gezwungen, sich willig in alles zu fügen, wenn sie nicht gleich wieder auf der Straße landen wollen.

Ein Teil von ihnen wird nach Beendigung des Kurses auch gleich wieder entlassen, die anderen werden eventuell als Angelernte übernommen, um ihr Leben lang ohne vernünftige Ausbildung als billigste Arbeitskräfte ausgebeutet zu werden.

Aber auch wer einen Lehrvertrag kriegt, kann nicht immer damit rechnen, wenigstens eine dreijährige Berufsausbildung zu erhalten. Bei den Elektrikern in den Stahlwerken gibt es Stufenausbildung, und mit der Ausweitung der Stufenausbildung muß gerechnet werden.

Schon jetzt kann man sehen, daß auch bei den anderen Lehrlingen nicht eine qualifizierte Ausbildung, sondern die Abrichtung für akkordmäßiges Arbeiten im Mittelpunkt steht. So wird z.B. die Zeit für die Herstellung bestimmter Werkstücke nach und nach verkürzt, in den Prüfungen muß man bei sehr knappen Zeitvorgaben beweisen, daß man schnell feilen kann, und indem bestimmte Tätigkeiten x-mal gemacht werden, wird man auf Massenproduktion getrimmt.

Für die Kapitalisten ist diese Zurichtung das Kernstück der Ausbildung. Als zusätzliches Druckmittel dient ihnen dabei die Unsicherheit für die Lehrlinge, ob sie überhaupt nach der Ausbildung übernommen werden. (Nach: Ortsbeilage für Bochum, Herne, Witten, Castrop-Rauxel und Herten der KVZ)

Jugendvertreterwahlen

Gegenwärtig finden in den Betrieben Jugendvertreterwahlen statt. Die Kapitalisten fürchten, daß die Arbeiterjugend diese Wahlen nutzt, sich fest gegen sie zusammenzuschließen. Bei der Maschinenfabrik **Weingarten** haben die Kapitalisten den Vorsitzenden der Jugendvertretung Günther Dilger fristlos entlassen. Das Arbeitsgericht hat diese Entlassung inzwischen abgesegnet. Der Jugendvertreter Dilger hatte sich den Haß der Weingarten-Kapitalisten zugezogen, weil er rücksichtslos die Ausbeutungsmethoden der Weingarten-Kapitalisten aufgedeckt hatte, gegen alle Schikanen gegenüber den Lehrlingen aufgetreten und bei den Kämpfen der Lehrlinge zum Beispiel gegen die Nichtübernahme immer an der Spitze marschiert war. Daß der Jugendvertreter die Weingarten-Kapitalisten wahrheitsgemäß Kapitalisten und Akkordschinder genannte hatte, das halten die Kapitalisten für „Amtsmißbrauch", und das Gericht gab ihnen recht. „Ein Arbeitnehmer, der wie der Kläger durch allgemeine Werturteile anstatt einer sachlichen Diskussion im Betrieb hervortritt, muß damit rechnen, daß er das Vertrauen des Arbeitgebers verliert", heißt es im Urteil des Gerichts. Daß er, Dilger, nicht von sich aus geklärt habe, ob er der Verfasser eines Artikels in der Schussenthaler Arbeiterzeitung über den Betrieb sei, sei „unzumutbar". Grund genug für eine fristlose Kündigung. Das Gesetz verpflichtet die Jugendvertreter zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten. Die Interessen der Arbeiterklasse verlangen Jugendvertretungen als Kampfinstrumente gegen die Kapitalistenklasse.

Programme aufgestellt

Darmstadt. In Darmstadt ist der Zusammenschluß der Arbeiterjugend gerade in den letzten Monaten vorangekommen. Mit großer Hartnäckigkeit haben insbesondere die Lehrlinge an der Technischen Hochschule und bei Merck gegen die Nichtübernahme nach Abschluß der Lehre gekämpft. Diese Fortschritte finden ihren Ausdruck in den Programmen, die zu den Jugendvertreterwahlen bei Merck und Röhm und an der Technischen Hochschule aufgestellt worden sind. Die Forderung nach Weiterbeschäftigung der Lehrlinge nach Abschluß ihrer Lehre findet sich in allen drei Programmen an erster Stelle. Gegen die verschärfte Aussiebung während der Ausbildung durch den Stufenplan fordern die Programme bei Merck und Röhm die Abschaffung des Stufenplanes. Gegen die in dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz festgelegte Freigabe der Jugendlichen für Akkord- und Schichtarbeit fordert das Programm der Jugendvertretung bei Merck das generelle Verbot der Akkord- und Schichtarbeit. Dem Geschäft der Kapitalisten mit der Jugendarbeitslosigkeit, der Ausbeutung von Jugendlichen in Förderkursen auf Kosten der Versicherten stellt das Programm der Jugendvertretung von Merck und Röhm die Forderung nach Anerkennung arbeitsloser Schulabgänger als Arbeitslose entgegen. Das Programm der Jugendvertretung von Röhm fordert zudem Ausbildungsverträge für die arbeitslosen Jugendlichen.

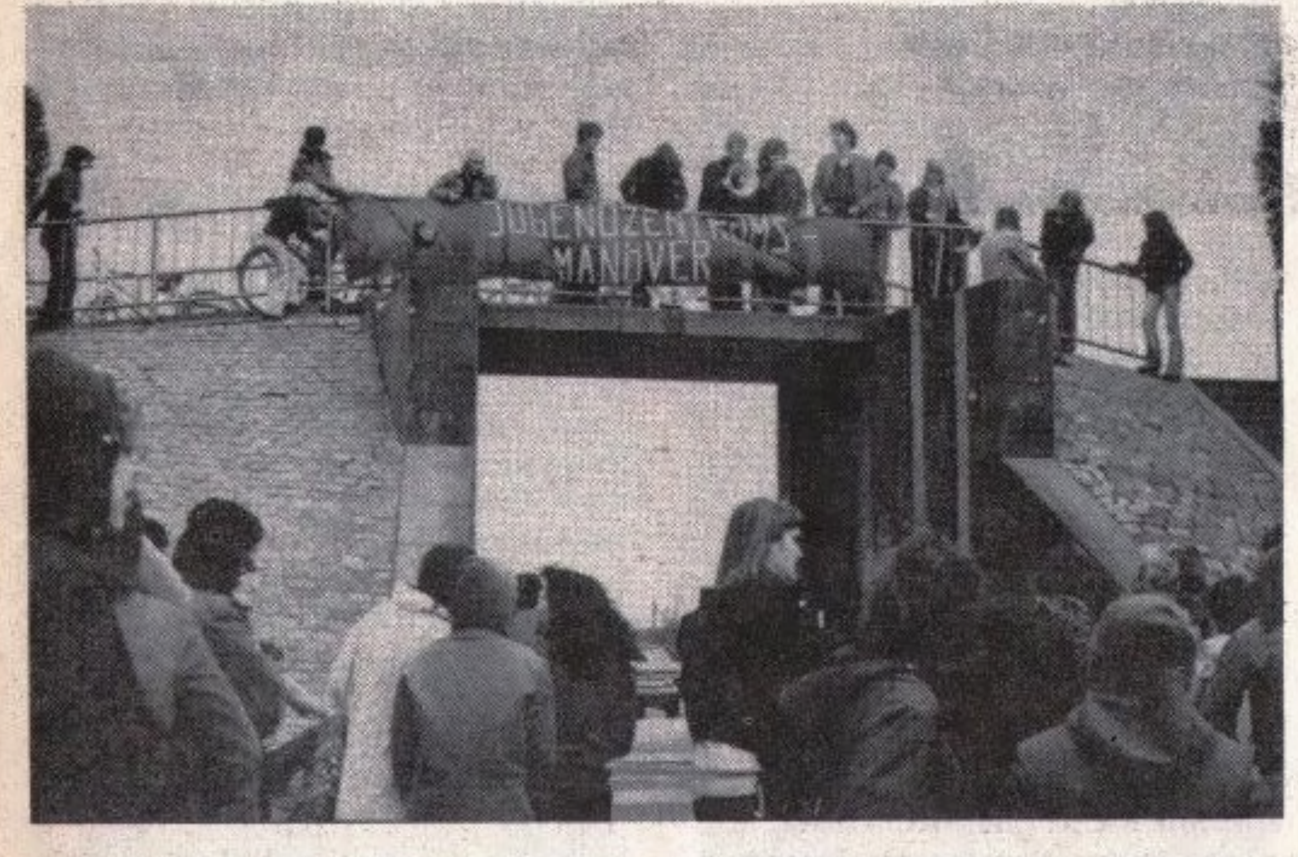
Sozialdemokratische Machenschaften gegen konsequenten Jugendvertreter vergebens

Mannheim. Am Mittwoch vor Ostern wurde bei Daimler-Benz eine neue Jugendvertretung gewählt. Unmittelbar vor der Wahl erhielten die Jugendlichen Zettel in die Hand gedrückt, auf denen nur neun der vierzehn Kandidaten aufgeführt waren, so als stünden tatsächlich nur neun zur Wahl. Es stellte sich heraus, daß die neun die Zöglinge des SPD-Betriebsrats Feuerstein waren. Um Stimmen zu kriegen, verteilten sie außerdem 200 Freikarten für den Chio Waldhof.

Der Schwindel flog auf, als der Kandidat Ilbig, der nicht auf dieser Liste stand, im Wahllokal erschien.

Ilbig ist im Betrieb als konsequenter Jugendvertreter bekannt. Er hat kandidiert auf Grundlage von Forderungen wie der nach Fahrgeldrückerstattung, Übernahme aller Lehrlinge, er hat den miserablen Lehrlingstarifabschluß von 25 bis 30 DM, den die Sozialdemokraten als Erfolg verkaufen, angegriffen und ebenso das neue Jugendarbeitsschutzgesetz.

Bei Daimler-Benz hat gerade in den letzten Monaten der Widerstand gegen den wachsenden Druck der Benz-Kapitalisten zugenommen. Die Arbeiter sehen, daß sie konsequente Vertreter brauchen. Die Sozialdemokraten fürchten, daß ihrer Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten der Boden entzogen wird. Deshalb gehen sie gegen Jugendvertreter wie Ilbig vor. Der Wahlvorstandsvorsitzende Roos ließ Ilbig schließlich sogar von fünf Werkschützern aus dem Werk bringen. Unter dem Vorwand, er habe Mittelschicht und dürfe nicht im Betrieb sein. Ilbig ist trotzdem wieder gewählt worden. Am anderen Tag gingen einige Arbeiter gleich zum Betriebsrat, um gegen solche Machenschaften zu protestieren.



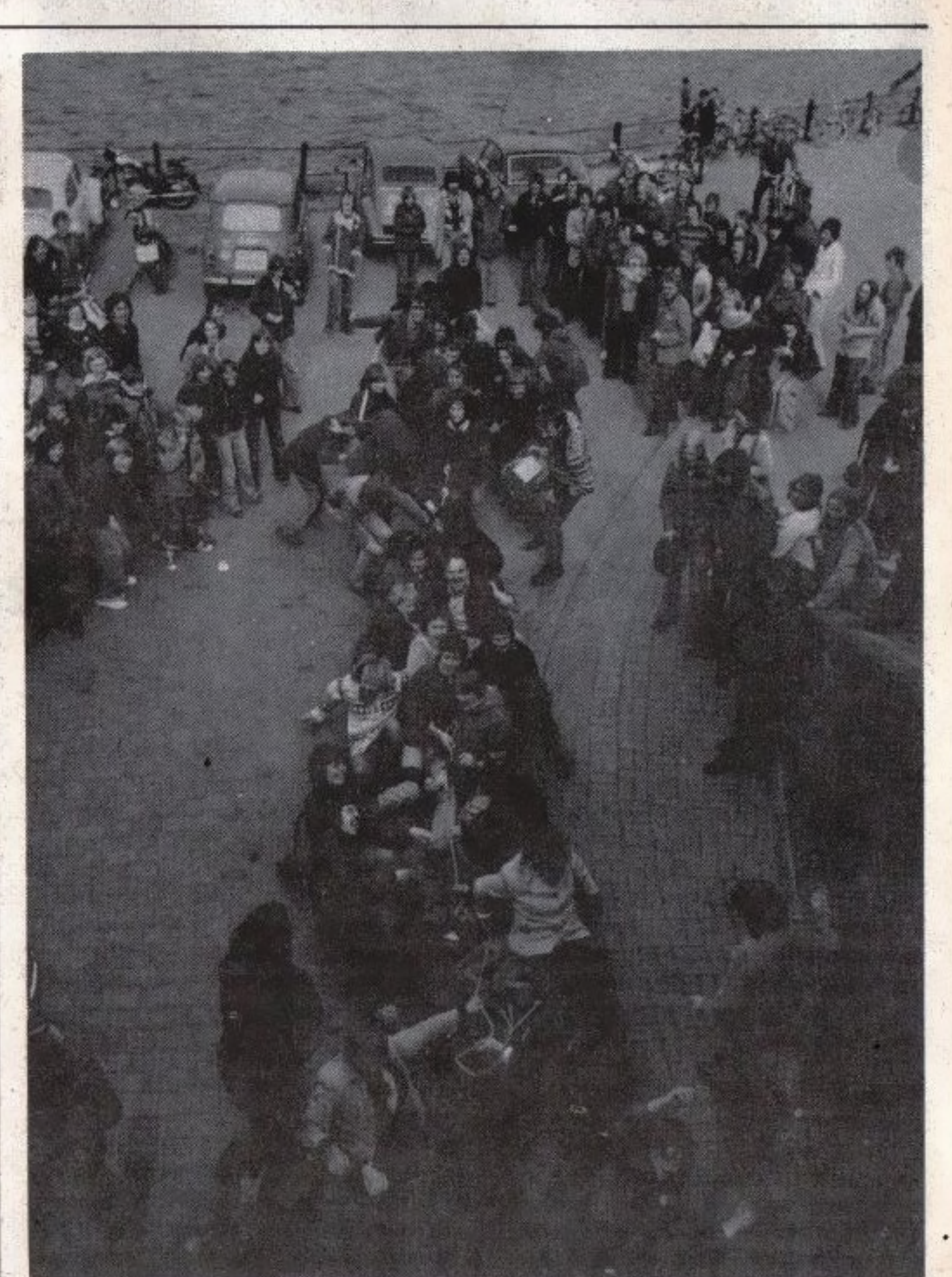
Bremen. Um die Fähigkeiten für die Eroberung eines Jugendzentrums in Selbstverwaltung auszubilden, nahmen über 200 Jugendliche am Jugendzentrums-Manöver der Jugendinitiative Neustadt teil. Um ein Jugendzentrum zu erobern, muß man eine öffentliche Meinung für die gerechte Sache der Arbeiterjugendlichen und der Jugend des Volkes schaffen. Vier Trupps zogen – je fünfzig bis sechzig – durch die Neustadt und klebten Plakate für ihre Forderungen.

Um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir die Reaktion stellen und besiegen. Mit vier Trupps wurde Jagd gemacht auf den Gerichtspräsidenten, den Polizeipräsidenten und den Jugendamtsleiter, die den Einsatz der Staatsgewalt gegen unsere Forderungen geleitet haben.

Es war gar nicht so einfach, diese Herren aufzuspüren und aus ihren Löchern zu jagen. Sie hatten sich gut verkleidet und im Stadtteil versteckt. Für die Polizisten war dieser Sonnabend kein leichter Tag. Überall rochen sie Gesetzesbruch und Hochverrat. Die Schulbehörde hatte eigens eine Anweisung gegeben, das Plakat mit der Manöverankündigung aus der Schule zu entfernen. Ein Jugendzentrumsmanöver mit Barrikadensturm sei Aufforderung zur Gewalt.

Wenn 80 Jugendliche an einem Strick ziehen, dann reißt er. Wenn sich die Jugend zusammenschließt zum Kampf gegen ihre Abrichtung zum Lohnsklaven, dann kann sie die Fesseln der Staatsgewalt sprengen.

Am 1. Mai werden sich die Bremer Jugendlichen an der Demonstration der Gewerkschaftsjugend beteiligen und ihre Forderungen erheben. – (Kommunistischer Arbeiterjugendbund Bremen)



Zwei unversöhnliche Positionen auf der IG Chemie-Konferenz in Darmstadt

Nicht Reform des § 218, Streichung!

Darmstadt. In der letzten KVZ wurde berichtet, daß die Hauptdelegiertenversammlung der IG Chemie in Darmstadt die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert hat. Die Hauptdelegiertenversammlung hat ebenfalls beschlossen, daß dieser Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Chemie weitergeleitet wird, der im Herbst stattfindet. Da die Hauptdelegiertenversammlung antragsberechtigt ist, liegt dieser Antrag dem Gewerkschaftstag vor.

Der Vorsitzende der IG Chemie Hauenschild hat gegen den Antrag gesprochen. Es ist ihm nicht gelungen, die Delegierten von ihrem Vorhaben, den § 218 zu Fall zu bringen, abzuhalten. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Antrag nach einer lebhaften Debatte angenommen.

Wir geben diese Debatte wieder, weil noch in nicht vielen Punkten die Interessen der Mitglieder der Gewerkschaft in so schroffem Widerspruch zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung auftreten, dies aber beim Kampf gegen den § 218 sich als unvermeidlich herausgestellt hat.

Folgendes hat der Sozialdemokrat Hauenschild aufgefahren, um zu verhindern, daß ein Beschluß zustandekommt, der „nicht Reformierung, sondern Abschaffung des § 218 bedeutet" (Hauenschild).

Erstens: „Die Sache ist mit der Verabschiedung des Gesetzes jetzt gottseidank ausgestanden." Zweitens: „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Urteil des höchsten Gerichts, kann man nicht in Frage stellen." Drittens: „Die Gewerkschaften machen sich unglaubwürdig, wenn sie gegen dieses Urteil vorgehen." Viertens: „Die Darmstädter Vertrauensleute machen sich schlichtweg lächerlich durch ihren Antrag, der ja den Gewerkschaftstag verleiten soll, sich unglaubwürdig zu machen."

Das sagte Hauenschild. Die anwesenden Delegierten waren nicht dieser Auffassung. Sie haben vertreten, daß das hohe Gericht ein hohes Gericht sein kann. Und daß es auch die höchste Instanz sein kann, die es gibt in der BRD und in diesem Staat. Aber was zählt das für die Arbeiter und die Gewerkschaften? Für die Gewerkschaftsfunktionäre zählt das Interesse der Arbeiter, die sie zu vertreten haben, und daß dieser § 218 diejenigen, die gezwungen sind abzutreiben, zu Verbrechern erklärt. Und daß sie von diesen gesellschaftlichen Verhältnissen her gezwungen sind. Und daß diese Arbeits- und Lebensbedingungen, und was getan werden muß, ja auch gerade Inhalt dieser Konferenz seien.

Sie haben vorgetragen, daß die Gewerkschaften sich niemals ihre Grenzen in der Vertretung der Interessen der Arbeiter da setzen können, wo dieser Staat die Grenzen setzt. Sondern daß die Gewerkschaftsbewegung gerade dadurch vorankommt, daß sie für Rechte, die ihr der Staat nicht zugesteht, kämpft. Gegen den Staat und wenn es sein muß auch gegen das Urteil des höchsten Gerichts.

Die Delegierten waren da ausgesprochen stur: Der Staat macht Gesetze. Ob wir sie anerkennen, ergibt sich nicht daraus, daß der Staat halt der Staat ist und das Bundesverfassungsgerichts das höchste Gericht, sondern das kann nur sich daraus ergeben, ob sie im Interesse der Arbeiter sind oder nicht. Das ist der § 218 nicht. Deshalb muß er bekämpft und zu Fall gebracht werden.

Schützenhilfe haben Hauenschild die Männer aus dem zweiten Glied der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft gegeben.

Egon Schäfer, der Bezirksleiter für Hessen, hat gesagt, daß es einen Rechtsruck gibt, „was man an den letzten Wahlergebnissen sehen kann". Und deswegen sei das mit dem § 218 so wie es ist.

Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle meinte, daß die Kräfteverhältnisse im Bundesverfassungsgericht geändert werden müßten; deswegen solle man sich bei den Wahlen überlegen, ob man nicht solche wählt, die auch für eine Änderung des Gerichts eintreten. Das hat er damit begründet, daß im Kampf gegen den § 218 der „verfassungsmäßige Weg eingehalten werden muß".

Daß sich die Kräfteverhältnisse ändern müssen, haben die Delegierten auch gemeint. Deswegen, so ihre Auffassung, muß der Kampf geführt werden, damit wir so stark sind, daß wir den § 218 tatsächlich zu Fall bringen. Und deswegen muß in der Gewerkschaft die Forderung nach ersatzloser Streichung erhoben werden.

Die Fronten im Kampf gegen den § 218 sind schroff. Die Scheidelinie ist, ob die Interessen der Massen zählen oder die Interessen der Staatsmacht.

Die Delegiertenversammlung hat sich gegen die Interessen des Staates entschieden.

Nach der Hauptdelegiertenversammlung beschlossen die Vertrauenskörperleitungen der beiden großen Chemiebetriebe Röhm und Merck, daß am 1. Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 erhoben wird. – (a., Darmstadt)

Prozeß gegen Iserlohner Komitee gegen den § 218

Der Richter schob den Prozeß weiter

Iserlohn. Das Jugendschöffengericht Iserlohn hat das Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Iserlohner Komitees gegen den § 218 wegen „Verunglimpfung des Staates" (§ 90 a) und „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) nach kurzer Verhandlung an die Staatsschutzkammer in Dortmund verwiesen. Die Anklage wegen § 129 wurde gleich zu Beginn von der Staatsanwaltschaft fallengelassen. Das sei ein „Schreibfehler" im Eröffnungsbeschluß gewesen, hieß es.

Mit der Anklage wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" und „Verunglimpfung des Staates" hatte die Justiz einen gezielten Angriff auf die Bewegung gegen den § 218 versucht. Wohl in der Hoffnung, in der kleinen Stadt Iserlohn damit durchzukommen. Das Iserlohner Komitee gegen den § 218 und die Komitees in den umliegenden Städten hatten auf diesen Angriff mit einer Plakat- und Flugblattaktion geantwortet (Text des Plakates in der letzten KVZ). Bis zum Prozeßtermin am Dienstag wurde in Iserlohn auf mehreren kleinen Kundgebungen die Forderung nach sofortiger Einstellung des Verfahrens gegen Norbert Stremming erhoben. Auf einer Veranstaltung am Montag berieten 25 Gegner des § 218 das Vorgehen beim Prozeß. Am Prozeßtag führte das Komitee eine Kundgebung durch und zog dann in einem Demonstrationszug, an dem sich 30 Menschen beteiligten, zum Amtsgericht. Dort warteten weitere 30 Gegner des § 218. Auf einer erneuten Kundgebung wurden Grußadressen des Darmstädter Komitees gegen den § 218 und des Allgemeinen Studentenausschusses der Abteilung Iserlohn der Fachhochschule Hagen verlesen. Zu Verhandlungsbeginn – etwa 50 Zuschauer hatten in den viel zu kleinen Raum gelangen können, nachdem die Forderung nach einem größeren Raum vom Gericht abgelehnt worden war – stellte der Verteidiger unter Beifall der Zuschauer den Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Wegen des Beifalls drohte der Richter Saalräumung an. Die Zuschauer beharrten durch erneuten Beifall auf ihrer Forderung nach Einstellung des Prozesses. Der Richter ordnete daraufhin die Räumung des Gerichts an, setzte aber nach einigen Minuten die Verhandlung fort, ohne die Räumung vollstrecken zu lassen. Nach 10 Minuten gab er den Prozeß an die Staatsschutzkammer Dortmund ab. Eine Straftat gemäß § 90 a liege zwar nicht vor, aber ein Verstoß gegen § 90 b könne nicht ausgeschlossen werden („Verunglimpfung von Verfassungsorganen"). Ein Verfahren gegen Stremming wegen § 90 b ist von der Dortmunder Staatsanwaltschaft bereits eingestellt worden.

Angesichts der Aktionen der Gegner des § 218 in Iserlohn wollte der Richter die Sache offenbar schnell aus dem Haus haben. Die Bewegung gegen den § 218 in Dortmund wird es der Justiz nicht leichter machen. – (Komitee gegen den § 218 Iserlohn)

Hamburg: Ärzte wegen Selbstbezichtigung verurteilt

Hamburg. Mit einem Verweis und einer Geldstrafe von 150 DM hat das Berufsgericht der Hamburger Ärztekammer Ärzte bestraft, die sich zusammen mit insgesamt 329 Ärzten aus der ganzen Bundesrepublik und aus Westberlin im Frühjahr 1974 im „Spiegel" selbst bezichtigt hatten, Frauen zu illegalen Abtreibungen verholfen zu haben. Die Ärzte hatten diese Selbstbezichtigung mit der Forderung nach Fristenregelung verbunden.

In der Begründung der Verurteilung heißt es sinngemäß, die Angeklagten hätten einen bewußten Angriff auf die Rechtsordnung unternommen und damit das Vertrauen mißbraucht, die der Arztberuf erfordere.

Auf die ärztlichen Standesorganisationen kann sich der bürgerliche Staat bei der Durchsetzung des neuen § 218 offensichtlich verlassen.

§ 130 a und § 88 ab 1. Mai in Kraft

Uneingeschränkte Rede-, Presse- und Organisationsfreiheit!

Am 1. Mai tritt der im Februar einstimmig verabschiedete § 130 a und § 88 in Kraft. Danach kann einem schon der Satz „Rebellion ist gerechtfertigt" bis zu drei Jahren Gefängnis einbringen. Zum Beispiel, wenn er in einer Versammlung in Wyhl gegen die Pläne der Landesregierung gesetzt wird.

Glaubten anfangs viele noch, diese Paragraphen würden eh nie angewandt, so ist die Bourgeoisie bereits zielstrebig dabei, diese Paragraphen anzuwenden: „Diese Schrift (die Kommunistische Volkszeitung, Anm. d. Red.) fordert unverblümt zur Gewalt auf. (...) Das ergeben alle Artikel. (...) Damit wird der illegale und gewaltsame Kampf gegen die bestehende Ordnung glorifiziert und der Eindruck vermittelt, er sei auch in der Bundesrepublik Deutschland richtig, notwendig und führe so allein zum Ziel einer Änderung bestehender Verhältnisse." Mit dieser Begründung verbot das Amtsgericht Hamburg einem Untersuchungshäftling generell den Bezug der Kommunistischen Volkszeitung.

„Den 130 a, den werden wir euch servieren", drohte Wohnungsbauminister Ravens auf einer Wahlversammlung in seinem Heimatort Achim, als er durch die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in die Enge getrieben worden war. Noch vor ein paar Monaten leugneten SPD-Führer öffentlich, daß so ein Paragraph überhaupt geplant sei. SPD-Mitglieder hatten oft einfach nicht geglaubt, daß so ein Paragraph überhaupt möglich ist. Ravens kommt jetzt zur Sache.

Die Maßnahmen des Verbots und der Verfolgung revolutionärer Propaganda häufen sich in letzter Zeit. Dem Volk sollen die Mittel des Zusammenschlusses gegen den bürgerlichen Staat aus der Hand geschlagen werden.

Die Wahrheit ist für die Bourgeoisie unerträglich. Also soll sie unterdrückt werden. Ein Amtsrichter in Heidelberg hat jetzt auf Betreiben des dortigen Oberbürgermeisters eine Beschlagnahmeverfügung gegen ein Wahlplakat des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) erlassen. „Beleidigend" ist, daß das Plakat Oberbürgermeister Zundel zeigt, wie er, auf der Dresdner Bank thronend, die Devise ausgibt: „Dem Volk den Gürtel enger schnallen! Knüppel frei!" Dieses Jahr hat der Heidelberger Gemeinderat die Gebühren erhöht, und im Juni 1975 hatte Zundel mit 2 000 Polizisten die Heidelberger Innenstadt besetzen müssen, um die Fahrpreiserhöhung durchzusetzen.

Der Zusammenschluß des Volkes im Kampf gegen den bürgerlichen Staat kann sich nur über die Diskussion und Erörterung der Ziele und Formen des Kampfes herstellen. Bevor in Heidelberg Tausende die Straßenbahnen blockierten und sich gegen die Polizeiüberfälle zur Wehr setzten und das Rathaus umzingelten, wurde dieser einheitliche Wille in einer breiten Debatte in Flugblättern, Diskussionen und Versammlungen hergestellt.

Die Bourgeoisie sagt, Gewalt sei kein Argument. Das behauptet auch niemand. Aber es gibt viele Argumente dafür, daß die Arbeiterklasse bei der Durchsetzung ihrer Interessen vor Gewalt nicht zurückschrecken darf, wenn sie diese Interessen gegen die Staatsgewalt durchsetzen will. Diese Argumente, die schlichte Wahrheit, will die Bourgeoisie unterdrücken. Nicht die Gewalt will sie verbieten. Sie will die Gewalt in der Hand behalten, weil sie die Produktionsmittel in der Hand behalten will und die Herrschaft.



Freiburg. 1300 auf der Demonstration

Gegner der Wohnraumzerstörung in Vorbeugehaft genommen

1300 demonstrieren gegen Sanierungspolitik und Verhaftungen

Freiburg. Über 1 300 Menschen demonstrierten am Samstag, den 24. April, in Freiburg gegen die Stadtsanierungspolitik des Gemeinderats und gegen die Inhaftierung von zwei Studenten, die am Kampf gegen die Räumung und Zerstörung von Häusern in der Belfortstraße teilgenommen hatten.

Vor etwa zwei Wochen waren die Bewohner der Belfortstraße Nr. 34–36 von einem großen Polizeiaufgebot aus ihren Häusern vertrieben und die Wohnungen sofort zerstört worden. Die Polizei machte der Grundstücks GmbH, die dort Luxusappartements bauen will, den Weg zu größeren Profiten frei. Über die erneute Räumungsaktion gerieten vor allem die Freiburger Studenten in Zorn. Noch am selben Tage zog eine Protestdemonstration zum Rathaus. Bei dieser Demonstration wurden die beiden Studenten Bernhard T. und Jost G. festgenommen und seitdem in Untersuchungshaft gehalten. Vorgeworfen wird ihnen schwerer Raub, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruch. Die Demonstranten hatten drei fleißig fotografierende Spitzel gestellt und davongejagt. Dabei war ihnen eine ihrer Spitzelkameras abhanden gekommen. Die Staatsgewalt reagierte empfindlich. Willkürlich wurden Demonstranten herausgegriffen und Strafanzeigen gestellt. Ihnen droht nach § 250 Absatz 1 Mindeststrafe von fünf Jahren.

Als Haftgrund wird gegen Jost G. nicht nur Verdunkelungs- und Fluchtgefahr angegeben. „Außerdem", heißt es in dem Haftbefehl, „besteht der Haftgrund der Wiederholungsgefahr, § 122 a, Absatz 1, Nr. 2 StPO. Von dem Beschuldigten, gegen den wegen anderer Vorwürfe im Zusammenhang mit Störaktionen und Krawallen noch weitere Ermittlungsverfahren anhängig sind, sind gleichartige erhebliche Rechtsverstöße zu befürchten, zumal er sich immer häufiger aktiv und aggressiv an kriminellen Handlungen beteiligt hat, die in ihrer Intensität eine deutliche Steigerung erkennen lassen."

Daß jemand sich nicht davon hat abbringen lassen, die Herrschaft der Kapitalisten und Grundstücksspekulanten zu bekämpfen, wird gegen Jost G. also direkt als Haftgrund aufgeführt.

Mit der Vorbeugehaft gegen Jost G. hat der Staat eines der „Reformwerke" in Anwendung gebracht, die 1972 unter der Brandt/Genscher-Regierung Gesetz wurden.

Fest steht, die immer größer werdende Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen kann die Bourgeoisie nicht mit Sprüchen wegbügeln. Ihre Antwort auf den wachsenden Widerstand ist Gewalt. Den Abriß der Freiau vor einigen Monaten konnte sie nur mit dem Einsatz von 1 000 Polizisten vollziehen lassen. Gegen 120, die Widerstand gegen die Vertreibung von 70 Menschen aus ihren Wohnungen geleistet haben, wurden Strafverfahren in Gang gesetzt.

Die 1 300 Demonstranten am Samstag haben zum Ausdruck gebracht: Der Kampf gegen die volksfeindliche Sanierungspolitik und die Reaktion des Staates wird entschlossen fortgesetzt. – (k., Freiburg)

Universität Heidelberg:

AStA-Programm der Aktionseinheit gegen die politische Reaktion

Heidelberg. Am 22. April wurde vom Heidelberger Studentenparlament ein ein Kandidat der „Linken Liste" als neuer AStA-Vorsitzender gewählt. Über die Bildung des Allgemeinen Studentenausschusses wurde im Anschluß an diese Studentenparlamentswahlen eine breite Debatte in der Studentenschaft geführt. Als Ergebnis der letzten Studentenparlamentswahlen hatten die rechten Studentengruppen und die Jungsozialisten ihre Mehrheit im Studentenparlament verloren.

Die Rote Liste der Institutsgruppen strebte von Anfang an einen AStA der Aktionseinheit gegen die Reaktion auf Grundlage der wichtigsten Forderungen der Studenten an. Die Jungsozialisten entzogen sich einer solchen Aktionseinheit von Anfang an, indem sie erklärten, mit der Kommunistischen Hochschulgruppe grundsätzlich keine Aktionseinheit einzugehen. Die spontaneistische Linke Liste, die in diesen Wahlen neben den Jusos stärkste Fraktion im Studentenparlament wurde, nahm diese Forderungen im Verlauf der Debatte unter der Studentenschaft in ihr AStA-Programm auf. Daraufhin wurde der Kandidat der Linken Liste für das Amt des AStA-Vorsitzenden mit Unterstützung der Stimmen der Roten Liste im Studentenparlament gewählt. Folgende Forderungen enthält jetzt das AStA-Programm:

Gegen die anstehenden Verschärfungen der Prüfungs- und Leistungsanforderungen!

Gegen alle Stellen- und Mittelkürzungen, die die Studienbedingungen verschlechtern!

Weg mit dem Maulkorberlaß! Weg mit den Veranstaltungsverboten!

Für die Beseitigung des Hochschulordnungsrechts, Einstellung aller Hochschulordnungsverfahren!

Für kostendeckendes BAFöG – 600 DM sofort!

Einstellung aller Lehrer, Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Hochschulabgänger!

Weg mit dem Schieß-Erlaß!

Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit uneingeschränktem Politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!

Rektor der Universität Heidelberg 1, Postfach 1760

An den
AStA der Universität

Betr.: Konstituierende Sitzung des Studentenparlamentes am . 4. 1976

hier: Mitwirkung der Nichtmitglieder Staab und Brückner an allen Beschlüssen des Studentenparlaments

Aufgrund §§ 60 Abs. 1 S. 2, 88 Abs. 1 S. 1 HSchG ergeht folgender

Bescheid:

1. Die während der konstituierenden Sitzung des Studentenparlamentes am 8. 4. 1976 gefaßten Beschlüsse einschließlich der Wahlen werden mit aufschiebender Wirkung beanstandet.

2. Zur förmlichen Aufhebung der Beschlüsse wird das Studentenparlament während seiner nächsten Sitzung verpflichtet.

Dieses Dokument illustriert den neuesten Angriff des Universitätsrektorats gegenüber den Organen der Heidelberger Studentenschaft. Gedroht wird, alle Beschlüss des Studentenparlaments aufzuheben, wenn den Studenten Staab und Brückner, die als Kandidaten der Roten Liste ins Studentenparlament gewählt wurden, nicht ihr Recht, an Beschlüssen des Studentenparlaments mitzuwirken, durch das Studentenparlament selbst entzogen wird. Beide Studenten hatte der Rektor zu Beginn der letzten Studentenparlamentswahlen relegiert, weil sie als Vertreter der Studenten entschieden deren Interessen gegen die Universitätsbürokratie und reaktionäre Professoren geltend gemacht hatten. Obwohl die Landesastenkonferenz Baden-Württemberg dieses Vorgehen des Rektorats scharf zurückgewiesen hatte, machte die Mehrheit des Studentenparlaments einschließlich der Linken Liste einen Kniefall vor dem Rektor und hob Stimmrecht von Staab und Brückner für die Wahl des AStA-Vorsitzenden auf.

Rektorat wünscht politische Betätigung gegen das Volk

In Heidelberg hat der Rektor der Universität in seinem Rechenschaftsbericht als Ziel seiner Politik bezeichnet, „die politische Betätigung in der Universität einzuschränken und die allgemeinpolitische Auseinandersetzung aus der Universität herauszuhalten". Damit begründen die Regierungsbehörden und Rektoren an den meisten Hochschulen ihre Unterdrückungsmaßnahmen. Damit „die Studenten mehr lernen", hat der Heidelberger Rektor z.B. die Büchertische und Veranstaltungen demokratischer, sozialistischer und kommunistischer Organisationen angegriffen und durch Polizeibeamte zerschlagen lassen; der Kommunistischen Hochschulgruppe generell Räume für Versammlungen und Veranstaltungen verweigert; Fachschaften, die den Widerstand gegen diese Politik organisiert haben, angegriffen. Ordnungsverfahren wurden vom Rektor eingeleitet gegen Studenten, die gegen diese Politik aufgetreten sind oder die in Lehrveranstaltungen die Rechtfertigung des privaten Eigentums angegriffen haben.

Diese Unterdrückung der demokratischen, revolutionären und kommunistischen Auffassungen und Bestrebungen durch Polizei- und Justizgewalt, vom Rektor bezeichnet als „Verbot der politischen Betätigung", sollen der Vertretung der bürgerlichen Auffassungen durch die Professoren und der Ziele der herrschenden Klasse durch die reaktionären Studentengruppen freien Raum schaffen. Sie dienen der Abrichtung der Studenten auf die Verteidigung des privaten Eigentums und der herrschenden Ausbeuterordnung gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Das gerade wollen sich die Studenten nicht gefallen lassen.

So stößt diese „Einschränkung der politischen Betätigung" auf Widerstand unter den Studenten. Die Masse der Studenten entstammt den besitzlosen Klassen, und sie haben kein Interesse, das private Eigentum der herrschenden Bourgeoisie und ihre imperialistischen Expansionspläne gegenüber diesen Klassen zu verteidigen und durchzusetzen. Die Verschärfung dieses Gegensatzes zwischen der Politik des imperialistischen Staatsapparates und den Interessen der Masse der Studenten ist objektiv und unvermeidbar.

Die Studentengruppen, die die Notwendigkeit des Kampfes der Studentenbewegung für ihre Interessen und Rechte gegen den bürgerlichen Staatsapparat leugnen und „Versöhnung und Ausgleich" propagieren, bekommen das zu spüren. An der Heidelberger Universität z.B. propagierten die Jusos im Allgemeinen Studentenausschuß im vergangenen Semester gegenüber den Unterdrückungsmaßnahmen die Politik der Duldung und des Maulhaltens. Mit dem Allgemeinen Studentenausschuß betrieben sie die Spaltung des Kampfes gegen diese Politik der Reaktion. Das hat sie den Allgemeinen Studentenausschuß gekostet. Der Rektor kann sich der Mehrheit im neugewählten Studentenparlament für die Duldung seiner Politik nicht mehr sicher sein: Mit der Neuwahl des AStA-Vorsitzenden beschloß das Studentenparlament ein Kampfprogramm gegen die politische Reaktion und für das uneingeschränkte Recht der Studenten zur politischen Betätigung und Vertretung ihrer Interessen. Der neugewählte Allgemeine Studentenausschuß wurde mit der Vertretung der wichtigsten Forderungen und der Unterstützung des Kampfes der Studentenbewegung gegen die Unterdrückung durch die Regierungs- und Hochschulbehörden beauftragt. Das ist ein Fortschritt im Zusammenschluß der Studentenbewegung gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat.

Am 1. Mai werden viele Studenten die Forderungen dieses Kampfes gegen die Politik der bürgerlichen Staatsmacht nach uneingeschränktem Recht zur politischen Betätigung und Vertretung ihrer Interessen erheben und sich an den Demonstrationen beteiligen. Die Unterstützung des Kampfes der Studenten für ihre politischen Rechte liegt voll und ganz im Interesse der Arbeiterklasse.

Landesastenkonferenzen

Niedersachsen

Niedersachsen. Die 26. ordentliche Mitgliederversammlung des Landesverbandes niedersächsischer Fachhochschulasten (VSI), die 12 Fachhochschulen mit 6 000 Studenten in Niedersachsen vertritt, hat auf ihrer Sitzung am 24./25. April in Springen in Anwesenheit von 9 Fachhochschulasten einstimmig eine Hauptresolution verabschiedet. In der Resolution werden als Hauptforderungen erhoben die Forderung nach der gesetzlicher Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, mit Satzungs- und Finanzhoheit. Die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung des Einspruchsrechts der Studentenvertretung gegen Maßnahmen, die die Studien- und Prüfungsbedingungen betreffen, und die Forderung: Keine Änderung der Studien- und Prüfungsordnungen ohne Zustimmung der Studentenschaften. Gefordert wird weiter das Recht auf freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf sowie eine kostendeckende Ausbildungsförderung. Zum Schluß der Hauptresolution heißt es:

„Als nächste zentrale Aufgabe sehen wir, der Verschärfung der Studien- und Prüfungsordnung in Niedersachsen den Kampf anzusagen in Verbindung mit der politischen Entrechtung und der weiteren Kürzung des BAföG sowie der zu erwartenden Novellierung des niedersächsischen Hochschulgesetzes.

Dieser Kampf kann nur geführt werden in Verbindung mit dem Kampf um den Erhalt der Verfaßten Studentenschaften mit politischem und imperativem Mandat, der Satzungs- und Finanzhoheit.

Um diese Rechte und Forderungen durch ein einheitliches Auftreten an allen Fachhochschulen und Hochschulen gegenüber den staatlichen Behörden und Landesregierungen zur Geltung zu bringen, fordern wir die VDS auf, den Studentenschaften Aktionswochen und einen Streik im November des Jahres vorzuschlagen.

Diese Form des politischen Kampfes ist notwendig, um im Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht voranzukommen. Die Erfahrungen aus den Kämpfen des Vorjahres bestätigen nur noch diese Art der Kampfform.

Die beschlossene Demonstration der VDS am 22. Juni muß von uns dazu genutzt werden, auf Grundlage unserer Forderungen eine große Aktionseinheit herzustellen und für bundesweite Aktionstage im November zu kämpfen."

Rheinland-Pfalz

Die Landesastenkonferenz verabschiedete auf ihrer Sitzung am 10. April eine Resolution zur Lage der Studentenschaft. Darin heißt es:

„Angesichts dieses Angriffs auf die politischen Rechte und die materielle Lage der Studenten ist es nötig, daß die Studentenschaften für Forderungen und Rechte eintreten, die die Kämpfe an den Fachbereichen und Hochschulen vorwärts gebracht haben. Rechte und Forderungen, die den Zusammenschluß gegen den Staat, die Stärkung der politischen Selbständigkeit und die materielle Existenz möglich machen. Diese Forderungen sind:

Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Politischem und Imperativem Mandat, mit Satzungs- und Finanzhoheit! Weg mit dem Ordnungsrecht! Für das Recht auf freie Meinungsäußerung, das uneingeschränkte Recht auf Versammlung, Streik und Organisation an der Hochschule! Weg mit den Berufsverboten für Demokraten, Sozialisten und Kommunisten! Gegen politische Disziplinierung und Gesinnungsschnüffelei in Hochschule und Betrieb! Kostendeckende Ausbildungsförderung durch Anhebung der Elternfreibetragssätze und der Förderungssätze! Mindestens 1 200 DM Elternfreibetrag und 600 DM BAföG! Aufhebung der Darlehensregelung! Einbeziehung aller Studenten in die BAFöG-Regelung! Keine Erhebung von Lehr- und Lernmittelgebühren! Kontrolle der Studentenvertreter über die Mittelvergabe! Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen durch die Studenten und Finanzierung durch den Staat! Übernahme aller Referendaranwärter in den öffentlichen Dienst! Einstellung aller Lehrer! Arbeitslosengeld für alle Schulabgänger, die keine Arbeit finden!

Abgelehnt wurde von den von Jungsozialisten und DKP-Studenten getragenen ASten, die in der Landesastenkonferenz die Mehrheit haben, die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung des Einspruchsrechts der Studentenvertretungen gegen Maßnahmen, die Studien- und Prüfungsbedingungen betreffen, ab. Sie lehnten ebenfalls einen Vorschlag der ASten der Fachhochschule Mainz I und der Fachhochschule Kaiserslautern ab, auf einen landesweiten einheitlichen Streik im Wintersemester hinzuarbeiten.

Baden-Württemberg

Nachdem die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare schon vor einigen Monaten die Initiative ergriffen hatte für eine Demonstration für die Einstellung aller Lehrer und diese Initiative von breiten Teilen der GEW unterstützt wurde, mußte der GEW-Landesvorstand reagieren. Die Sozialdemokraten im GEW-Landesvorstand beschlossen die Durchführung einer Kundgebung in Stuttgart für den 21. Juni, einem Termin, an dem es der Mehrheit der Lehrer nicht möglich ist, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen. Die Landesastenkonferenz Baden-Württemberg befaßte sich am 22. Mai mit diesem Vorschlag. Einheitlich traten die Allgemeinen Studentenausschüsse dafür ein, den GEW-Landesvorstand aufzufordern, die Kundgebung auf den 12. Juni zu legen, vor allem deshalb, weil auf Beschluß der VDS-Mitgliederversammlung am 22. Juni eine zentrale Demonstration der Studenten stattfinden wird. Auf der Landesastenkonferenz traten große Differenzen bezüglich der inhaltlichen Bestimmung dieser Demonstration auf. Die Revisionisten wollten den Kampf um die Einstellung aller Lehrer an die Gesamtschule, Abrüstungsforderungen und Mitbestimmung. Mit 13 gegen 11 Stimmen konnten die Revisionisten sich auf der Landesastenkonferenz mit diesen schädlichen Positionen durchsetzen. Notwendig ist es, sowohl unter den Lehrern als auch unter den Studenten für folgende Forderungen, wie sie von der Landessprecherkonferenz der Referendare aufgestellt wurden, auf die Demonstration zu mobilisieren:

Für die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer! Keine Teilzeitverträge! Für die Übernahme aller Lehramtsanwärter in den Referendardienst! Keine Verschleierung des Lehrermangels durch Erhöhung des Pflichtstundendeputats von Referendaren und ausgebildeten Lehrern! Anerkennung aller nichteingestellten Lehramtsanwärter als Arbeitslose bis zur endgültigen Einstellung! Weg mit dem Schieß-Erlaß! Sofortige Einstellung aller Überprüfungen und Anhörungen!

Weingarten. Die Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule Weingarten hat in einer Resolution am 27. April die Gewerkschaft aufgefordert, die Kundgebung auf den 12. Juni zu legen. Sie verabschiedete Forderungen entsprechend denen der Landessprecherkonferenz der Lehramtsreferendare.



Göttingen/Stuttgart. Seit dem 20. April befinden sich die Göttinger Psychologiestudenten in einem unbefristeten Streik. Der Streik richtet sich gegen eine Verschärfung der Diplomprüfungsordnung. Ebenfalls gegen eine geplante Verschärfung der Prüfungsordnung richtet sich eine Resolution der Landesfachschaftskonferenz der Psychologischen Institute Baden-Württembergs vom 25. April. In der Resolution wird eingetreten für das Einspruchsrecht der Fachschaften gegen Prüfungs- und Benotungswillkür.

Verwaltungsrat unterstützt Forderungen der Studenten

Osnabrück. Wie in Braunschweig bei der Erhöhung der Mensapreise, so will das niedersächsische Ministerium auch in Osnabrück durch einen eigens dafür angefertigten Erlaß die Studenten zur Zahlung von Studentenwerksbeiträgen zwingen. Seit zwei Jahren führen diese einen zu 80 Prozent getragenen Zahlungsboykott der ministeriell verfügten Zahlung von Studentenwerksbeiträgen durch. Durch die zwei studentischen Vertreter im vierköpfigen Vorstand des Studentenwerks konnte auch ein Beschluß verhindert werden, daß von den Studenten Geld eingetrieben werden soll. Durch den Erlaß des Ministeriums, daß in Pattsituationen ein fünfter Mann im Vorstand die Entscheidung fällen soll, setzte das Ministerium jetzt einen Beschluß durch, der die Zahlung von Studentenwerksbeiträgen durch die Studenten vorsieht. Aber im Verwaltungsrat, dem höchsten Gremium des Studentenwerks, wurde dieser Beschluß auf Antrag der AStA-Vorsitzenden dann mehrheitlich abgelehnt. Weiterhin wurde die Forderung der Studenten nach völliger Selbstverwaltung und staatlicher Finanzierung des Studentenwerks von der Mehrheit des Verwaltungsrates für gerecht erklärt.

Den Vorstand des Studentenwerkes forderte der Verwaltungsrat weiterhin auf, die Studentenwerkssatzung dahingehend zu ändern, daß die Finanzierung des Studentenwerks aus Mitteln der Studenten, die dort verankert ist, gestrichen wird. Das Ministerium forderte der Verwaltungsrat auf, die notwendigen finanziellen Mittel für den Haushalt des Studentenwerks bereitzustellen. Damit hat sich der Verwaltungsrat mehrheitlich hinter die Forderungen der Studenten nach Selbstverwaltung und Finanzierung durch den Staat gestellt.

40 Pfennig

40 Pfennig wert schätzt der Feldwebel aus der Ausbildungskompanie 12/5 den Wert eines Rekruten. Der Mann tut nichts Ungewöhnliches. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeitskraft des Menschen zur Ware gemacht. Eine jede Ware ist in ihrem Preis bestimmt durch die Kosten, die ihre Reproduktion macht. 40 Pfennig für die Ausbildungskompanie 12/5. Nicht mehr, nicht weniger.

Man ist geneigt, den Feldwebel für ein richtiges Schwein zu halten. Jedoch: Wenn sich von den 95000 VW-Arbeitern im Monat einer umbringt, weil er den Akkord nicht schafft, kratzt das etwa den Schmücker vom Vorstand? Das kratzt ihn überhaupt nicht, und er wird jede Verantwortung weit von sich weisen. Es sei denn, es herrscht Arbeitskräftemangel und die Personalabteilung muß eine Annonce aufgeben auf Nachschub.

Die weiseren Bourgeois, die auf den Lehrstühlen sitzen und Professoren sind, werden die rüde Feldwebelrechnung nicht teilen. Sie werden auch den VW-Vorstand Schmücker, wenn Selbstmorde überhand nehmen oder auch Verstümmelungen durch Fabrikarbeit, was ja nicht besser ist, erinnern, daß der Mensch das höchste Gut ist. Jedenfalls werden sie festhalten, daß jeder Arbeiter, der nicht ausgebeutet werden kann, weil er tot ist, einen Verlust bedeutet. Lebte er noch, brächte er Profit. Deswegen kommt es vor, daß sich die herrschende Klasse über Selbstmorde von jungen Menschen aufregt, auch wenn sie bloß Arbeiter sind. Über Selbstmorde bei den Alten sagen die Bourgeois gar nichts. Insgeheim rechnen sie aus, daß das die Rentenversicherung entlastet. Dann können sie kräftig was da herausholen, zum Beispiel um die Wirtschaft anzukurbeln.

Alles geht in der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Geld. Die wehrpflichtigen Soldaten werden von der Bourgeoisie in die Armee gepresst. Unter Androhung hoher Gefängnisstrafen. Den Soldaten entzieht die Bourgeoisie alle Rechte und gibt sie ihnen bloß als Gnade, die jederzeit entzogen werden kann, zurück. Zum Beispiel der „Ausgang". Im Unterschied zur Lohnsklaverei in der Fabrik, wo nach Arbeitsschluß die Wiederherstellung der Arbeitskraft im Ermessen des Arbeiters liegt, meldet die Bourgeoisie für die ganzen fünfzehn Monate ununterbrochene Verfügungsgewalt über die Zeit des Soldaten an. Einen Teil gibt sie ihm als Abendausgang, Wochenendausgang, Nachtausgang zurück. Tut der Soldat nicht, was die herrschende Klasse will, führt er sich nicht gut, kann der Ausgang gestrichen werden. Genauso ist es beim Wehrsold. 165 DM gibt die herrschende Klasse. Nicht als Entlohnung. Sie gibt sie als ein Taschengeld. Das reicht nicht hin und reicht nicht her. Es könnte geradesoviel gar nichts sein. Ja, wenn es gar nichts wäre, dann könnte die Bourgeoisie den Soldaten nicht mit Entzug dieser kümmerlichen Pfennige auch noch bestrafen!

Man versteht, die Forderung nach Lohnfortzahlung während jeglicher Dienstverpflichtung ist für die Soldaten eine materielle und eine politische Frage zugleich. Indem sie darauf beharren, daß man ihnen, die freie Lohnarbeiter waren, bevor man sie in die Armee gepreßt hat, das Entgeld für ihre Arbeitskraft zahlen muß, erteilen sie dem ganzen Brimborium vom „Treuen Dienen" und „Fürs Vaterland Opfer bringen" eine schallende Ohrfeige. Die Soldaten rebellieren dagegen, daß sie als Sache im Wert von 40 Pfennigen hingestellt werden, sie rebellieren dagegen, daß der Arbeiter als unerschöpflicher Nachschub für die Armee begriffen wird. Man muß die Forderung der Soldaten nach Lohnfortzahlung vollständig unterstützen. Einige bürgerliche Politiker wollen dem Kampf gegen Wehrsold und für Lohnfortzahlung die Spitze brechen. Sie sagen, erstmal wenigstens hundert DM mehr. Dann kann man weitersehen. Wir wenden uns nicht dagegen, daß die Soldaten hundert DM mehr kriegen. Sie brauchen sie. Jedoch sind wir dagegen, daß darüber vergessen gemacht wird, daß die allgemeine Wehrpflicht nichts bedeutet, als eine kostenlose Beschlagnahmung der Arbeitskraft der Arbeiter für die Zwecke der herrschenden Klasse. Die Forderung nach einer Lohnfortzahlung ist eine Sache des Prinzips. – (f.)

Bourgeoisie in die Armee gepresst. Unter Androhung hoher Gefängnisstrafen. Den Soldaten entzieht die Bourgeoisie alle Rechte und gibt sie ihnen bloß als Gnade, die jederzeit entzogen werden kann, zurück. Zum Beispiel der „Ausgang". Im Unterschied

gemacht wird, daß die allgemeine Wehrpflicht nichts bedeutet, als eine kostenlose Beschlagnahmung der Arbeitskraft der Arbeiter für die Zwecke der herrschenden Klasse. Die Forderung nach einer Lohnfortzahlung ist eine Sache des Prinzips. – (f.)



Die Offiziere der Bundeswehr demonstrieren oft und gern ihre Zugehörigkeit zur Bourgeoisie und ihre Gemeinsamkeiten mit ihr. Das obere Bild zeigt Luftwaffenoffiziere und zwei höhere Feldwebeldienstgrade zusammen mit Vorstandsmitgliedern der Haupt- und Zweigwerke des Hoechstkonzerns. – Den Mannschaften dagegen ist es verboten, ihre Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes durch Teilnahme in Uniform an Aktionen und Demonstrationen oder in anderer Form zum Ausdruck zu bringen. Ebenso verboten ist ihnen, eigene Forderungen zu stellen und dafür zu kämpfen. Das untere Bild zeigt Soldaten mit ihren Transparenten auf der Bremer Maidemonstration im vergangenen Jahr.





Nach zwei Wochen Grundausbildung 9 Selbstmordversuche

Man hört in letzter Zeit von führenden Politikern und hohen Militärs viel „Lobendes" über die Bundeswehr. Die Einsatzbereitschaft sei gut, die Disziplin würde besser werden und der Wehrwille wachsen.

Was davon zu halten ist, ist in der Ausbildungskompanie 12/5 in Schwarzenborn (Nordhessen) auf allerdings bittere Weise deutlich geworden. Wie uns ein Kollege aus Schwarzenborn berichtete, haben seit dem ersten April in den ersten beiden Wochen der Grundausbildung neun Rekruten dieser Kompanie versucht, sich das Leben zu nehmen. Ein Rekrut hat sich dabei mit einem G 3 einen Lungenflügel zerstört.

Jeder, der sich mit der Armee auskennt, weiß, daß es gerade in den ersten Wochen der Grundausbildung nur ein „Ausbildungsziel" gibt: Nämlich den Rekruten klarzumachen, daß sie nichts sind, nichts zu sein haben, daß der Mensch nichts, Befehl und Gehorsam alles gilt. Mit dieser Situation kann sich niemand abfinden und diese Situation treibt junge Rekruten zu solchen verzweifelten Versuchen, ihr zu entfliehen. Oft genug bleibt es nicht beim Versuch.

Davon hört man natürlich nichts aus dem Munde der Politiker und Militärs. Zu hören bekamen dafür Soldaten in Schwarzenborn sinngemäß folgenden Kommentar eines Feldwebels zu den Selbstmordversuchen: „Wer sich umbringen will, soll das ruhig tun. Für 40 Pfennig bekäme man ja neue Soldaten und wir brauchen uns dann nicht mehr mit diesen Leuten rumzuärgern". 40 Pfennig, muß man wissen, kostet die Briefmarke für eine Postkarte zum Kreiswehrersatzamt.

Nichts kann die Situation in der Armee und die Einstellung der Offiziere und höheren Unteroffiziere zu den Mannschaften besser charakterisieren als diese „Stellungnahme". Der Mensch ist soviel wert, wie er an Rangabzeichen auf der Schulter trägt. Was stört da groß der Selbstmord eines Rekruten. Wenn der Motor eines Autos ausfällt, fordert man einen neuen an. Das macht für diese Herren in der Tat keinen Unterschied. Der Soldat hat auf Befehl anzuspringen wie ein Auto, wenn man auf den Starter drückt. Dieser menschenverachtende Zynismus ist das notwendige Resultat in einer Armee, die sich auf die unumschränkte Geltung des Prinzips von Befehl und Gehorsam stützen muß, weil sie sich auf den Menschen, nämlich die Interessen der Masse der Soldaten, die Interessen des Volkes, nicht stützen kann. – (h, Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Teilnahme an 1. Mai-Demonstrationen

Gießen/Wetzlar. Das Soldaten- und Reservistenkomitee will sich unter der Losung: „Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Bundeswehr" an der Demonstration in Wetzlar beteiligen. Mindestens 4 Soldaten wollen in Uniform teilnehmen.

Schießübungen während des 1. Mai

Oldenburg. Die über 10000 Soldaten der 11. Panzergrenadierdivision, deren Stab sich in Oldenburg befindet, müssen von Ostern bis zum 7. Mai an Schießübungen auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne teilnehmen. Das ist das erste Mal, daß allen Soldaten dieser Division der Ausgang zum 1. Mai gesperrt wird.

Die Solidaritätsaktion für die Arbeiter von Heidenreich & Harbeck war ein Erfolg

Hamburg. In der KVZ Nr. 15 berich- Hauptfeldwebel, der früher selbst Ge- termauert wurde und so die „Begrün-

Die Solidaritätsaktion für die Arbeiter von Heidenreich & Harbeck war ein Erfolg

Hamburg. In der KVZ Nr. 15 berichteten wir darüber, wie Hamburger Soldaten sich mit den Arbeitern von Heidenreich und Harbeck im Kampf gegen Entlassungen solidarisieren, indem sie eine Solidaritätsadresse an den Vertrauensleutekörper unterschrieben haben. Diese Aktion hat sich in die Breite entwickelt: Es konnten mittlerweile 40 Unterschriften von Soldaten gesammelt werden.

Die Erfahrungen, die die Soldaten unserer Kasernengruppe unter den Mannschaften einerseits, den Offizieren andererseits, gesammelt haben, waren erwartungsgemäß ganz unterschiedlicher Natur.

Die Reaktion der Mannschaftsdienstgrade auf die Resolution war gekennzeichnet durch allgemein spontane Zustimmung und sofortige Einsicht. Ein Soldat äußerte nach dem Verlesen der Resolution: „Nun quatsch nicht lange, raus! Ich bin selbst Arbeiter, ist doch klar, daß ich unterschreibe." Der größte Teil der kasernierten Soldaten sind Arbeiter und fühlen sich ihrer Herkunft verbunden, trotz Kasernenisolation und Kadavergehorsam, die sie von ihrem Klassenstandpunkt entfremden sollen. Die spontane Reaktion der Soldaten zeigt gerade, daß dies nicht gelungen ist.

Auch konnten Abiturienten für die Unterstützung der Kollegen draußen gewonnen werden, weil die Einsicht unter ihnen gestiegen ist, daß ihre Berufsperspektive immer mehr in der Lohnarbeit liegt. Bei Zeitsoldaten konnten ebenfalls erfolgreich Unterschriften gesammelt werden. Immer mehr Kollegen gehen zum Bund, weil sie Arbeitslosigkeit fürchten und obwohl sie den Bund hassen, das zeigt das Beispiel eines Z 4, der sofort unterschrieb und selbst eine Liste haben wollte, um selbständig weiterzusammeln. Teile der Zeitsoldaten können leicht gewonnen werden für den Standpunkt der Arbeiter.

Ein Hauptfeldwebel lehnt ab

Anders sieht das schon aus bei den oberen Unteroffiziersrängen. Ein Hauptfeldwebel, der früher selbst Gewerkschaftler war, hatte zwar inhaltlich der Unterstützung der Arbeiter von Heidenreich und Harbeck nichts entgegenzusetzen, als Berufssoldat aber ist er Bestandteil der Bundeswehr, was sich in dem Versuch äußerte, die Unterschriftensammlung mit Androhungen und Verweisen auf die Soldatengesetze zu unterdrücken. Im wesentlichen war seine Reaktion gekennzeichnet durch die Angst, daß er selbst Druck bekommen könnte, wenn Soldaten „seiner" Einheit unterschreiben würden.

Ein Jugendoffizier: Die Unterschriftensammlung ist Zersetzung

Die Haltung der Offiziere läßt sich am deutlichsten darstellen an einem Jugendoffizier, der auf einer Veranstaltung an einem Gymnasium von Soldaten gestellt wurde. Als er Stellung beziehen mußte zu den Reaktionen der Vorgesetzten auf die Unterschriftensammlung, begründete er dieses zunächst damit, daß man sich einfach an die Soldatengesetze halten müsse, die halt die politische Betätigung in der Kaserne verbieten würden. Als er auch dieses begründen mußte, handelte er sich einen Lacherfolg ein, als er meinte, daß eine Unterschriftensammlung gegen die Kameradschaft verstoßen würde, denn es könnten sich Soldaten „in ihrer Persönlichkeit verletzt fühlen".

Man muß wohl schon Oberleutnant sein, um sich durch eine Solidaritätserklärung für gegen ihre Entlassung kämpfende Arbeiter unkameradschaftlich behandelt und persönlich verletzt fühlen zu können. Die Mannschaften, die in den Uniformrock gepreßten und gezwungenen Arbeiter, haben sich jedenfalls gar nicht verletzt gefühlt, als ihnen die Resolution vorgelesen wurde. Sie haben sich vielmehr verletzt gefühlt, daß ein Kapitalist einfach einen Betrieb runterwirtschaften, schließen und dann einfach 800 Kollegen auf die Straße setzen kann. Als dies mit Beispielen aus den Kasernen untermauert wurde und so die „Begründung" des Herrn Jugendoffiziers keinen Pfifferling mehr wert war, mußte er endlich die Katze aus dem Sack lassen: Man müsse sich ja schließlich gegen Zersetzung schützen dürfen!

Das Klasseninteresse der Arbeiter wirkt zersetzend auf die Armee

Wie recht der Herr Offizier damit hat, denn die Einheit der in die Kaserne gepreßten Teile des Volkes mit ihren Kollegen draußen, ist tatsächlich zersetzend. Der Widerspruch zwischen dem Auftrag der Armee, Sicherung und Ausbau der politischen und ökonomischen Macht der Bourgeoisie und dem Klasseninteresse derer, die diesen Auftrag ausführen sollen, die Arbeiter, dieser Widerspruch kann nur unterdrückt werden durch den Charakter der Armee als Militärzuchthaus.

Als der Jugendoffizier sich dann noch darüber äußern mußte, daß der Wehrbeauftragte Berkhan vorgeschlagen hat, den Soldaten prinzipiell das Tragen der Uniform auch auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu verbieten, Soldaten in Hamburg aber in Uniform am 1. Mai das Transparent „Keine Stillegung von Heidenreich & Harbeck" mitführen werden, stellte er sich voll hinter Berkhan, da dieses Recht ohnehin nur von Radikalen und gegen den Willen der Gewerkschaften ausgenützt würde! Daß die Gewerkschaftsführung Angst vor konsequenten Militärforderungen hat, wie sie Angst vor der konsequenten Arbeiterbewegung hat, wird niemand bestreiten wollen. Daß aber der größte Teil der Kollegen es begrüßt, wenn die Soldaten sich auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen und das zum Ausdruck bringen, indem sie in Uniform sich an den Maidemonstrationen beteiligen, das beweist die Tatsache, daß die Soldatenblöcke auf Demonstrationen immer wieder beklatscht werden. – (Kasernengruppe Rahlstedt des Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg)

Kein Kampf um Privilegien

Die französischen Studenten setzen ihre Aktionen fort

Auch in der vergangenen Woche setzten die französischen Studenten ihre Aktionen gegen die Reform des zweiten Studienabschnittes fort. Höhepunkt dieser Woche war eine zentrale Demonstratione am Freitag in Paris, an welcher bis zu 60 000 Studenten, Schüler und auch Lehrlinge sich beteiligten. Ziel dieser Demonstration war, die Einheit der Studenten mit den Oberschülern und Teilen der Lehrkräfte zu festigen. Denn auch an den Oberschulen soll jetzt eine Reform durchgesetzt werden, welche ein schärferes Ausleseverfahren bezweckt.

Wie die Demonstration in Paris und auch die vielfältigen Demonstrationen und Aktionen in anderen Städten zeigten, ist die Kraft der Protestbewegung unter den französischen Studenten nach wie vor ungebrochen trotz aller Spaltungsversuche und Drohungen der Regierung Giscard. Getragen wird diese Streikbewegung durch Streikkomitees, welche die Schritte der Studenten in nationalen Koordinationstreffen landeseinheitlich festlegen und in welchen die verschiedensten politischen Strömungen vertreten sind.

Die Revisionisten der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) und ihrer Studentengewerkschaft UNEF sind diese Komitees, welche sich bislang als nützlich erwiesen haben, um die selbständige Kraft der Studenten zu entfalten, ein Dorn im Auge. Dem Revisionistenblatt L'Humanité z.B. war das Koordinationstreffen in Toulouse letzte Woche nicht der Erwähnung wert. Sie setzen dagegen auf Verhandlungen mit der Regierung, um die Bewegung der Studenten unter ihre Fuchtel zu bringen.



Paris: Zehntausende von Studenten auf der Straße im Kampf gegen die Studienreform. „Weg mit den Ausleseverfahren!" ist eine der Parolen.

Studienabbruch, Kurzstudium und Arbeitslosigkeit für eine breite Masse der Studenten

In Westdeutschland verfolgt die bürgerliche Presse aufmerksam die Bewegung unter den französischen Studenten. Und sie nutzt die Berichterstattung darüber aus, um gleichzeitig gegen die fortschrittliche Bewegung der Studenten hierzulande zu hetzen. Den Studenten gehe es um den „Müßiggang" und um „Privilegien", das ist der Tenor ihrer Berichterstattung und Kommentare. Behauptet wird, die Reform der Regierung Giscard bezwecke doch nichts anderes, als die Berufsaussichten der Studenten zu verbessern, das Studium „praxisorientierter" zu gestalten (Süddeutsche Zeitung), wogegen sich nur ein notorischer Müßigänger wehren könne. „Den größten Teil der Hochschüler hat die Regierung allerdings hinter sich", vermeldete die „Süddeutsche Zeitung" am 17.4. Das ist im wesentlichen eine Wunschvorstellung, welche auch bezüglich der Studenten hierzulande gehegt wird, und ein Blick auf die Lage der französischen Studenten zeigt, warum an der Mehrzahl der Universitäten gestreikt wird und was die Triebkräfte dieser Protestbewegung sind.

Worin sich das französische Universitätssystem zunächst von dem in Westdeutschland unterscheidet, ist, daß der Kern des Kadernachwuchses für die französische Bourgeoisie nicht in den Universitäten, sondern an eigens dafür eingerichteten „Eliteschulen" wie z.B. der Ecole Nationale Administration, der Ecole Polytechnique usw. ausgebildet wird. An diesen Anstalten, welche jährlich rund 42 000 Studenten, vorwiegend den eigenen Nachwuchs der Bourgeoisie, aufnehmen, werden die Kader der französischen Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates ausgebildet. Diese von den übrigen Universitäten abgesonderten Anstalten – nach welchen sich die westdeutsche Bourgeoisie die Finger schleckt – sind von der gegenwärtigen Reform nicht betroffen. Sondern es geht bei der Reform um die Universitäten, in denen die Masse der Studenten ausgebildet wird, die ihrer Herkunft nach nicht zu den besitzenden Klassen gehören. Anders als die Studenten der „Eliteschulen", die nach ihrem Studium allesamt Spitzenstellungen im bürgerlichen Staatsapparat und den Konzernetagen erhalten, sieht für sie die Lage aus:

– Ihre Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, so daß die Zahl der Studenten auf über 800 000 angewachsen ist, und jährlich kommen 160 000 neue Studenten hinzu.

– Nicht durch Zulassungsbeschränkungen wie an den westdeutschen Universitäten, sondern durch das Prüfungswesen wird die Aussiebung der Studenten vorangetrieben. Die Folge davon ist, daß mehr als die Hälfte der Studenten ohne einen Abschluß von den Universitäten abgeht oder nach einem sechssemestrigen Studium. Viele finden dann keinen Arbeitsplatz und werden arbeitslos.

– Auch die diplomierten Studenten erhalten zum großen Teil keinen Arbeitsplatz mehr. So kann gegenwärtig von acht examinierten Lehrern nur einer damit rechnen, eine Anstellung als Lehrer zu erhalten.

Nach Aussage des Wochenmagazins „L'Express" können von den gesamten eingeschriebenen Studenten nur rund 40 000 sicher sein, einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

In dieser Lage hat die französische Regierung in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Maßnahmen gegriffen, um den Zugang zu den Hochschulen einzuschnüren und um die Konkurrenz und die Auslese unter den Studenten noch mehr zu verschärfen.

Hauptpunkt dieser Maßnahmen war eine Reform des in drei Studienabschnitten gegliederten Studiums, wobei bisher durchgeführt wurde:

– Die Reform des ersten Studienabschnittes: Dieser endet nach zwei Jahren mit einem Abschluß, der zum Eintritt in den zweiten Abschnitt berechtigt. Im Zuge der Reform wurde dieser Abschnitt als „Examen" anerkannt, womit bezweckt wird, daß ein Teil der Studenten nach Ende des ersten Studienabschnittes das Studium abbricht, um mit diesem Examen die Universität zu verlassen.

– Die Reform des dritten Studienabschnittes: Hier konnte jeder studieren, der die Diplome des zweiten Abschnittes erlangt hatte, und im allgemeinen führt der dritte Studienabschnitt zu einem Doktorgrad. Hier wurde im Zuge der Reform die Zahl der Studienplätze begrenzt, was einem Numerus Clausus gleichkommt, da die Erlangung eines Diploms nach dem zweiten Abschnitt nicht mehr als ausreichende Berechtigung für den dritten Studienabschnitt gilt.

Direkter Zugriff für Vertreter der Kapitalistenklasse

Den entscheidenden Schritt bereitete die Regierung aber jetzt mit der Reform des zweiten Studienabschnittes vor, welche der unmittelbare Auslöser der gegenwärtigen studentischen Protestdemonstrationen ist. Diese Reform sieht im wesentichen vor:

– Beschränkung des Zugangs zum zweiten Studienabschnitt indem festgelegt wird, wieviel Diplome eine Universität im zweiten Studienabschnitt vergeben darf. Konsequenz ist, daß viele Studenten so gezwungen werden, nach dem ersten Abschnitt die Hochschule zu verlassen und daß sich die Konkurrenz unter den Studenten verschärft.

– Festgelegt wird die Zahl der Studienplätze durch eine Kommission von Hochschullehrern, Staatsbeamten und Vertretern der Kapitalistenklasse in Gestalt „örtlicher Unternehmer".

– Eine entsprechend zusammengesetzte Kommission legt die Inhalte des Studiums im zweiten Abschnitt fest.

– Kürzung des Studiums von vier auf drei Jahre. Daran anschließend ein berufsspezialisierendes viertes Jahr, in welchem Vertreter und Funktionäre der Kapitalistenklasse direkt an der Ausbildung beteiligt sind (Vorlesungen durch Manager usw.).

– Stillegung von Fächern und Fakultäten, die „keine unmittelbar praktische Bedeutung" haben im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Bewirkt wird durch diese Reform, daß die Zahl der examinierten Studenten durch den Staat beliebig geregelt werden kann und daß die Kapitalistenklasse nicht nur über ihren Staat, sondern auch direkt Einfluß auf die Studienbedingungen nehmen kann.

Das macht ziemlich deutlich, was die Regierung Giscard – und auch die bürgerliche Presse hierzulande – meint, wenn sie von der Gestaltung eines „praxisorientierten" Studiums spricht. Tatsächlich wird die drohende Arbeitslosigkeit für die Studenten zum Vorwand genommen, um sie noch schärferer Kontrolle zu unterwerfen, um die Konkurrenz unter ihnen anzuheizen, und statt sicherer Berufsaussichten bedeutet dies bloß, daß noch sicherer als schon bisher eine große Zahl von ihnen keinen Arbeitsplatz erhalten wird, weil sie in ihrem Studium nicht bis zum Ende kommt.

Dies ist der Grund der gegenwärtigen Bewegung unter den französischen Studenten, und es wird dabei auch deutlich, daß es nicht um „Müßiggang" und „Vorrechte" geht, sondern daß ihr Kampf gegen diese Reform gerecht ist.

Die Hochschulreform ist ein Teil der imperialistischen Politik der Regierung Giscard

Die Regierung Giscard, in Gestalt der Staatssekretärin Saunier-Séité, welche für die Durchführung der Reform zuständig ist, hat erklärt, in den wichtigen Fragen der Reform werde man keinen Schritt zurückweichen. Das ist erklärlich, denn für die französische Kapitalistenklasse steht mehr auf dem Spiel als nur die Hochschulreform. Auf seiner Pressekonferenz letzte Woche erklärte Präsident Giscard, die Reformen, worunter die Hochschulreform fällt, seien notwendig, um die sozialen Voraussetzungen zu schaffen, damit Frankreich in der Führungsgruppe der „Mittelmächte" sich behaupten könne. Er spielt damit auf den Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa an, wo der französische Imperialismus dem westdeutschen nicht unterliegen will. Nichts anderes bedeuten daher diese Reformen für die französischen Volksmassen und die Studenten, als daß ihre selbständigen Interessen verschärft der Kapitalistenklasse unterworfen werden, denn diese führt den Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa. So ist der letzte Zweck dieser Hochschulreform, die Studenten der Universitäten zur beliebigen Manövriermasse der Kapitalisten und ihres Staates zu machen, wogegen die Studenten sich zu Recht wehren.

Ob es der Regierung vorübergehend gelingen wird, diese Politik gegenüber den Studenten durchzusetzen, ist noch längst nicht entschieden. Dienstag dieser Woche fand ein weiteres nationales Koordinationstreffen der Streikkomitees statt, um die weiteren Schritte für den Kampf der Studenten festzulegen. – (e.r.)

Spanien: Vorbereitung auf den 1. Mai
Das Regime reagiert mit einer Terroraktion

Mit einer breit angelegten Terror- und Verhaftungswelle versucht das spanische faschistische Regime, die Vorbereitung der gewerkschaftlichen und revolutionären Organisationen auf den 1. Mai zu verhindern. Im Baskenland wurden 36 angebliche ETA-Mitglieder verhaftet und 20 weitere Personen, denen Mitgliedschaft in illegalen Organisationen vorgeworfen wird. In Granada wurden 54 Personen verhaftet. In Madrid wurden führende Mitglieder der Arbeiterkommissionen verhaftet, die eine große Veranstaltung zum 1. Mai planen. Das sind nur die lückenhaften Meldungen aus den bürgerlichen Zeitungen. Noch jedes Jahr hat das Franco-Regime versucht, mit äußerstem Terror die Maidemonstrationen zu verhindern, aber sie wurden von Jahr zu Jahr dennoch immer breiter. Das faschistische Franco-Nachfolgeregime mit der Figur Juan Carlos an der Spitze und dem unter Franco bewährten Polizeiminister Fraga Iribarne will offensichtlich schon vor dem 1. Mai mit der Zerschlagung der 1. Mai-Demonstrationen beginnen. Dieses Regime steht an der Wand vor dem Ansturm der Arbeiterklasse und der Volksmassen, der „Bunker" wird es in Spanien genannt – völlig isoliert, aber von einem gewaltigen Unterdrückungsapparat geschützt. Jeder neue Aufschwung der Massenstreiks und Demonstrationen kann sein Ende bedeuten. Den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse wird es sicher nicht verhindern können.

Japan: drei Tage Streik im öffentlichen Verkehr

Von Montag bis Mittwoch letzter Woche streikten Zehntausende Arbeiter und Angestellte der öffentlichen Verkehrsbetriebe Japans. Sämtliche 235 Superexpreßzüge, die in Japan täglich verkehren, und der größte Teil der über 1 500 Schnellzüge konnten nicht fahren. Ebenso lahmgelegt war der öffentliche Nahverkehr einschließlich der Buslinien und U-Bahnen in den Städten. Mit dem Streik wollten die Arbeiter und Angestellten eine Lohnerhöhung durchsetzen, die die Inflation ausgleicht. Dies Ziel sei nicht erreicht worden, meldet die hiesige bürgerliche Presse. Durchgesetzt wurden 8,8 Prozent Lohnerhöhung für die staatlichen Verkehrsbetriebe, 9,2 Prozent für die privaten. In den anderen großen Industriezweigen wurden 8,5 Prozent erreicht, ebenfalls nach Streik. Alle Abschlüsse kamen durch „Zwangsschlichtung" zustande, was soviel heißt, als daß die Arbeiter gesetzlich gezwungen werden, sich dem Schlichtungsangebot zu unterwerfen.

Verhaftung von Edgardo Enriquez, Auslandsvertreter des MIR

Im Zuge der Massenverhaftungen, mit denen das argentinische Militärregime seit dem Putsch den Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes zu ersticken versucht, wurde Edgardo Enriquez, Auslandsvertreter des chilenischen MIR (Bewegung der Revolutionären Linken), eingekerkert. Enriquez ist Mitglied der politischen Kommission der MIR und Mitbegründer der Organisation im Jahre 1965. Er ist, wie die „Vertretung des MIR in der BRD" erklärt, eine der meistgesuchten Personen in Chile. Es besteht die Gefahr, daß Enriquez von den argentinischen Militärs an das Pinochet-Regime ausgeliefert wird oder bereits ausgeliefert worden ist. Die argentinischen Militärs müssen die Verhaftung zugeben und Enriquez freilassen!

USA drohen Island

Die neue britische Regierung hat sich der Unterstützung der USA versichert bei der Erpressung Islands. Island verteidigt seine 200 Meilen Fischereizone gegen die Fischereischiffe der britischen Fischereikonzerne, die die Fischgründe rücksichtslos leerfischen und den Fischbestand vernichten. Island versucht mit Küstenwach- und Kanonenbooten die britischen Fischereischiffe am Fang zu hindern. Das Küstnwachschiff Ägir hat letzte Woche die Fangleinen eines Fischereischiffs gekappt. Daraufhin hat die britische Fregatte Naiad ein anderes isländisches Küstenwachschiff gerammt, das zuvor zwei Fischereischiffen die Fangleinen abgeschnitten hatte. Um trotz des Einsatzes der britischen Fregatten weiterhin solche Aktionen gegen die Fischereischiffe der britischen Konzerne erfolgreich durchzuführen, hat die isländische Regierung versucht, von der amerikanischen Regierung Küstenwachschiffe auszuleihen. Die US-Regierung hat das abgeschlagen.

Kissinger erklärte daraufhin dem britischen Außenminister Crosland, wenn Island bei US-Werften direkt solche Boote zu kaufen versuche, würden die USA ihre Politik gegenüber Island überprüfen. Das ist eine offene Drohung, Repressalien anzuwenden, wenn Island weiterhin festhält am Kampf gegen die Ausplünderung seiner Küstengewässer durch die britischen Fischereikonzerne. (nach Süddeutsche Zeitung, 26.4.)

Jahrestag der Befreiung Kambodschas und Vietnams

Verteidigung und Aufbau des Landes – die zwei Hauptaufgaben

Vor einem Jahr, am 30. April 1975, zerschmetterte ein Panzer das Hauptportal des Präsidentenpalastes der US-Marionetten und die Streitkräfte marschierten ein und hißten die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam. Am 1. Mai 1975 hatte nach Kambodscha auch in Vietnam das Volk die Macht im ganzen Land wiedererobert. In Laos konnte am 2. Dezember 1975 die Volksrepublik ausgerufen werden.

20 Jahre lang war Ho-Chi-Minh-Stadt, wie Saigon im November 1975 durch die Demokratische Republik Vietnam umbenannt worden war, das Zentrum der US-imperialistischen Besetzung und ihrer Marionettenclique gewesen. Nun war ihre Macht vollständig gebrochen. Generation auf Generation hatte sich, nahezu ein Jahrhundert lang, das vietnamesische Volk erhoben, um die Ausbeutung und Unterdrückung durch Kolonialismus und Imperialismus abzuschütteln. 1945 hatte es dem japanischen Faschismus die Macht entrissen. Am 2. September rief Ho Chi Minh vor 500000 Menschen in Hanoi die Unabhängigkeit und die Gründung der Demokratischen Republik Vietnam aus. Das Erbe des französischen Kolonialismus, der sich erst mit der Niederlage in der Schlacht von Dien Bien Phu am 7. Mai 1954 geschlagen gab, trat der US-Imperialismus an. Den barbarischsten Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg entfesselte er, um die Kontrolle des Imperialismus über Vietnam und Indochina zu erhalten.

„Wir müssen sie viel Blut vergießen lassen . . . solange, bis daß es ein nationales Unheil wird, dessen Auswirkungen sie noch während vieler Generationen zu ertragen haben.“ „Wir müssen den Preis des Krieges an einen solchen Punkt bringen, daß er ihnen unerträglich wird und sie vor das Problem der Vernichtung ihres Landes und seiner Zukunft gestellt werden.“ So erklärte General Westmoreland, ehemaliger US-Oberbefehlshaber in Südvietnam, die imperialistische Strategie, die auch auf Laos und Kambodscha ausgedehnt wurde, im Versuch, auch diesen Völkern Marionettenregimes des Imperialismus aufzuzwingen. Aber wer Wind sät, wird Sturm ernten. „Lieber sterben als Sklave sein“, in diesem Geist haben die drei Völker Indochinas gemeinsam auch den Versuch der USA zunichte gemacht, an Stelle der Kolonialregimes eine neokoloniale Herrschaft zu errichten. Sie haben bewiesen, daß für Sieg oder Niederlage in einem Krieg der Hauptfaktor das Volk ist und nicht die Waffen, daß ein kleines Volk einen mächtigen Gegner besiegen kann, wenn es eine gerechte Sache vertritt, sich zusammenschließt und hartnäckig einen langdauernden Volkskrieg führt.

Seither konnte auch in Laos am 2. Dezember 1975 die Volksrepublik Laos errichtet werden und ist in die Etappe des Aufbaus eines sozialistischen Landes eingetreten.

Der 1. Mai 1976 steht in Indochina im Zeichen der Festigung der Volksmacht und des Aufbaus der zerstörten Länder, in Vietnam auch des Vollzugs der Wiedervereinigung auf staatlicher Ebene als Voraussetzung für den Aufbau einer planmäßigen und unabhängigen Wirtschaft und Gesellschaft, für den Aufbau des Sozialismus im ganzen Land. Für die bürgerliche Presse ist es Anlaß, wieder Gift und Galle gegen die Befreiung Vietnams zu verspritzen und die alte Lüge von der nordvietnamesischen Eroberung des Südens aufzulegen. „Am Sonntag lassen im eroberten Südvietnam die Angreifer aus dem Norden wählen. Das Ergebnis steht, wie in jedem kommunistischen Land, vorher fest. Die Bevölkerung wird mit überwältigender Mehrheit so stimmen, wie die Machthaber es wollen“, schreibt A. Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25.4.

Tatsächlich hat die Bevölkerung fast zu hundert Prozent gewählt, hat sie doch die Macht und es geht darum, unter im nationalen Befreiungskampf bewährten Führern die besten auszuwählen für die Leitung des Aufbaus eines freien, unabhängigen und sozialistischen Vietnam im Interesse der Volksmassen. Und dieser Aufbau kann unter der revolutionären Führung bereits große Erfolge verzeichnen.

Im Norden, „den der US-Imperialismus in die Steinzeit zurückbomben wollte, wurden Hunderte Fabriken für die Elektrizitätserzeugung, Reparaturwerkstätten, metallurgische, für Konstruktionen zur Flugregulierung, Steinkohleindustrie, Konsumartikelherstellung usw. wieder in Betrieb genommen oder auf dem alten Standort repariert . . . Neue Fabriken wurden errichtet, u.a. eine Walzblechfabrik, Maschinenfabriken, Textilkombinate. In vielen Industrien konnte das Vorkriegsproduktionsniveau bereits überschritten werden. Die landwirtschaftliche Produktion, organisiert als sozialistische Großproduktion, konnte gute Ergebnisse erzielen.“ (Vietnam 1/76)



Kämpfer der revolutionären Armee vor dem Tempel von Angkor.

In Südvietnam hat der US-Imperialismus besonders große Probleme hinterlassen. Um die Abhängigkeit und Kontrolle zu verstärken, hat er Südvietnam, früher eine Reiskammer in Südostasien, in vollständige Abhängigkeit von Nahrungsmittellieferungen gebracht. Mit chemischen Kampfstoffen und Bombenteppichen trieb er die Bauern zu Millionen in die Städte und Konzentrationslager, zerstörte er große fruchtbare Landflächen teilweise für immer. So sind z.B. 43 % aller Plantagen und 44 % des Nutzwaldbestandes unreparierbar zerstört. Gleichzeitig entstand auf diese Weise ein Millionenheer an Arbeitslosen, allein in Ho-Chi-Minh-Stadt fand die Provisorische Revolutionäre Regierung drei Millionen Arbeitslose vor.

Mit Hilfe der revolutionären Macht hat die Bevölkerung auch im Süden entschlossen die Beseitigung der Kriegswunden in Angriff genommen. Millionen Bombenkrater wurden zugeschüttet, Hunderte Fabriken wieder in Betrieb genommen, Hunderttausende Hektar Land wurden neue kultiviert. Im ganzen Land wurden Kooperativen gebildet und Hunderttausende aus den Städten in ihre Heimatgebiete zurückgeführt oder auf neu kultivierbar gemachtem Land angesiedelt. Schon im vergangenen Jahr brauchte dadurch kein Reis mehr importiert zu werden und im nächsten wird mit einem geringen Exportüberschuß gerechnet.

Obwohl der US-Imperialismus und seine Handlanger vollständig geschlagen wurden, lassen sie nichts unversucht, den Aufbbau freier und unabhängiger Staaten zu sabotieren, um ihre Ausbeuterherrschaft wieder zu errichten. So hoffte der US-Imperialismus in Kambodscha eine Hungersnot in Phnom Penh auszulösen und mit ihrer Hilfe durch bewaffnete Banden erneut einen Vorwand zur militärischen Intervention finden zu können. Er hat die Mayaguez-Provokation organisiert, um erneut Kambodscha zu bombardieren und hat erst kürzlich auf eine Schule in Siem Reap Bomben abgeworfen. In Südvietnam führen bewaffnete Banden gekaufter US-Söldner nach wie vor Anschläge und Sabotageakte durch, versuchte die Kompradoren-Bourgeoisie durch Horten von Waren, Schwarzhandel und Wirtschaftssabotage Schwierigkeiten zu schaffen und sich zu bereichern. Durch die Enteignung und Bestrafung dieser Saboteure am nationalen Aufbau wird ihnen Zug um Zug das Handwerk gelegt. So legt ein Erlaß der Provisorischen Revolutionären Regierung unter anderen fest, daß das Eigentum dieser Kompradoren ganz oder teilweise beschlagnahmt wird und sie verhaftet werden, wenn sie nach der Befreiung weiterhin versuchen, den Markt zu beherrschen und mit den Konterrevolutionären zu intrigieren. Auch in Laos hat der US-Imperialismus verschiedene Putschversuche seiner Marionettenoffiziere und reaktionären Kräfte angezettelt, organisiert er von Thailand aus Überfälle und im Land selber bewaffnete Banden. Gleichermaßen erfolglos versucht der Sozialimperialismus sich in den Ländern Stützpunkte zu schaffen. Seine Werbung für sein „kollektives Sicherheitssystem“, das die Einmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates ermöglichen soll, findet keine Gegenliebe.

Gestützt auf die eigene Kraft haben die Völker Indochinas ihre Unabhängigkeit verteidigt und die Befreiung erkämpft, gestützt auf die eigene Kraft bauen sie in ihren Ländern den Sozialismus auf und leisten damit einen wichtigen Beirag im Kampf gegen den Imperialismus und Hegemoniestreben der beiden Supermächte, im Kampf für die proletarische Weltrevolution. – (h.l.)



Laos: Das ganze Volk beteiligt sich am Aufbau des Landes.



Am 15. Mai 1975 feierten in ganz Vietnam die Volksmassen den Sieg im Befreiungskampf gegen die Herrschaft des US-Imperialismus und seine Thieu-Marionette. Das Bild zeigt die Demonstration der Volksmassen in Saigon.

Spendenkonten

Kambodscha:
Nr. 43750
(H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Vietnam:
Nr. 1302450
(H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Veranstaltung der FUNK zum Jahrestag der vollständigen Befreiung Kambodschas

Am 24. April 1976 fand in Paris aus Anlaß des Jahrestags der vollständigen und endgültigen Befreiung Kambodschas am 17. April 1975 eine revolutionäre Festveranstaltung des Komitees der Nationalen Einheitsfront Kambodschas FUNK in Frankreich statt. Etwa 1000 Teilnehmer kamen zur Veranstaltung, darunter Regierungsvertreter vor allem aus Ländern der Dritten Welt. Der KBW nahm mit einer Delegation des ZK an der Veranstaltung teil In einer Einführungsrede verurteilte der Präsident des FUNK-Komitees in Frankreich die US-Aggression, stellte ihre Entwicklung und den heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes dar. Er betonte: „In diesem langen, schwierigen, komplexen und windungsreichen Kampf haben unser Volk und seine Streitkräfte, erzogen durch die Revolutionäre Organisation Kambodschas besonders reiche und kostbare Erfahrungen gesammelt, um die schweren und riesigen Aufgaben nach dem Krieg anzupakken. Unser Volk ist überzeugt: Wenn es die richtige Linie verfolgt, die Linie von Unabhängigkeit und Solidarität, Herr seines eigenen Schicksals zu sein und es wagen, alle Schwierigkeiten zu ertragen und alle Opfer für Volk und Nation auf sich zu nehmen; wenn es mit einer breiten und festen Einheit entschlossen den Kampf führt, mit Gewißheit und ohne Geist des Kompromisses, wird es den Sieg über den Feind erringen, wie groß und wie mächtig er auch ist.“

Große Begeisterung bei den Teilnehmern lösten auch die anschließenden revolutionären Stücke und Lieder aus, in denen der heldenhafte nationale Befreiungskampf, der Aufbau und die Verteidigung des Unabhängigen Demokratischen Kambodscha dargestellt wurden.



Das palästinensische Volk im Westjordan kämpft gegen die zionistischen Besatzer. Das Bild zeigt, wie israelische Armee und Polizeikräfte in Ostjerusalem mit brutalstem Terror eine Demonstration von Palästinensern niederzuschlagen versuchen.

Arbeiterklasse und Zionismus

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat erklärt, daß die deutschen Gewerkschaften auch in Zukunft sich für das Lebensrecht des Staates Israel einsetzen werden. „Wenn es sich um das Lebensrecht des jüdischen Staates handelt, der seit seiner Gründung vor 18 Jahren unter ständiger Bedrohung leben muß, dann kann es keine Neutralität geben."

Es kann keine Neutralität geben, das ist vollständig richtig. Nur steht die Frage nicht so, wie sie Vetter stellt. Die Frage ist: Soll die Arbeiterklasse die imperialistische und zionistische Unterdrückung des palästinensischen Volkes unterstützen oder soll sie den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen Imperialismus und Zionismus unterstützen?

Unter ständiger Bedrohung steht der Staat Israel nicht, weil er jüdisch ist. Der Kampf des palästinensischen Volkes richtet sich gegen den Kolonial- und Besatzerstaat Israel. Dieser Staat wurde den Völkern der arabischen Nation in ihr Land gepflanzt und aufgezwungen. Geburtshelfer waren die Imperialisten, Mittel, die gewaltsame Landnahme gegen die palästinensischen Arbeiter und Bauern.

Lebensgrundlage dieses Staates ist die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Lebenszweck ist, den Imperialisten Stützpunkt und Degen bei der Beherrschung fremder Völker, im Kampf um Rohstoffe und die Sicherung der Verkehrswege für ihre Warenströme zu sein.

Beruht Israel schon auf der Vertreibung des palästinensischen Volkes, so ist es seit seiner Gründung eine beständige Bedrohung für alle arabischen Völker und Staaten. In drei Kriegen hat dieser Staat nach Expansion und Annexion getrachtet, im vierten seinen Raub verteidigt. Dieser Staat hat kein Lebensrecht. Er hat es nie gehabt.

Um seine Existenz zu rechtfertigen, hat er sich die entsprechende rassistische Ideologie gebildet. Der Zionismus behauptet die Rückständigkeit und Minderwertigkeit der arabischen Massen.

Der DGB-Vorsitzende will die westdeutschen Arbeiterorganisationen auf die Unterstützung imperialistischer Expansion und zionistischer Besatzung verpflichten. Er will in die Gewerkschaftsorganisation das Gift der rassistischen Ideologie einflößen.

Die Arbeiterklasse hingegen ist ein Feind imperialistischer Unterdrückung und bekämpft rassistische Ideologien. Das weiß Vetter. Das Kunststück, diese Feindschaft und die Unterstützung des Zionistenstaates miteinander zu vereinbaren, will er dadurch lösen, daß er den Zionistenstaat jüdisch nennt. Damit will er an die mannigfache Verfolgung der Juden in der Geschichte erinnern.

Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes richtet sich nicht gegen die Juden. Er richtet sich gegen die Besatzermacht Israel. Sein Ziel ist deren Zerschlagung und die Errichtung eines demokratischen Palästina, in dem Juden und Araber gleichberechtigt leben. In Israel selber gibt es jüdische Arbeiter, die von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Sie können unter diesem Ziel die Bundesgenossen im Kampf des palästinensischen Volkes werden.

Vetters Losung ist: Zusammenschluß der Arbeiter mit den Imperialisten und Zionisten, Verrat am Kampf der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus. Demgegenüber kämpft die Arbeiterklasse unter der Losung: Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch, besiegt den Imperialismus! – (hjh)

Piratenakt von Söldnern des US-Imperialismus gegen Cuba

Mehrfach in den letzten Wochen haben Ford und Kissinger Militäraktionen des US-Imperialismus gegen Cuba angedroht. Bei einem Einsatz cubanischer Soldaten in einem anderen Land kündigte Ford eine „entschlossene Reaktion" der USA an, „die bis zum Ende durchgeführt werden würde". „Seine Regierung verfüge über diplomatische, wirtschaftliche und militärische Optionen." Die USA würden nicht auf ihre „militärischen Optionen verzichten". (Süddeutsche Zeitung, 21.4.) Unter „Option" verstehen die Imperialisten ihre Pläne und Aktionen, die sie vorbereitet haben für die Aggression gegen Cuba. Ein solcher Akt der direkten Vorbereitung der militärischen Aggression gegen Cuba war der Überfall auf zwei cubanische Fischerboote in den internationalen Gewässern zwischen den USA und Cuba. Bei diesem Piratenakt, der von amerikanischem Territorium aus mit einem Schnellboot durchgeführt wurde, wurde ein cubanischer Fischer ermordet, mehrere verletzt und die zwei Boote versenkt. Für den Piratenakt verantwortlich erklärten sich sogenannte Exilcubaner. Das sind staatenlose Personen, die sich als Söldner dem US-Imperialismus verkauft haben und für solche Akte der Aggression gegen Cuba ausgebildet und ausgehalten werden. Die cubanische Regierung, die eine Protestnote an die US-Regierung richtete, erklärte zu dem Überfall auf die Boote unter anderem:

„Es handelt sich hier um eine der verabscheuungswürdigsten Taten, die von den Söldner- und Seeräubergruppen gegen unsere Fischer begangen worden sind, wobei die nordamerikanischen Behörden offensichtlich Mitschuld tragen." (...) „Die cubanische Revolutionsregierung kann nicht umhin, diese Vorfälle mit der Atmosphäre in Verbindung zu sehen, die durch die Angriffe und Drohungen in jüngster Zeit von seiten der höchsten Stellen der US-Regierung zustande gekommen ist. Zweifellos sind die Urheber dieser Taten von jener Atmosphäre beeinflußt worden und handeln in der Überzeugung, daß eine Wende eingetreten sei zurück zu der Zeit, da ihre verbrecherischen Anschläge mit Duldung und sogar in Mitschuld der nordamerikanischen Behörden ergingen."

Timor-Ost: Die indonesischen Aggressoren setzen Daten

Bis August will die indonesische Regierung sich die Demokratische Republik Timor-Ost vollständig einverleibt haben. Bis dahin wollen die indonesischen Aggressionstruppen Suhartos, der Marionette der US-Imperialisten, den Befreiungskampf des Volkes von Timor-Ost unter der Führung der Befreiungsfront FRETILIN erledigt haben. Die Seeblockade um Timor-Ost wurde verschärft: Der indonesische Generalstab drohte, jedes Schiff zu versenken, das sich Timor-Ost zu nähern versuche. Das ist die indonesische Antwort auf die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 22.4., in der dieser den Abzug aller indonesischen Truppen aus Timor-Ost verlangt und das Recht des Volkes von Timor-Ost auf Selbstbestimmung bekräftigt. Die Vermittlungsaktion des UNO-Generalsekretärs soll wieder aufgenommen werden. Um nicht vor den Völkern der Welt als Drahtzieher der indonesischen Aggression gegen das Volk von Timor-Ost bloßgestellt zu werden, hat der Vertreter des US-Imperialismus im Sicherheitsrat auf das Veto verzichtet und sich der Stimme enthalten. (nach Le Monde, 24. und 25.4.)

Kampfesgrüße der FPOLISARIO

Solidaritätsveranstaltungen mit dem für Befreiung und Unabhängigkeit kämpfenden Volk der Westsahara wurden – zum Teil mit einem Vertreter der FPOLISARIO, der Befreiungsfront des Volkes der Westsahara – von den Orts- und Sympathisantengruppen durchgeführt. Die dabei gespendeten 18 000 DM wurden einem Vertreter der FPOLISARIO in Paris übergeben. Das Komitee für Auswärtige Beziehungen der Befreiungsfront schreibt an den KBW:

„Liebe Freunde,

Unsere Kampfesgrüße und den Dank des kämpfenden saharauischen Volks für alle eure Anstrengungen zur Unterstützung seiner gerechten Sache. Die FPOLISARIO wird alles daran setzen, euch regelmäßig über seinen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit gegen die reaktionären und imperialistischen Kräfte zu informieren. Wir bitten euch, unsere freundschaftlichen Kampfesgrüße allen Mitgliedern eurer Partei, allen Freunden unseres Volkes und auch dem Volk in der BRD zu übermitteln, das immer auf der Seite der gerechten Sache und der unterdrückten Völker gestanden hat.

Komitee für die Auswärtigen Beziehungen"

Gemeldet wurde, daß die Befreiungskämpfer der FPOLISARIO in der vergangenen Woche mehrere Ziele in Mauretanien angegriffen haben. Dabei wurde die Bahnlinie zwischen den Eisenerzgruben bei Zonereite und dem Eigenexporthafen Nonadhibon zerstört und der Transport des Erzes unterbrochen. Am 15. April haben sie Einheiten der mauretanischen Armee angegriffen bei Bir Moghrein. Dabei sind nach einem Bericht der Befreiungsfront im Anschluß an die Kämpfe 20 Soldaten in der mauretanischen Armee verhaftet worden, was auf Meuterei unter den Soldaten zurückzuführen ist. Marokkanische Einheiten haben im Süden der Phosphatlager von Bou Craa ein Flüchtlingslager der FPOLISARIO überfallen und zahlreiche Personen ermordet. (nach Le Monde, 23.4.)

Fortsetzung von S. 3: Kissinger in Afrika

die Zeitschrift „Africa" (Nr. 50, Oktober 1975) aufgrund der Untersuchung der CIA-Tätigkeit durch einen amerikanischen Kongreßausschuß im vergangenen Jahr.

Die Erpressung Sambias

Ähnlich wie in Zaire geht es auch in Sambia um die weitere Ausplünderung der Rohstoffe des Landes. Wie die US-Monopole aufgrund ihrer beherrschenden Stellung die afrikanischen Regierungen erpressen und sich gefügig machen, zeigt besonders das Beispiel Sambia.

Sambia ist ganz wie Zaire völlig abhängig von seinem Kupferexport und von Nahrungsmittelimporten. Sambia ist zudem ein Binnenland und besitzt keinen eigenen Hafen. Den Kupferabbau kontrollieren die Anglo-American Corporation und die Banken, die hinter dieser Monopolgesellschaft stehen, die Standard und die Barclays Bank. Obwohl die sambische Regierung 1974 51 Prozent der Aktien der Kupferabbaugesellschaft übernommen hat, steht sie damit noch wie vor vollständig unter dem Diktat des amerikanischen und südafrikanischen Finanzkapitals, das die Banken und auch die Anglo-American Corporation beherrscht, dessen Vorsitzender der südafrikanische Milliardär Harry Oppenheimer ist. Die Abhängigkeit ist damit eine dreifache: Durch die Transportwege, durch das technische Personal und durch den Verkauf, denn dort hat die sambische Regierung nichts zu sagen. Hauptерpressungsmittel ist bisher die Frage des Transports gewesen: Die Transportwege gehen durch Rhodesien, wo sie von dem rhodesischen Siedlerregime beherrscht werden, oder durch Angola oder Mozambique. Bis 1974 wurden sie in diesen Ländern durch den portugiesischen Kolonialismus beherrscht.

Das rhodesische Siedlerregime und der portugiesische Kolonialismus haben dadurch mehrfach die sambische Regierung erpreßt, keine Unterstützung den Befreiungsbewegungen zu gewähren. 1972 sperrte das rhodesische Siedlerregime die Grenze gegenüber Sambia. Damals gingen über 60 Prozent des sambischen Exports und des Nahrungsmittelimports über diese Grenzen. Das Kupfer blieb liegen, und eine Hungersnot drohte. Zur gleichen Zeit setzte Oppenheimer, der Chef der Anglo-American Corporation, Verhandlungen zwischen dem sambischen Staatschef Kaunda und dem rassistischen Vorster-Regime in Südafrika durch, obwohl die afrikanischen Staaten gegen solche Verhandlungen mit dem Siedlerregime waren. Nach der Befreiung der portugiesischen Kolonien und nachdem die Eisenbahnlinie, die die sambischen Kupfergebiete mit der tansanischen Hauptstadt Daressalam verbindet, die Tansam-Bahn, mit Hilfe der Volksrepublik China fertiggestellt war, ist den Imperialisten dieses wichtigste Mittel der Erpressung Sambias aus der Hand geschlagen. In Angola wird die Benguela-Eisenbahnlinie, die Sambia mit dem Atlantik verbindet, wiederhergestellt, und in Mozambique wurde mit dem Bau einer direkten Verbindung zwischen Sambia und dem Indischen Ozean begonnen.

Verstärkte Ausplünderung Afrikas durch das internationale Finanzkapital

Ziel der Erpressungspolitik ist, die nationalen Regierungen dem Diktat des internationalen Finanzkapitals zu unterwerfen. Der frühere US-Präsident Nixon hat 1957, als er Vizepräsident in der Eisenhower-Regierung war, nach Abschluß einer Reise durch Afrika erklärt:

„Die zukünftigen Interessen Amerikas in Afrika sind so groß, daß wir nicht zögern dürfen, uns am Rausschmiß der alten Kolonialmächte aus Afrika zu beteiligen. Wenn wir da tun, können wir uns die Meinung der Wilden verschaffen, die Zukunft Amerikas in Afrika wird gesichert sein." (Le Monde Diplomatique, Januar 1975) 1974 hat sich ein Kissinger-Berater für Afrika in seiner Eigenschaft als Präsident des vom CIA finanzierten Afrika-Amerikanischen Instituts über die wirtschaftlichen Beziehungen ausgelassen: „Unsere Handelsbeziehungen mit diesem Kontinent bringen uns schöne Gewinne. Im Verlauf des ersten Halbjahres 1974 sind im Vergleich mit demselben Zeitraum 1973 die amerikanischen Exporte nach Afrika um 55 Prozent gestiegen." Im Verlauf des Jahres 1974 würden die amerikanischen Gesellschaften aufgrund ihrer Beteiligungen und Investitionen wahrscheinlich Gewinne in Milliardenhöhe machen. (Le Monde Diplomatique, Dezember 1975)

Dabei verteilen sich die Investitionen des amerikanischen Finanzkapitals auf die Erdölwirtschaft: 2,2 Milliarden Dollar; den Bergbau: 555 Millionen Dollar; die verarbeitende Industrie: 701 Millionen und die Landwirtschaft mit 539 Millionen Dollar. (Zahlen Ende 1973, aus: Statistisches Jahrbuch der BRD, Seite 699)

Nach Rundfunkberichten hat das amerikanische Finanzkapital hauptsächlich in Südafrika in den letzten beiden Jahren investiert. Betrug der Anteil der Investitionen in Südafrika bis 1973 noch ein Viertel aller US-Investitionen in Afrika, so beträgt er heute 50 Prozent.

Die USA als Waffenhändler

Um die Abhängigkeit der afrikanischen Nationen zu verstärken, setzt der US-Imperialismus Kredite ein und vor allem Waffen. Kissinger ist besonders als Waffenhändler nach Afrika gekommen. Der US-Imperialismus möchte auf dem afrikanischen Kontinent seinem Rivalen im Kampf um die Hegemonie den Platz als wichtigster Waffenhändler streitig machen. In der Zeit von 1964 bis 1973 kamen 26 Prozent aller Waffen aus der Sowjetunion und 24 Prozent aus den USA. Zusammen mit den Waffenverkäufen geht es dem US-Imperialismus darum, auch die Offiziere und Unteroffiziere auszubilden. Auch über Ausbildungsprogramme wird verhandelt. (Le Monde Diplomatique, Januar 1976)

Die Kissinger-Reise ist der Auftakt zur verstärkten Einmischung im südlichen Afrika, um die neokolonialen Interessen des US-Imperialismus zu verteidigen. Sie ist Ankündigung der weiteren Verschärfung des Ringens der beiden Supermächte um die Hegemonie über diesen Kontinent.

Um die schrankenlose Ausplünderung der Rohstoffe geht es wirtschaftlich. Wenn politisch Kissinger für „eine afrikanische Mehrheitsregierung" eintritt auch für Zimbabwe und Namibia und Südafrika, werden sich die afrikanischen Völker und Nationen nicht täuschen lassen, denn jeder Imperialist führt heute die Unabhängigkeit Afrikas auf den Lippen. Diese Erfahrung haben die afrikanischen Völker gerade deutlich mit der anderen imperialistischen Supermacht gemacht. – (g.j.)

Aufruf des KBW zur Bundestagswahl

Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Am 3. Oktober sind Bundestagswahlen. Die bürgerlichen Parteien führen den Wahlkampf gegeneinander. Jede der bürgerlichen Parteien will in die Regierung. Alle bürgerlichen Parteien führen den Wahlkampf gegen die Arbeiterklasse und gegen die Volksmassen. Sie wollen die herrschende Ausbeuterordnung verteidigen. Dazu hat die Bourgeoisie den bürgerlichen Staatsapparat geschaffen und die verschiedenen bürgerlichen Parteien aufgebaut. Die Wahlen sollen über diesen Zweck hinwegtäuschen. Durch sie soll der herrschenden Ausbeuterordnung und dem staatlichen Unterdrückungsapparat ein demokratischer Anstrich gegeben werden. „Daß Ausbeutung und Unterdrückung herrscht, ist der Wille des Volkes." Um einen solchen Widersinn behaupten zu können, sind der Kapitalistenklasse Wahlen und Parlamente dienlich. Mit dem Stimmzettel sollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen ihre selbständigen Interessen und das Recht auf Revolution in die Urne werfen.



Streik bei Mailänder in Ludwigsburg gegen Lohnraub. Die Unterstützung bei solchen Aktionen ist groß.

Die Revolution aber ist notwendig, weil die bestehenden Verhältnisse und die herrschende Ordnung den Interessen der Kapitalistenklasse dienen. Die Interessen der Kapitalistenklasse aber sind den Interessen der Arbeiterklasse vollständig entgegengesetzt.

Wie sehen die Interessen der Kapitalistenklasse aus?

Die Interessen der Kapitalistenklasse lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: Höchstprofite und nochmal Höchstprofite, das sind die Interessen der Kapitalistenklasse und jedes einzelnen Kapitalisten. Nach dem Höchstprofit streben die Kapitalisten, wenn sie Arbeiter entlassen,
um den Rest der Belegschaft durch Verschärfung
ben die Kapitalisten, wenn sie Arbeiter entlassen,
um den Rest der Belegschaft durch Verschärfung des Akkords, durch Verlängerung des Arbeitstages und die gehässigsten Methoden der Schweißauspressung noch schärfer auszubeuten. 15 000 Arbeiter und Angestellte hat der VW-Konzern letztes Jahr entlassen. Im ersten Viertel des Jahres 1976 hat er die Produktion um vierzig Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr von 1975 gesteigert. Die verschärfte Arbeitsqual der Belegschaft hat der VW-Konzern versilbert. Aus den Knochen der VW-Arbeiter hat er die Kraft gezogen, um jetzt in den USA ein Montagewerk aufzubauen. Die Folge werden neue Entlassungen sein und weitere Verschärfung der Ausbeutung.

Nach dem Höchstprofit streben die Kapitalisten auch, wenn sie Einstellungen vornehmen und neue Arbeitermassen unter ihr Kommando zwingen. In der Krise wie im Aufschwung kommt für die Kapitalisten die Produktion nur als Produktion von Profiten in Betracht. Gerade das ist die Ursache der krisenhaften Entwicklung. Aus der Ausbeutung erwächst die Unsicherheit der Existenz des Proletariers.

Nach dem Höchstprofit streben die Kapitalisten, wenn sie durch die Verschärfung der Ausbeutung ihre internationalen Konkurrenzbedingungen verbessern und zur Exportoffensive blasen. In den Handelskriegen der Kapitalisten haben die Arbeiter nichts zu gewinnen. Lohndrückerei ist die entscheidende Waffe in diesem Konkurrenzkampf der Kapitalisten.

Nichts anderes als den Höchstprofit streben sie an, wenn sie die in Westdeutschland aus der Arbeiterklasse herausgepreßten Profite verstärkt in fremde Länder exportieren, um sie dort als Kapital anzulegen und die dortigen Arbeitermassen ihrer Ausbeutung und ihrem Kommando zu unterwerfen. Dem Kapitalexport folgt der Export der Unterdrückung auf dem Fuß, vor allem die Unterdrückung der Dritten Welt.

Das Streben nach Höchstprofit hat die Industrie- und Bankmonopole hervorgebracht, die in der Epoche des Imperialismus die Gesellschaft ihrer Herrschaft unterworfen haben und das eigene Land als Basis für Eroberungszüge in die Welt nutzen.

Expansion ist ein Lebenselement des Finanzkapitals. Es braucht Märkte in fremden Ländern. Es verzehrt sich in Gier nach Rohstoffen und strebt ständig nach Möglichkeiten, neues Kapital anzulegen.

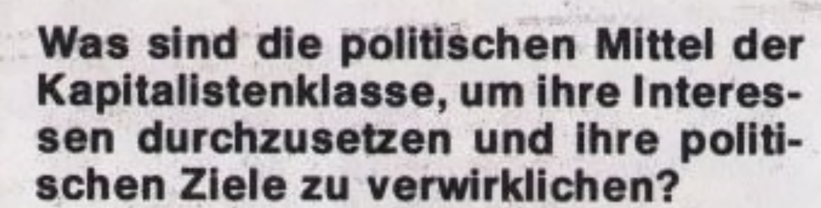
Erbitterte Konkurrenz und schonungslose Rivalität treiben die imperialistischen Mächte gegeneinander und machen imperialistische Kriege ganz unvermeidlich.

Ausbeutung der Arbeiterklasse, Ausplünderung und Unterdrückung fremder Völker und wachsende Kriegsgefahr, das bedeuten die Interessen der Kapitalistenklasse, und diese Interessen versuchen die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf verstärkt als allgemeines Interesse an den Mann zu bringen. Für diesen Riesenbetrug treiben sie ihren Aufwand. Diese Interessen wollen sie durch die Wahlen zum Volkswillen erklären lassen.

Welche politischen Ziele verfolgt die westdeutsche Kapitalistenklasse?

Zweimal ist der deutsche Imperialismus zum direkten Kampf um die Eroberung der Weltherrschaft angetreten. Beide Male wurde er niedergeschlagen, beide Male hat er sich erholt. Heute sieht sich der BRD-Imperialismus zwei mächtigen Konkurrenten gegenüber, mit denen er den Kampf um die Weltherrschaft nicht direkt aufnehmen kann. Die Hauptausbeuter und Unterdrücker in der heutigen Welt sind die beiden Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus. Mit keiner der beiden Supermächte kann es der BRD-Imperialismus aufnehmen. Deshalb lehnt sich der BRD-Imperialismus an den US-Imperialismus an. Die USA sind die Oberherrn der NATO und haben in Westdeutschland einen großen Teil ihrer Truppen stationiert. Gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus und dessen überlegener militärischer Macht versucht der BRD-Imperialismus
rischer Macht versucht der BRD-Imperialismus
Zeit zu gewinnen. Im Rahmen des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte betreibt er seinen eigenen Entspannungsschwindel. Einstweilen versucht er sich in der Europäischen Gemeinschaft zum Oberherrn aufzuschwingen, um so gegenüber den beiden Supermächten eine selbständige Position zu erringen und seine Basis zu vergrößern, um „Weltpolitik" zu machen. Dies steckt dahinter, wenn die Bundesregierung sich immer offener in die Angelegenheiten der anderen europäischen Länder einmischt, Italien Vorschriften macht, die dem westdeutschen Finanzkapital passen, gegenüber Großbritannien Ratschläge erteilt, wie die Gewerkschaften niederzuhalten sind. Dies steckt dahinter, wenn sich die beiden großen bürgerlichen Parteien ganz offen in Portugal und Spanien einmischen. Grundlage für dieses Auftreten des BRD-Imperialismus in Europa ist seine relative ökonomische Stärke, die er aus der hochentwickelten Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse zieht.

Die Vorherrschaft in Europa zu erringen, um auf der Weltbühne auftrumpfen zu können, ist das Ziel des westdeutschen Finanzkapitals. Es richtet sich gegen die Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse, die Interessen der europäischen Völker und gegen die Interessen der Völker der Welt. Im Wahlkampf soll dieses Ziel an den Mann gebracht werden. Großer Aufwand an Lügen ist dazu unerläßlich.



Was sind die politischen Mittel der Kapitalistenklasse, um ihre Interessen durchzusetzen und ihre politischen Ziele zu verwirklichen?

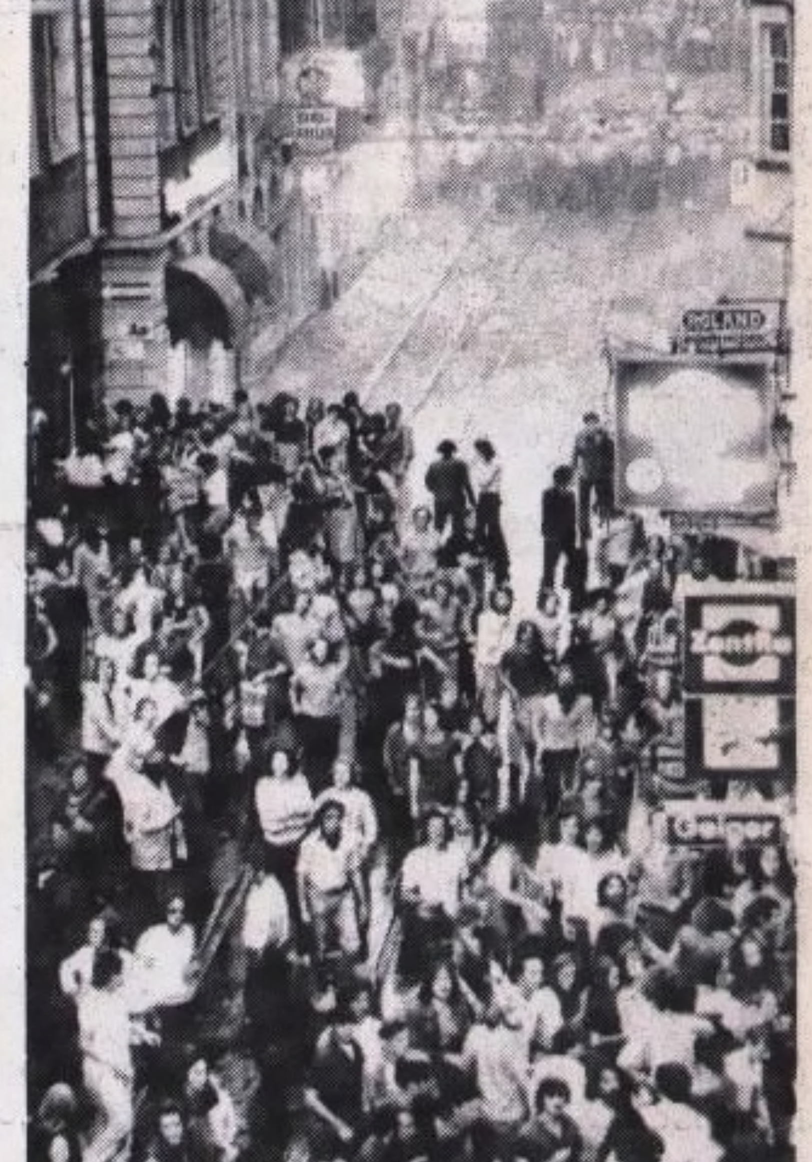
Wo Ausbeutung betrieben wird, muß Unterdrückung der Ausgebeuteten herrschen, muß der staatliche Unterdrückerapparat ständig ausgebaut werden. Wo Expansion betrieben wird, muß der staatliche Gewaltapparat auf die Aggression nach außen vorbereitet werden. Wo ein riesiger Gewaltapparat für die innere Unterdrückung und die Expansion nach außen aufrechterhalten und ausgebaut wird, muß das Volk durch Steuern schonungslos ausgepreßt werden, um diesen Apparat zu bezahlen. Reaktion und Militarismus sind die politischen Mittel der Kapitalistenklasse. Für die gesellschaftlichen Kosten von Reaktion und Militarismus muß die Arbeiterklasse und das Volk aufkommen. Der Finanzbourgeoisie dienen sie als weitere Quelle der Bereicherung. Überprüft man die Gesetze, die Bundesregierung und Bundestag allein in der letzten Zeit verabschiedet haben, dann kann man das erkennen.

Der Bundesgrenzschutz ist per Gesetz zur Bürgerkriegsführung ermächtigt worden, zur Besetzung von Fabriken und zur Niederschlagung von Massendemonstrationen. Bereits durch das Notstandsgesetz ist die Bundeswehr zur Einsatzreserve bei der Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie erklärt worden. Das wird von der Bundeswehr geübt. Da die Bundeswehrsoldaten, insbesondere die Wehrpflichtigen, damit nicht einverstanden sein können, wird die Wehrdisziplinarordnung verschärft und werden Disziplinarstrafen haufenweise verhängt. Fregatten werden beschafft. um der Politik der Finanzbourgeoisie nach außen Nachdruck zu verschaffen.

Durch Strafrechtsänderungsgesetze hat der Bundestag bereits die Erörterung von Massenaktionen gegen den bürgerlichen Staat unter Strafe stellen lassen und damit die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit vollends eingeschränkt. Dazu mußte er noch nicht einmal die Verfassung ändern, denn das entspricht ihrem reaktionären Geist.

Den ausländischen Arbeitern hat der bürgerliche Staat jede Freizügigkeit geraubt und sie weiter in Sklavenzustand versetzt. Zahlreiche Städte sind den ausländischen Arbeitern inzwischen verschlossen.

Kein Tag vergeht, wo nicht politische Entlassungen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ausgesprochen werden. Politische Strafverfahren sind an der Tagesordnung, und um sie zügig durchzuführen, sind die Rechte auf Verteidigung drastisch per Gesetz eingeschränkt worden. Während die Rationalisierung in den öffentlichen Diensten verschärft wird, Post und Eisenbahn das Personal einschränken, wird die Polizei laufend aufgestockt. Durch neues Polizeigesetz, das die Länder vorbereiten, erhält die Polizei das Recht, nach eigenem freiem Ermessen Menschen totzuschießen. Das wird schon praktiziert. Wer das öffentlich enthüllt, kann sich auf Strafverfolgung gefaßt machen. Die Polizei wird berechtigt, in jede Wohnung einzudringen und ganze Stadtviertel zu durchsuchen.



Heidelberg. Im Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen kämpften Tausende gegen die Polizei.

Der wachsende Unterdrückungsapparat bedeutet wachsende Kosten. Die Finanzbourgeoisie gibt dafür Kredite. Daraus zieht sie Zins und Zinseszins. Die Zinsen werden dem Volk abgepreßt. Die Steuerreform, von allen Parteien im Parlament gemeinsam verabschiedet, hatte diesen Zweck. Bereits 1976 ist die Lohnsteuerquote höher als jemals. Von jeder Mark Lohnerhöhung bleiben heute den Lohnabhängigen durchschnittlich 40 Pfennig. Die Mehrwertsteuer wie alle indirekten Steuern, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Salzsteuer und was alles, steigen automatisch mit der Inflation. Eine Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer ist bereits verabschiedet, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist geplant.

Bei alledem handelt es sich um die Finanzierung der Unterdrückung der Volksmassen durch die Ausplünderung der Volksmassen und einen gewaltigen staatlichen Raubzug gegen die Löhne, um die Profite der Kapitalisten aufzustocken. Dabei werden die Kassen der Lohnabhängigen, Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Rentenversicherung, geplündert. Die Steuern auf Kapital, wie die Körperschaftssteuer, gesenkt.
Die Kapitalisten werden mit Aufträgen, Subven-
Die Kapitalisten werden mit Aufträgen, Subventionen und Zinsen gefüttert.

Einen gewaltigen Tribut müssen die Volksmassen zahlen für die Tatsache, daß sie das Joch der Finanzbourgeoisie noch nicht abschütteln und den bürgerlichen Staatsapparat noch nicht zerschlagen konnten.

Die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen

An Ausbeutung und Unterdrückung haben die Ausbeuter und Unterdrücker ein Interesse, nicht aber die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten haben ein Interesse an Sozialismus und Revolution. Dieses Interesse mit Millionen Lügen zu verschütten ist der Zweck der Wahlkampfführung der bürgerlichen Parteien. Diese Lügen zu entlarven, die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse bewußt zu machen, dem Programm der Bourgeoisie und ihrer Parteien das Programm des Proletariats entgegenzusetzen, das ist der Zweck der Wahlkampfführung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW): Die Fäulnis und die Verbrechen der bürgerlichen, imperialistischen Gesellschaft haben ihren Kern in der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Diese Ausbeutung beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Programm der Kommunisten läßt sich deshalb folgendermaßen zusammenfassen: Beseitigung des Privateigentums! Aufhebung des Lohnsystems! Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus.

Noch niemals hat eine herrschende Ausbeuterklasse ihre Herrschaft freiwillig aufgegeben. Erst recht wird die imperialistische Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht freiwillig aufgeben. Sie hat den aus den früheren Ausbeuterordnungen geerbten staatlichen Unterdrückungsapparat ununterbrochen ausgebaut. Er ist eine Festung zur Verteidigung des Privateigentums. Diese Festung muß gewaltsam niedergerissen werden, wenn sich das Proletariat von der Ausbeutung befreien will. Sich von der Ausbeutung zu befreien, dazu ist die Arbeiterklasse ausgezeichnet in der Lage. Sie produziert den Reichtum der Gesellschaft. Die Kapitalisten eignen sich diesen Reichtum an, weil sie die Produktionsmittel besitzen. Aber ange-

(Fortsetzung S. 16)

Wandzeitungen in einer chinesischen Fabrik, ein Mittel, mit dem die Arbeiter an der demokratischen Verwaltung des Arbeiters teilnehmen

Aufruf des KBW zur Bundestagswahl (Fortsetzung)

Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe die proletarische Weltrevolution!

wandt werden die Produktionsmittel von den Arbeitern. Also können die Arbeiter auch die Produktion beherrschen, wenn sie die Herrschaft der kapitalistischen Schmarotzer beseitigt haben. Deshalb kann die Arbeiterklasse die Volksmassen für ihre Ziele gewinnen. Die Kapitalistenklasse dagegen unterdrückt die Volksmassen, um die Arbeiterklasse daran zu hindern.

Ihre Fähigkeit zur Revolution hat die Arbeiterklasse bereits mehrfach bewiesen, nachdem sie mit der Großen Oktoberrevolution die Epoche der sozialen Revolution des Proletariats eingeleitet hat. Sie hat diese Fähigkeit in der chinesischen Revolution bewiesen. Die Geschichte zeigt, daß die Arbeiterklasse den Sozialismus aufbauen kann. Die Geschichte zeigt aber auch, daß die Arbeiterklasse während der ganzen Übergangsperiode zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten und festigen muß. Unvermeidlich wird sonst die Bourgeoisie von Versuchen der Restauration des Kapitalismus zur Restauration des Kapitalismus fortschreiten. In der Sowjetunion ist ihr das mit Hilfe von Machthabern vom Schlage Chruschtschows und Breschnews gelungen. In der Volksrepublik China hat die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei und gestützt auf die Volksmassen alle Restaurationsversuche der in- und ausländischen Bourgeoisie niedergeschlagen. Beide Beispiele enthalten für das internationale Proletariat wertvolle Lehren. Einer der Zwecke des Wahlkampfs der bürgerlichen Parteien, vor allem der DKP, ist es, diese Lehren zu unterdrücken und ihre Anwendung durch die westdeutsche Arbeiterklasse zu verhindern.

Wie bereitet sich die Arbeiterklasse auf die Revolution vor?

Sie bereitet sich auf die Revolution vor im Kampf gegen die herrschende Ausbeuterordnung und die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe darin, in diesen Kämpfen das notwendige Endziel, den Kommunismus, bewußt zu machen und durch unser Beispiel zum Erfolg der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen führend beizutragen. Heute ist es notwendig, auf dem Weg zur proletarischen Revolution einen unerbittlichen Kampf gegen Reaktion und Imperialismus zu führen, und dieser Kampf hat bereits zu ersten großen Zusammenstößen zwischen den Volksmassen und dem bürgerlichen Staat geführt. Worauf muß sich dieser Kampf heute konzentrieren?

Heute wächst die Kriegsgefahr, und sie geht vor allem von dea beiden Supermächten aus. Der BRD-Imperialismus nimmt jedoch entschlossen an diesen imperialistischen Kriegsvorbereitungen teil.

Die Völker der Welt beginnen sich gegen Kolonialismus, Imperialismus und gegen das Hegemoniestreben der Supermächte zusammenzuschließen und die vom Imperialismus und insbesondere den beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr zu bekämpfen. Das Volk in Westdeutschland beteiligt sich bereits an diesem Kampf der Völker der Welt. Forderungen in diesem Kampf sind:

Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland, Auflösung aller fremden Militärstützpunkte in Westdeutschland, Westdeutschland raus aus der NATO!

Das ist die Anwendung der allgemeinen Forderungen der Völker der Welt im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus auf die konkrete Situation in Westdeutschland.

All diese Kämpfe sind Bestandteil des Klassenkampfes in Westdeutschland, Bestandteil des Kampfes um Demokratie. Der Kampf um Demokratie kann nicht um die Verwirklichung der Verfassung geführt werden, wie die Reformisten und Revisionisten behaupten. In der Verfassung der BRD ist die Demokratie an das Privateigentum der Kapitalisten gebunden und ihm unterworfen. Alle demokratischen Rechte sind beschnitten und werden entsprechend der Verfassung durch Hunderte von Strafgesetzen eingeschränkt. Die bürgerliche Klasse ordnet die Demokratie ihrer Ausbeuterordnung unter. Die Arbeiterklasse entfaltet den Kampf um Demokratie, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Ausbeuterordnung zu beseitigen. Sie ordnet die Demokratie dem Sozialismus unter. Gerade deshalb ist es notwendig, die Forderungen nach demokratischen Rechten revolutionär und uneingeschränkt aufzustellen und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. Nicht wie Reformisten und Revisionisten fordern: Demokratisierung der Bundeswehr, sondern **Volksmiliz, allgemeine Volksbewaffnung, Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere**.

Nicht „integrierte Gesamtschule" unter der Fuchtel des Oberschulamts, wo die Jugendlichen der Arbeiterklasse ausgesiebt und unterdrückt werden, sondern **polytechnische Erziehung, Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes**.

Nicht Fristenlösung, sondern **ersatzlose Streichung des § 218.**

Uneingeschränkte Organisations-, Presse-, Streik- und Demonstrationsfreiheit.

Nicht irgendwelche verlogenen „Ausländerparlamente", sondern **völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten!**

Nicht an einer Beschönigung der Unterdrükkung durch den bürgerlichen Staat hat die Arbeiterklasse und haben die Volksmassen ein Interesse, sondern an uneingeschränkten Kampfrechten gegenüber der herrschenden Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat. Genausowenig hat die Arbeiterklasse an Reformen ein Interesse, die angebliche Rechte der Arbeiter und aller Lohnabhängigen nur verleihen, um die verstärkte bürokratische und polizeimäßige Unterdrückung oder den Zwang zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu verbergen. Statt Mitbestimmung von Gewerkschaftsführern in den Aufsichtsräten der Kapitalisten fordern wir **uneingeschränkte Rechte gegenüber den Kapitalisten für die Vertretungsorgane der Belegschaften, für Betriebs- und Personalräte**.

All diese Rechte gibt es nicht oder nur höchst verstümmelt, die Arbeiterklasse braucht sie unverstümmelt und uneingeschränkt im Kampf um ihre Interessen. Wie sie das **Verbot der Akkordarbeit, das Verbot von Überstunden und den Siebenstundentag** braucht, um der Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten und den staatlichen Dienstherrn entgegenzutreten und sich gegen die Kapitalistenklasse besser zusammenschließen zu können.

Immer geht es um die Selbständigkeit und Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und um den Zusammenschluß des Volkes gegen Reaktion und Imperialismus.

Um den Klassenkampf zu führen, braucht die Arbeiterklasse eine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse herausfindet, formuliert, damit sich die Arbeiter aufgrund dieser Interessen im Kampf organisieren und die Volksmassen für die proletarische Revolution gewinnen können. Diese Partei ist die Kommunistische Partei, denn der Kommunismus ist das Endziel des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie fürchtet den Aufbau der Kommunistischen Partei. Das zeigt das KPD-Verbot. Zusammen mit der KPD hat sie den Marxismus-Leninismus und das Recht auf Revolution verboten. Alles unter Berufung auf das Privateigentum der Kapitalisten, das in der bürgerlichen Gesellschaft heilig gesprochen ist. Es ist aber gar nicht heilig, sondern Ergebnis der Aneignung der Produktionsmittel durch die Kapitalisten. So wie die Produktionsmittel von den Kapitalisten angeeignet worden sind als Privateigentum, so werden sie durch das Proletariat enteignet werden, damit die Gesellschaft die Produktionsmittel zur Verfügung hat und niemand seine Arbeitskraft an irgendeinen Kapitalisten verkaufen muß.

Unvermeidlich wird die Geschichte diesen Verlauf nehmen, und deshalb kann auch der Marxismus-Leninismus und die Kommunistische Partei nicht verboten werden. Ihr erneuter Aufbau steht heute auf der Tagesordnung. 1976 jährt sich das Verbotsurteil gegen die KPD zum zwanzigsten Mal. All diese Jahre haben die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus bewiesen. Der Marxismus-Leninismus hat in der Welt viele Siege errungen. Mit dieser Waffe wird die westdeutsche Arbeiterklasse die Revolution machen.

Mannheim, 26. April 1976

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß



25000 demonstrierten in Bonn gegen den § 218



Die Bauern am Kaiserstuhl leisten hartnäckigen Widerstand gegen den Bau eines Kernkraftwerkes. Kundgebung gemeinsam mit französischen und schweizerischen Initiativen.



Der Befreiungskampf der Völker findet Unterstützung. Veranstaltung mit Vertretern der ZANU.